Vorbericht

Kreishaushalt

2024

HSK
Hochsauerlandkreis

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines, Inhalt des Vorberichtes ... 3
2. Aufbau des Haushaltsbuches ... 3
3. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung ... 5
4. Zu isolierende Schäden in den Haushalten 2020 bis 2023 ... 6
5. Ausführung des Haushalt 2023 ... 9
6. Haushaltsplanung 2024 - Ergebnisplan - ... 13
6.1 Haushaltsausgleich ... 13
6.2 Gesamtzahlen Ergebnisplan und Finanzplan 2024 ... 16
6.2.1 Ergebnisplan ... 16
6.2.2 Entwicklung der Ausgleichsrücklage ... 17
6.2.3 Finanzplan (Liquiditätsentwicklung) ... 18
6.2.4 Ermittlung der Liquiditätsunterdeckung ... 19
7. Erläuterungen zu einzelnen Bereichen des Ergebnisplanes ... 20
7.1 Finanzausgleich ... 20
7.2 Kreisumlage ... 25
7.3 Schlüsselzuweisungen Kreis ... 27
7.4 Landschaftsumlage ... 27
7.5 Bundesmittel gem. § 46 Abs. 7 SGB II ... 28
7.6 Investitionspauschale ... 29
7.7 Schulpauschale ... 29
7.8 Personalaufwendungen ... 31
7.9 Abschreibungen, Sonderposten ... 35
7.10 Leistungen SGB II ... 37
7.10.1 Allgemeines ... 37
7.10.2 Budget Kosten der Unterkunft (Produkt 050102) ... 38
7.10.3 Budget Bildungs- und Teilhabepaket BuT (Produkt 050106) ... 45
7.10.4 Weitere aus Bundesmitteln finanzierte Leistungen ... 46
7.11 Schulsozialarbeit (Produkt 030505) ... 47
7.12 Allgemeine Sozialhilfe ... 48
7.13 Jugendhilfe ... 58
7.14 Sachaufwendungen ... 73
7.15 Schuldendienst ... 77
7.15.1 Entwicklung der Verschuldung und des Schuldendienstes ... 78
7.16 Entwicklung der RWE-Beteiligung und der RWE-Dividende ... 80
8. Finanzplan 2024 - Investitions- u. Finanzierungstätigkeit- ... 90
8.1 Allg. Erläuterungen ... 90
8.2 Darstellung des Investitions-/ Tilgungsvolumen 2024 von 15.603.256 € ... 92
sowie der investiven Einzahlungen im Volumen von *13.106.890 €* ... 92
8.3 Erläuterungen zu einzelnen Positionen ... 94
9. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen ... 96
10. Anlage zum Vorbericht ... 96

1. Allgemeines, Inhalt des Vorberichtes

In dem nachfolgenden Vorbericht wird die Haushaltswirtschaft des Hochsauerlandkreises für das Jahr 2024 in den wesentlichen Etatbereichen dokumentiert und erläutert. Rechtsgrundlage ist § 7 der Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO), wobei es Aufgabe des Vorberichtes ist, dem interessierten Betrachter einen **Überblick über die Eckpunkte des Haushaltsplanes** zu geben. Dabei sind die Entwicklung und die aktuelle Lage des Kreises auf der Basis der im Ergebnisplan sowie im investiven Teil des Finanzplanes veranschlagten Einzelpositionen darzustellen und zu erläutern.

Die Verwaltung kommt dieser Berichtsvorgabe in der Weise nach, dass mit diesem Vorbericht die wesentlichen, die Haushaltswirtschaft des Jahres 2024 kennzeichnenden Etatbereiche umfassend beschrieben werden. Es sind dies

- Veränderungen wesentlicher Positionen im Vergleich der Jahre 2024 zu 2023 *(Ziffer 6.1)*
- Entwicklung der Ausgleichsrücklage *(Ziffer 6.2.2)*
- der Liquiditätsüberschuss aus der lfd. Verwaltungstätigkeit *(Ziffer 6.2.4)*
- der Finanzausgleich *(Ziffer 7.1)*
- der Personalaufwand *(Ziffer 7.8)*
- die Bereiche Soziales und Jugend/Kindertagesstätten *(Ziffer 7.10-7.12)*
- Dokumentation wesentlicher Positionen des Sachaufwandes *(Ziffer 7.13)*
- Entwicklung der Verschuldung mit Schuldendienst *(Ziffer 7.14)*
- die Vorgänge aus der Beteiligung des Kreises an der RWE AG *(Ziffer 7.15)*
- die Investitionsfinanzierung *(Ziffer 8)*

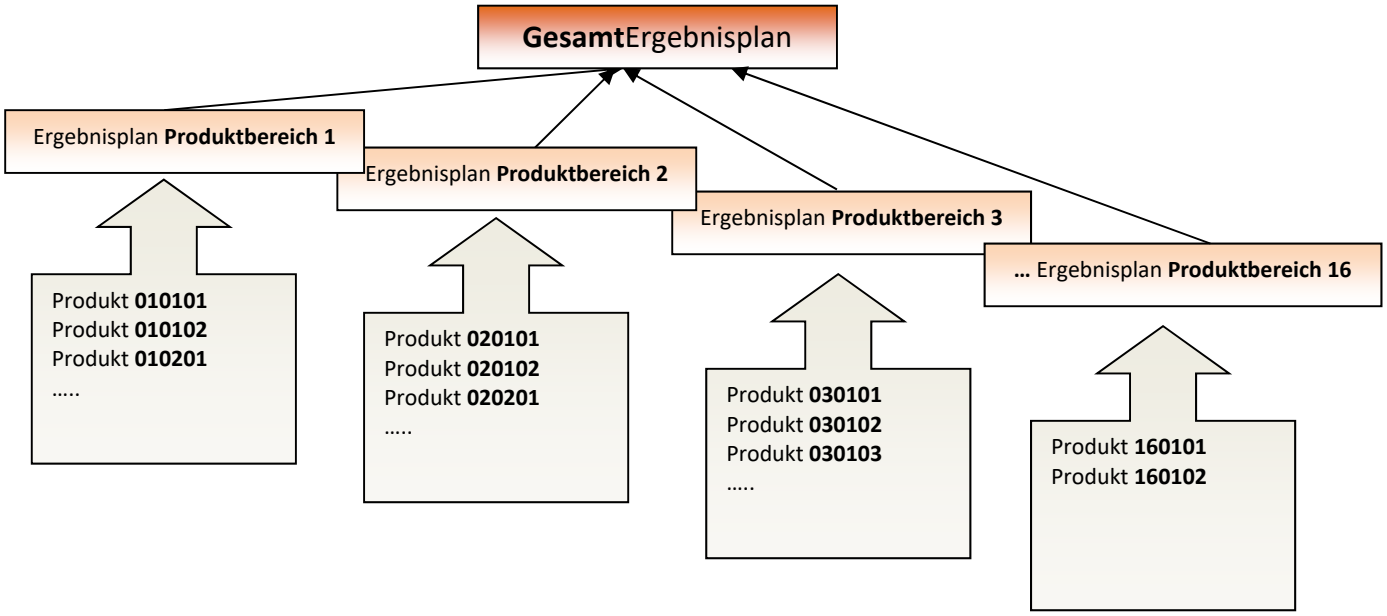
Der Bericht ist damit eine bedeutende Informationsquelle für die politischen Gremien, die Öffentlichkeit und die Aufsichtsbehörde zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Hochsauerlandkreises. Der Entwurf des Kreishaushalts 2024 ist am 20.10.2023 in den Kreistag eingebracht worden. Der Beschluss des Haushalts ist dann in der Sitzung des Kreistages am 08.12.2023 erfolgt.

2. Aufbau des Haushaltsbuches

Das Haushaltsbuch des Hochsauerlandkreises (= Haushaltsplan gem. § 79 GO NRW) ist das zentrale Steuerungsinstrument der kommunalen Verwaltung. Hierin legt der Kreistag den jährlichen Finanzrahmen fest, den die Verwaltung im Zuge der Erfüllung der ihr obliegenden pflichtigen und freiwilligen Aufgaben grds. einzuhalten hat. Das finanzielle Geschehen wird im Haushaltsbuch des Kreises in 2 wesentlichen Komponenten dargestellt:

Ergebnisplan **Finanzplan**

Ergebnisplan
- Darstellung der **Aufwendungen** und **Erträge** des Kreises, die zu den
- Gesamtbeträgen der Aufwendungen und Erträge im **§ 1 der Haushaltssatzung** führen,
- aufgeteilt in 16 **Produktbereiche,** diese wiederum sind unterteilt in 132 einzelne **Produkte**



↳ In jedem der 132 definierten Produkte werden die aus der Aufgabenwahrnehmung resultierenden Erträge und Aufwendungen mit einem Ergebnis ausgewiesen.

Finanzplan
- Darstellung der **Auszahlungen** und **Einzahlungen** des Kreises aus der lfd. Verwaltungstätigkeit (= Ergebnisplan) sowie für den Mittelabfluss und den Mittelzufluss aus der Abwicklung von ***Investitionen***, die zu den
- Gesamtbeträge der Auszahlungen und Einzahlungen im **§ 1 der Haushaltssatzung** führen,
- ebenfalls aufgeteilt in 16 **Produktbereiche,** diese wiederum sind unterteilt in die o.g. 132 **Produkte**
- Für die Abwicklung der Investitionen sind sog. **Investitionsmaßnahmen** als „Untergruppen“ zu den Produkten gebildet worden.
- im Haushaltsplan angedruckt werden nur die Ein- und Auszahlungen zu den Investitionsmaßnahmen; die Ein- und Auszahlungen der lfd. Verwaltungstätigkeit sind nahezu deckungsgleich mit dem Ergebnisplan und werden daher nicht angedruckt.

→ Lediglich in dem im Anschluss an die Haushaltssatzung abgedruckten **Gesamtfinanzplan** werden die Summen der Einzahlungen und Auszahlungen aus der lfd. Verwaltungstätigkeit sowie der Saldo hieraus = **Liquiditätsüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit dargestellt (Zeile 17). Im Haushalt 2024 ist dies ein Betrag in Höhe von – 3.477.534 €, d.h. es handelt sich um eine Liquiditätsunterdeckung - aus der lfd. Verwaltungstätigkeit können keine Finanzierungsmittel für Investitionen und Tilgungsausgaben eingesetzt werden.**

→ Die Berechnung der *Liquiditätsunterdeckung* wird unter Ziffer 6.2.4. dokumentiert

→ Die **Investitionstätigkeit** des Kreises wird Zahlenwerk des Haushaltsbuches im Anschluss an den Ergebnisplan ausgewiesen und in diesem Vorbericht unter der Ziffer 8 erläutert.

Bilanz

Eine weitere Komponente des NKF ist die Bilanz. Diese dokumentiert die Vermögenssituation des Kreises aus dem Zusammenspiel zwischen dem auf der Aktivseite auszuweisenden Anlage- und Umlaufvermögen und dessen Finanzierung durch Eigen- und Fremdkapital auf der Passivseite. Da in die Bilanz das jährliche Abschlussergebnis aufzunehmen ist, was in Abhängigkeit eines positiven oder negativen Ergebnisses zu einem Zuwachs oder zu einem Verzehr von Eigenkapital = Zuführungen bzw. Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage bzw. der Allgemeinen Rücklage führt, ist die Bilanz ein ausschließlich auf die Jahresrechnung bezogenes Instrument.

Gem. § 1 Abs. 2 Ziff. 7 KomHVO NRW ist dem Haushaltsplan u.a. auch die Ergebnis-/Finanzrechnung und die Bilanz des Vorvorjahres beizufügen. Für die Haushaltsplanung 2024 sind dies die des Jahresabschlusses 2022.

Der Jahresabschluss 2022 ist in der Sitzung des Kreistages am 20.10.2023 beschlossen worden.

Die Schlussbilanz zum 31.12.2022 sowie die entsprechende Ergebnis-/Finanzrechnung befindet sich bei den im Anschluss an den Investitionshaushalt abgedruckten Pflichtanlagen (Anlage 1).

Ergänzt werden die Informationen der letzten Abschlussbilanz durch eine Darstellung der Entwicklung des Eigenkapitals, die im Anschluss an die Bilanz abgedruckt ist (Anlage 2).

3. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung

Gem. § 84 GO NRW i.V.m. § 6 KomHVO NRW ist der Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zu Grunde zu legen. Das erste Planungsjahr ist das lfd. Haushaltsjahr und damit das Jahr 2023. Die Finanzplanung für den Haushalt 2024 erstreckt sich daher grds. auf den Zeitraum der Jahre **2023 – 2027**.

Den Entwurf einer Finanzplanung mit Daten zu den Jahren 2023-2027 enthielt bereits das Zahlenwerk des Entwurfs des Kreishaushalts 2024, das dem Kreistag mit der Einbringungsvorlage (Drcks. 10/809) vorgelegt worden ist.

Die „Endfassung“ der Finanzplanung mit einem ausführlichen Erläuterungsbericht, in dem die Verwaltung ihre Annahmen an die Entwicklungen der für die Finanzwirtschaft des Hochsauerlandkrieses maßgeblichen Etatbereiche dokumentiert hat, enthält die Kreistagsdrucksache 10/852. Der Kreistag hat durch Einbeziehung dieses Zahlenwerks in seine Beschlussfassung zum Haushalt 2024 sein Einverständnis zur verwaltungsseitig erstellten Finanzplanung 2023 – 2027 erklärt.

Basis für die Finanzplanung ist der Hebesatz mit Stand des Entwurfs von 34,95 % und einem sich mit diesem Hebesatz ergebenden Fehlbedarf im Entwurf der Haushaltssatzung 2024 i.H.v. 11.783.626 €.

Unter Berücksichtigung dieses Hebesatzes von 34,95 % zeigen die nachfolgenden Jahre 2025 - 2027 zunächst teilweise recht deutliche Unterdeckungen mit – 9,85 Mio€ für 2025, – 6,63 Mio€ für 2026 und – 0,6 Mio€ für 2027. Aus Sicht der Verwaltung zeichnet sich für 2025 damit eine deutliche Erhöhung beim Hebesatz der allg. Kreisumlage ab, die in der Ergebnisplanung mit + 0,8 %-Pkt. und einem verbleibenden Fehlbedarf von – 5,8 Mio€ angesetzt worden ist. Diese Erhöhung reicht jedoch nicht, um den Fehlbedarf 2026 zu decken, hier ist dann eine weitere Hebesatzerhöhung um + 0,46 %-Pkt. erforderlich, um einen Haushaltsausgleich darstellen zu können. In 2027 kann der Hebesatz dann wieder deutlich um – 1,15 %-Pkt. reduziert werden um hier ebenfalls einen Haushaltsausgleich darstellen zu können.

Zusammengefasst zeigt sich folgende Entwicklung:

2025	+ 0,80 % auf 35,75 %	verbleibender Fehlbedarf =	- 5.821.981 €
2026	+ 0,46 % auf 36,21 %	Haushaltsausgleich!	
2027	- 1,15 % auf 35,06 %	Haushaltsausgleich!	

4. Zu isolierende Schäden in den Haushalten 2020 bis 2023

Im September 2020 hatte der Landtag in NRW das **NKF Covid-19-Isolierungsgesetz -NKF CIG-** beschlossen und damit die rechtliche Grundlage für eine Neutralisierung von Belastungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemielage, eine sog. „Bilanzierungshilfe für pandemiebedingte Belastungen“ geschaffen. Diese Regelung wurde mit dem *Zweiten Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 09.12.2022* zwischenzeitlich zur Anwendung bis letztmalig für das Jahr 2023 verlängert. Es obliegt der kommunalen Ebene, die auf die Corona-Pandemie zurückzuführen Etatbelastungen aus Mindererträgen und Mehrbelastungen der Jahre 2020 – 2023 zu ermitteln und in den betroffenen Jahresabschlüssen zu bilanzieren und entsprechend ergebnisneutral zu verbuchen.

Mit dem v.g. Änderungsgesetz hat der Landtag NRW die Isolationsmöglichkeit um den Tatbestand der *„Belastungen der Kommunalhaushalte aus den Folgen des Krieges gegen die Ukraine“* erweitert. Das Gesetz firmiert nunmehr unter der Überschrift: **NKF-COVD-19-Ukraine-Isoliderungsgesetz - NKF-CUIG**.

Mit der Änderung werden neben der Verlängerung der geltenden Regelungen für die pandemiebedingten Belastungen bis 2023 auch die Ausweitung der Bilanzierungshilfe auf die kriegsbedingten Belastungen des Krieges gegen die Ukraine in die gesetzliche Regelung mit aufgenommen. Nunmehr sind auch alle Mindererträge und Mehraufwendungen, die auf Auswirkungen des Ukraine-Krieges zurück zu führen sind, zu ermittelt und dann, analog der Regelung zu den Corona-Schäden, in einer gesonderten Bilanzposition ergebnisneutral auszuweisen. Für das Jahr 2024 sieht das Gesetz keine Isolierung der zuvor genannten Belastungen mehr vor.

Corona-Pandemie

Gesetzlicher Regelungsinhalt zur Verbuchung von „Corona-Finanzschäden“

-> Planung und Ergebnisse lt. Jahresabschlüsse der Haushalte 2020 bis 2023

Die mit dem Jahresabschluss 2020 erstmalig aktivierte Bilanzierungshilfe ist entsprechend der gesetzlichen Regelung (§ 6 Abs. 1 NKF-CIG) grds. beginnend im Haushaltsjahr 202**6** (bisher 2025) linear über längstens 50 Jahre erfolgswirksam abzuschreiben.

Neben dieser sehr langfristigen Behandlung des Finanzschadens sieht das Gesetz in § 6 Abs. 2 und 3 Alternativen der Refinanzierung vor und zwar,

a) die Abwicklung des Aktivpostens im Jahr 202**6** (bisher 2025) durch Verrechnung des Gesamtbetrages oder eines Teilbetrages mit der Ausgleichsrücklage oder der Allg. Rücklage, was bedeutet, dass keine Refinanzierung und damit keine Belastung der Haushalte der Folgejahre erfolgt

oder

b) die v.g. bis zu 50 Jahre dauernde jährliche Abschreibung durch außerordentliche Abschreibungen in einzelnen Jahren zu ersetzen, um hierdurch eine schnellere Refinanzierung zu erreichen.

☞ *Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 26.02.2021 auf Basis der zu dem Zeitpunkt geltenden Rechtslage festgelegt, dass die bilanzierten Corona-Finanzschäden nicht im Sinne von § 6 Abs. 1 und 3 NKF-CIG über ein Zeitfenster abgeschrieben werden, sondern dass im Jahr 2024 im Zuge der Etatplanungen für 2025 eine Verrechnung mit der allg. Rücklage des Kreises erfolgen soll. Eine Einschränkung gilt dann, wenn sich zu diesem Zeitpunkt der Bestand der Rücklage, der sich zum 31.12.2021 auf 139,71 Mio€ beläuft, aus bei der Beschlussfassung nicht vorhersehbaren Gründen erheblich reduziert haben sollte.*

Dieser Beschluss wurde in der KT-Sitzung am 08.12.2023 um die Finanzschäden, die sich aus dem Angriffskrieg gegen die Ukraine ergeben, erweitert (auf die Erläuterungen zur Drcks. 10/854 wird verwiesen).

Jahresabschlüsse 2020 und 2021

Folgende Corona-Finanzschäden sind in den Jahresabschlüssen aktiviert worden und werden in der Bilanz des Hochsauerlandkreises entsprechend ausgewiesen:

	Allg. Kreishaushalt	***Jugendamtsetat***	***Corona-Schaden Gesamt***
JA 2020	2.652.020,54 €	690.874,10 €	*3.342.894,64 €*
JA 2021	1.182.916,22 €	508.231,97 €	*1.691.148,20 €*
		Summe	***5.034.042,83 €***

Mit der Aktivierung dieser Schäden ist **keine Ergebnisbelastung** eingetreten.

Jahresabschluss 2022
Die Buchhaltung hat die im Jahresabschluss 2022 im Sinne des CUIG NRW als Finanzschäden zu definierenden und buchhalterisch zu aktivierenden Mehraufwendungen und Mindererträge des Hochsauerlandkreises zusammengestellt.

Es liegen zwar Belastungen in beträchtlichem Umfang mit

1.012.245,98 € aus der Pandemie und
3.397.121,02 € aus dem Krieg gegen die Ukraine

vor, die Notwendigkeit einer bilanziellen Aktivierung und damit verbundenen Belastungsverlagerung in die Zukunft hat sich aber nicht ergeben. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass

a) das Land NRW mit Bescheid vom 16.12.2022 außerplanmäßige Landesmittel bewilligt hat, es handelt sich dabei um allgemeine „Billigkeitsmittel" zur Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung ihrer Pandemie bedingten Haushaltsbelastungen. Die Landeszuweisung beläuft sich auf 1.419.045,35 €. Die Landesmittel decken die ermittelten Belastungen vollständig ab, insoweit ergibt sich im JA 2022 kein Aktivierungsbedarf.

b) der Bund den Ländern in 2022 insgesamt 3,5 Mrd€ zugewiesen hat, die auch an die kommunale Ebene zum Ausgleich der dort anfallenden Kosten im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine weiterzuleiten waren. Beim Hochsauerlandkreis ergeben sich die größten Aufwandspositionen mit netto 1,86 Mio€ bei den Kosten der Unterkunft, 1,17 Mio€ bei den Hilfen zur Gesundheit und 0,35 Mio€ bei sonstigen Sozialhilfeleistungen.

Dem Kreis sind Bundesmittel in Höhe von 2.936.794,79 € zugeflossen. Die Differenz zu den isolierten Belastungen beträgt 460.326,23 €, hier erfolgt die Deckung und damit Vermeidung einer Aktivierung durch den Einsatz der allgemeinen Entlastungsmittel des Bundes, die den Kreisen als Träger der Sozialhilfe seit dem Jahr 2020 dauerhaft gewährt werden.

Mangels der Notwendigkeit der Aktivierung weiterer Finanzschäden enthält die Bilanz zum 31.12.2022 unverändert die bereits zuvor genannten Beträge aus der Aktivierung Pandemie bedingter Belastungen mit 5.034.042,83 €.

Haushaltsplanung 2023

Hinsichtlich zu definierender Belastungen als Folge des Krieges gegen die Ukraine enthält der Haushalt 2023 folgende Positionen:

1.397.935 € Isolierung der Ukraine-bedingen Belastungen im **Bereich der Kosten der Unterkunft für Ukraine-Flüchtlinge**. Dem Nettoaufwand von 2.571.678 € werden die allg. Entlastungsmittel des Bundes (35,2 % = 1.173.744 €) gegengerechnet. Es verbleibt ein Isolierungsbetrag von 1.397.935 €.

1.500.000 € Isolierung der Ukraine-bedingen Belastungen im Bereich SGB XII: *300.000 €* bei den **Hilfen zum Lebensunterhalt** (Produkt 05020200) und *1.200.000 €* im Bereich **Hilfen zur Gesundheit** (Produkt 05020400).
Hinweis: Eine Isolierung würde nachträglich entfallen im Umfang des Finanzvolumens, das dem Hochsauerlandkreis aus den vom Bund angekündigten Mitteln des 1,5 Mrd€-Paketes zum Ausgleich der Belastungen aus der Ukraine-Flüchtlingssituation zufließen wird. Auf das Land NRW entfällt nach bisheriger Information ein an die kommunale Ebene zu verteilender Betrag i.H.v. 161,5 Mio€, wobei ein Verteilungsmodus noch nicht bekannt ist. Die Isolierung wird dann durch echte Finanzierungsmittel ersetzt.

738.594 € Isolierung der Belastungen aus der Energieverteuerung Heizung und Strom der kreiseigenen Gebäude. Der Mehraufwand ggü. 2022 liegt hier bei + 1.477.187 €. Es wird erwartet, dass die Energiekosten in den nächsten Jahren auf einem hohen Niveau weiter verbleiben, daher erfolgt die Isolierung mit 50 %.

2.287.116 € Isolierung der Energieverteuerung im Bereich Kosten der Unterkunft für die "normalen" BGs (d.h. ohne BG für Ukraine Flüchtlinge). Der Aufwand aus

Energieverteuerung ist nach Abzug der Regelerstattung des Bundes mit dem Betrag von 4.574.232 € ermittelt worden, davon wurden ebenfalls 50 % = 2.287.116 € isoliert.

149.500 € Isolierung von 50 % der Belastungen aus der Energieverteuerung von Einrichtungen im Betrieb Schul- und Bildungseinrichtungen (= 164.000 €) und des Sportzentrums Winterberg (135.000 €).

6.073.145 € Summe der Isolierung der Ukrainekrieg-bedingen Belastungen (*siehe Ertrag 4580002022 Produkt 16010200*)

Haushaltsplanung 2024

Wie bereits zuvor beschrieben, sieht das NKF-CUIG für das Jahr 2024 keine Isolierungspflicht vor.

5. Ausführung des Haushalt 2023

Der Kreistag hat den Haushalt 2023 in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen. Als wesentliche Kennzahlen sind zu nennen:

- Reduzierung des Hebesatzes der allg. Kreisumlage um *– 0,40 %-Punkte auf 32,50 % (2022 = 32,90 %).*

- Die Haushaltssatzung weist mit dieser Hebesatzentwicklung im Ergebnisplan eine **Unterdeckung mit – 5.306.942 €** aus. Die Deckung erfolgt durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage, sodass der Haushalt 2023 trotz des strukturellen Defizits gem. § 75 Abs. 2 GO NRW formal ausgeglichen ist.

- Der Etat 2023 enthält keine infolge der **COVID-19-Pandemie** entfallenden Haushaltsbelastung – eine Isolierung entfällt daher.

- Der Isolierungsbetrag aus der Haushaltsbelastung infolge des **Angriffskrieges gegen die Ukraine** beläuft sich in der Planung auf 6.073.145 €. Die Zusammensetzung des Betrages wird zuvor unter Ziffer 4 beschrieben.

- Der **Umlagesatz des Jugendamtes** musste gegenüber 2022 um + 1,63 %-Punkte auf **21,95 %** erhöht werden.

Die Verwaltung hat in den Sitzungen des Kreistages am 02.06., am 20.10. und am 08.12.2023 über die Erwartungen an die Ausführung des Haushalts 2023 berichtet.

Die im Bericht für die KT-Sitzung am 20.10.2023 aufgeführten Etatpositionen führen zu folgenden, zwischen

a) „*Isolierende Belastungen aus dem Angriffskrieg gegen die Ukraine“,*
b) Belastungen des allg. Haushalts
c) *Entlastungen des allg. Haushalts*
d) Etat Jugendamt

zu unterscheidenden Entwicklungen:

a) Isolierende Belastungen aus dem Angriffskrieg gegen die Ukraine

Das Finanzvolumen in der Planung liegt bei 6.073.145 €.

In der Ausführung (Stand Oktober 2023) ergeben sich folgende Veränderungen ggü. der HHPlanung der isolierenden Belastungen aus dem Angriffskrieg gegen die Ukraine:

	Planung 2023	Hochrechnung Mai	Hochrechnung Oktober	
Isolierende Belastungen aus dem Angriffskrieg gegen die Ukraine (NKF-CUIG)				
				Differenz zur Planung
Kosten der Unterkunft -Allgemein-	1.993.896	0	0	*+ 1.993.896*
Kosten der Unterkunft -Asyl-	293.220	839.558	851.477	*-558.257*
Kosten der Unterkunft -Ukraine Flüchtlinge-	1.397.935	1.999.644	2.046.391	*-648.456*
Allgemein Sozialhilfe				
• Hilfen zum Lebensunterhalt	300.000	900.000	800.000	*-500.000*
• Hilfen zur Gesundheit	1.200.000	1.200.000	1.200.000	*0*
• Hilfe zur Pflege, stationäre Pflege, Eingliederungshilfe	0	150.000	300.000	*-300.000*
Energieverteuerung Liegenschaften Kreis	738.594	271.093	206.093	*+ 532.501*
Sonstige Belange	149.500	149.500	149.500	*+ 0*
= Aktivierung Bilanzposition	**6.073.145**	**5.509.795**	**5.553.461**	*+ 519.684*
demgegenüber **Ertrag aus Aktivierung**	**6.073.145**	**5.509.795**	**5.553.461**	*-519.684*

b) Bei wesentlichen Etatpositionen, die im Bericht an den Kreistag in der Sitzung am 20.10.2023 gesondert erläutert werden, ergeben sich in Summe **belastende** Effekte im Volumen von **– 4.342.695 €:** Sie ergeben sich mit

■ **Allgemeine Entlastungsmittel des Bundes**	11.409.377	9.312.780	9.397.982	*-2.011.395*
■ **Belastung Bereich Bildung und Teilhabe**	0	500.000	500.000	*-500.000*
■ **Gewinnausschüttung GAH**	1.500.000	0	0	*-1.500.000*
■ **Reinigung**	1.411.000	1.411.000	1.541.000	*-130.000*
■ **Zuschuss Flugplatzgesellachaft Meschede mbH**			85.000	*-85.000*
■ **Finanzierung Betreuungsvereine**			116.300	*-116.300*
Summe **Belastungen**				**-4.342.695**

c) **Entlastende** Effekte im Volumen von **+ 9.325.075 €** ergeben sich bei den folgenden Positionen:

■ **Kosten der Unterkunft** (ohne Ukraine)	15.532.347	13.383.917	13.506.272	*+ 2.026.075*
■ **Allgemeiner Sozialetat** (ohne Ukraine)	31.527.350	30.227.350	29.641.350	*+ 1.886.000*
■ **Personalaufwand**	68.943.296	68.943.296	68.093.296	*+ 850.000*
■ **Pensions- und Beihilferückstellungen**	6.908.350	4.208.350	4.208.350	*+ 2.700.000*
■ **Bußgelder Verkehrsordnungswidrigkeiten**	7.020.473	7.020.473	7.120.473	*+ 100.000*
■ **Gebühren Zulassungsstelle**	2.550.000	2.550.000	2.550.000	*+ 0*
■ **Gebühren Führerscheine**	1.000.000	1.150.000	1.150.000	*+ 150.000*
■ **Zinserträge**	134.750	449.750	449.750	*+ 315.000*
■ **Strom und Heizung** (Isolierung berücksichtigt)	2.688.506	2.086.006	1.995.506	*+ 693.000*
■ **sonstige Positionen**			605.000	*+ 605.000*
Summe **Entlastungen**				**+ 9.325.075**

*Zusammenfassung der Hochrechnung mit **Stand Oktober 2023**:*

Saldo Be- und Entlastungen	**+ 4.982.380**
demgegenüber **Unterdeckung lt. Plan**	**-5.306.942**
☞ Erwartung an **Fehlbetrag 2023**	**-324.562**

☞ **Fortschreibung** der Hochrechnung mit **Stand Kreistagssitzung vom 08.12.2023**:

- 324.562 €	fortgeschriebener Fehlbedarf lt. Drcks. 10/808
+ 1.827.217 €	Ergebnisverbesserung aus Bundes-/Landesmittel für Aufwendungen Asylzuzug
+ 2.100.000 €	nach Vorliegen einer Vorausberechnung der Versorgungskasse zu den Pensions- und Beihilferückstellungen könnte sich die in 2023 mit 6,8 Mio€ geplante Zuführung an die Rückstellung auf ca. 2,0 Mio€ reduzieren und damit um – 4,8 Mio€ unter Plan liegen. Hiervon sind 2,7 Mio€ im Bericht lt. Drcks. 10/808 bereits enthalten.
- 600.000 €	Vorsorglich Belastungen aus Mindererträgen bei Bußgeldern aus Verkehrsordnungswidrigkeiten als Folge der IT-Probleme und Cyber-Angriff auf die SIT (≙ ca. einem Monatsertrag an Bußgeldern)
+ 3.002.655 €	**möglicher Überschuss 2023;** grobe Schätzung da insbesondere weitere finanzielle Folgewirkungen aus den IT-Problemen derzeit nicht abschätzbar sind.

a) Bundesmittel Asyl/Ukraine

In der Berichterstattung mit Stand Oktober hat die Verwaltung berichtet, dass noch keine Informationen vorliegen, in welchem Umfang die Kommunen Bundesmittel erhalten, die vom Bund im Jahr 2023 im Volumen von 3,75 Mrd€ zur Verfügung gestellt werden. Inzwischen liegt die Mitteilung seitens des Landes vor, dass das Land insgesamt 808 Mio€ an die Kommunen weiterleiten wird.

Hiervon erhält der HSK nach den vorliegenden Verteilungskriterien eine Zuweisung i. H. v. 4.060.482 €.

Analog der prozentualen Aufteilung des Bundes werden die Kreismittel wie folgt zugeordnet:

1.624.193 €	anteilige Deckung Aufwendungen Ukraine-Kriegsflüchtlinge
	= weniger Isolierungsbedarf 2023 (keine Ergebniswirkung)
2.436.289 €	anteilige Deckung Aufwendungen Asylzuzug
- 609.072 €	abzgl. 25 %-Finanzierungsbeteiligung Städte/Gemeinden
1.827.217 €	**= Ergebnisverbesserung 2023**

b) Pensions- und Beihilferückstellungen

Der Bericht zur Ausführung des Haushaltes von Oktober enthielt eine Entlastung im Bereich der Pensions- und Beihilferückstellungen i.H.v. 2,7 Mio€. Mittlerweile liegt eine aktuelle Vorausberechnung der Versorgungskasse zum voraussichtlichen Zuführungsbedarf 2023 vor. Demnach könnte sich die in 2023 mit 6,8 Mio€ geplante Zuführung an die Rückstellung auf ca. 2,0 Mio€ reduzieren und damit um – 4,8 Mio€ unter Plan liegen. Gegenüber der letzten Hochrechnung würde sich damit eine weitere **Verbesserung i.H.v. 2,1 Mio€** ergeben.

c) Cyberattacke auf die Südwestfalen-IT

Welche Kosten der IT-Ausfall beim HSK verursacht, ist derzeit nur schwer prognostizierbar:

- Durch die seit dem 20.11. gestartete Erledigung von Arbeiten der Zulassungsstelle in anderen Kreisen fallen noch nicht genau bezifferbare Sachkosten an.

- Im Bereich der Bußgelder Verkehrsordnungswidrigkeiten drohen bereits nach drei Monaten Verjährungen. Jeder verjährte Monat belastet den Kreishaushalt mit etwa 600.000 €. Für das Jahr 2023 ist zum jetzigen Zeitpunkt mit mindestens einem Monat Ausfall zu rechnen.

d) **Etat Jugendamt**

Nach den Etatplanungen liegt der Finanzierungsbedarf des, der über die von den bedienten Städten und Gemeinden zu erhebenden Sonderumlage finanziert werden muss, bei – 50,093 Mio€.
Aufgrund eines noch vorhandenen Rücklagenbestandes sollten in der Planung 0,077 Mio€ aus der Rücklage gedeckt werden, während 50,015 Mio€ den Kommunen in Rechnung gestellt worden sind.
Mit Stand Oktober 2023 zeichnet sich allerdings eine Reduzierung des Finanzierungsbedarfs um – 1,127 Mio€ ab. Der Bedarf zur Inanspruchnahme der Sonderrücklage würde sich damit nicht mehr ergeben, stattdessen könnte nach derzeitigem Stand ein Betrag von + 1,05 Mio€ dem Sonderposten zugeführt werden:

Produkt (jeweils Zuschussbedarf)		Ansatz 2023 €	HoRe Mai	HoRe Oktober	Differenz Ansatz - HoRe €
ERGEBNISPLAN					
06010100	Kindertageseinrichtungen	19.414.132	18.305.385	19.068.339	345.793
06010200	Kindertagespflege	2.584.306	2.947.863	2.982.996	-398.690
06020100	Jugendamtsleiter, Personal und Verwaltung	3.654.431	3.666.485	3.585.189	69.242
06020200	Jugendarbeit	1.018.040	1.029.876	895.439	122.601
06020300	Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	40.000	52.000	50.307	-10.307
06020400	Förderung der Erziehung in den Familien	2.110.023	2.234.023	2.023.459	86.564
06020900	Ambulante Hilfen zur Erziehung	6.196.483	5.527.283	5.438.433	758.050
06021000	Stationäre Hilfen zur Erziehung	12.888.500	13.760.950	13.153.950	-265.450
06030100	Amtsvormundschaften, Pflegschaften, Beistandschaften	1.147.467	1.147.467	1.149.716	-2.249
06030200	Unterhaltsvorschuss	1.039.817	1.026.817	618.399	421.418
	Zwischensumme Zuschussbedarf	50.093.199	49.698.149	48.966.226	1.126.973
	Finanziert über Umlage	50.015.886	50.015.886	50.015.886	0
	Unterdeckung / Überschuss -Zwischensumme-	-77.313	317.737	1.049.660	1.126.973
	Deckung aus Entnahme Sonderposten	77.313	0		-77.313
	verbleibender Finanzierungsbedarf	0			
	Überschuss		317.737	1.049.660	1.049.660

6. Haushaltsplanung 2024 - Ergebnisplan -

6.1 Haushaltsausgleich

Für die Haushaltsplanung 2024 ist zunächst die Situation des Haushalts 2023 mit dem Fehlbedarf in der Planung von – 5.306.942 € von Bedeutung. Der Fehlbedarf ist in dieser Höhe eine Vorbelastung für das Jahr 2024, d.h. für einen gedachten Ausgleich 2024 müssen grds. erst einmal in 2024 wirkende Verbesserungen vorhanden sein, mit der diese Vorbelastung abgebaut werden kann. → Dieses wird mit den Daten des Planentwurfs 2024 allerdings nicht erreicht.

→ **Der vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf der Haushaltssatzung 2024 basierte auf einem Fehlbedarf i.H.v. – 11.783.626 €.**

→ **Der Entwurf enthielt einen gegenüber dem Vorjahr um + 2,45 % erhöhtem Hebesatz der allg. Kreisumlage von 34,95 % (2023 = 32,50 %).**

→ Der Entwurf des Kreishaushalts 2024 weist mit der zuvor genannten Hebesatzerhöhung für die Städte und Gemeinden eine höhere Zahllast bei der Kreisumlage von + 19,81 Mio€ aus.

Die sich gegenüber den Planwerten des Vorjahres 2023 für die Haushaltsplanung 2024 ergebenden wesentlichen Etatentlastungen und Etatbelastungen zeigen sich wie folgt:
(+ = Entlastung; - = Belastung)

Stand Haushaltsplanentwurf

Belastungen	
• Personaletat	-2.440.192 €
Besoldung, Vergütung etc. -5.015.238 € → Stellenzuwachs 19,9 Stelle Pensions- und Beihilferückstellungen + 1.447.900 € *-3.567.338 €* *allg. HH* 2.440.192 € / *Jugendamt* 1.127.146 €	
• Eigene Schlüsselzuweisungen des Kreises	-6.211.127 €
• Umlage LWL	-9.763.960 €
Umlage 2023 (16,2 %) 81.280.902 € Mitnahmeeffekt 2024 3.000.628 € Hebesatzerhöhung + 1,30 %-Pkt. 6.763.333 € Umlage 2024 (17,50 %) 91.044.863 €	
• Sozialhilfe/Kosten der Unterkunft Ukraine-Kriegsflüchtlinge	-4.691.742 €
• Kosten der Unterkunft Asyl	-620.154 €
• Eigenanteil des Kreises beim Bildungs- und Teilhabepaket	-426.500 €
• OPNV	-3.694.272 €
• Entlastungsmittel des Bundes § 46 Abs. 7 SGB II	-644.688 €
• Eigenkapitalverzinsung AHSK/RD	-371.600 €
• sonstige Positionen	-1.886.248 €
Summe *Belastungen*	**-30.750.483 €**

Entlastungen	
• Mitnahmeeffekt Kreisumlage bei ggü 2023 unverändertem Hebesatz von 32,50 %	+ 8.038.393 €
• Gewinnausschüttung GAH (2023 = 1.500.000 €, 2024 = 2.500.000 €)	+ 1.000.000 €
Summe *Entlastungen*	**+ 9.038.393**

Zusammenfassung

a) Summe Entlastungen	+ 9.038.393 €
b) Summe Belastungen	- 27.289.052 €
	- 18.250.659 €
c) abzubauender Fehlbedarf 2023	- 5.306.942 €
Zwischensumme Fehlbedarf vor Kreisumlageerhöhung	*- 23.557.601 €*
Entlastung aus Erhöhung Kreisumlage um + 2,45 %-Punkte auf den dann für 2024 geltenden Hebesatz von 34,95 % (2023 = 32,50 %)	**+ 11.773.975 €**
► danach im Entwurf ausgewiesener Fehlbedarf	**- 11.783.626 €**

b) Änderungen zum Haushaltsplanentwurf

Entlastungen

Positionen Beteiligungsverwaltung	*+ 248.122 €*	
Positionen Sachaufwand	*+ 120.000 €*	
Hilfen zur Gesundheit	*+ 100.000 €*	
Sonstige Entlastungen	*+ 98.956 €*	
Pauschale Kürzungen		
- Sachaufwand	*+ 211.115 €*	
- Personalaufwand	*+ 1.000.000 €*	
	1.211.115 €	
Reduzierung Hebesatz Umlage LWL	*+ 520.603*	*+ 2.298.796 €*

Belastungen

Positionen des Finanzausgleichs		
▪ Kreisumlage bei Hebesatz Entwurf 34,95 %	*+ 161.655 €*	
▪ Kreisschlüsselzuweisungen	*- 116.687 €*	
▪ Umlage an Landschaftsverband	*- 60.576 €*	
	- 15.308 €	
Zuschüsse Betreuungsvereine	*- 116.300 €*	
Verbandsumlage und Verfahrenskosten Südwestfalen-IT	*- 276.945 €*	
Kostenanteil Leitstelle	*- 154.115 €*	
Sonstige Belastungen	*- 4.410 €*	

Reduzierung Kreisumlage um – 0,76 %-Pkt.	*- 3.655.850 €*	*- 4.222.928*

Summe Belastungen	***- 4.222.928 €***
abzgl. Entlastungen	***+ 2.298.796 €***
= Netto-Belastung Änderungen zum Entwurf	***- 1.924.132 €***
zzgl. Fehlbedarf lt. Entwurf	***- 11.783.626 €***
= Fehlbedarf 2024 -endgültig- lt. HHSatzung	***- 13.707.758 €***

→ **Die Deckung des Fehlbedarfs erfolgt durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage. Da dieser Rückgriff auf das bilanzielle Eigenkapital zu keinem Ertrag führt, weist die Haushaltssatzung 2024 in Höhe des Betrages von – 13.707.758 € einen Fehlbedarf aus.**

→ **Die Inanspruchnahme wird in § 4 der Haushaltssatzung dokumentiert.**

- - - - - - -

Gem. § 75 Abs. 2 GO NRW gilt der Haushalt auch mit Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage formell als ausgeglichen. Unabhängig hiervon unterliegt der über die Haushaltssatzung festzusetzende Hebesatz der allg. Kreisumlage gem. § 56 Abs. 2 S. 2 KrO NRW der Genehmigungspflicht der Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung Arnsberg.

Sonderhaushalt Jugendamt

- Für 2024 ergibt sich aufgrund einer Steigerung der für die Berechnung der Sonderumlage des Jugendamtes maßgeblichen Umlagegrundlagen bei gegenüber 2023 zunächst unverändertem Hebesatz von 21,95 % ein positiver Mitnahmeeffekt von 4.379.009 €, d.h. in dieser Höhe steigt das Umlageaufkommen.

- Gleichzeitig steigt im Kreishaushalt 2024 in den einzelnen Leistungsbereichen des Jugendamtes die über die Umlage zu finanzierende Unterdeckung ebenso deutlich um + 4,4 Mio€ auf 54,5 Mio€ (2023 = 50,1 Mio€).

- Der Saldo aus dem erhöhtem Umlageaufkommen und dem gestiegenen Zuschussbedarf führte ***im Entwurf des Etats ´24*** bei einem ggü. 2023 *zunächst unverändertem* Hebesatz der Umlage von 21,95 % zu einem **Ausgleich des Etats**.

- ***Wirkung Änderungsliste***

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 08.12.2023 eine Senkung des Hebesatzes der Jugendamtsumlage um – 0,40 %-Pkt. beschlossen und die Umlage für 2024 auf 21,55 % festgesetzt. Die Senkung begründet sich aus einer aktuellen Hochrechnung des Jugendamtetats für 2023 mit der Wirkung, dass im Jahresabschluss mit einem Überschuss von rd. 1,1 Mio€ kalkuliert wird. Der Bestand des Sonderpostens würde damit genug Potential aufweisen, um die beschlossene Hebesatzsenkung (= 992.659 €) durch eine Entnahme finanzieren zu können.

Damit ergibt sich folgende Zusammenfassung:

Erhöhte Unterdeckung in den Leistungsbereichen	- 4.379.009 €
Mehrertrag aus der Sonderumlage bei Hebesatz ´23 von 21,95 %	+ 4.456.322 €
	+ 77.313 €
Vorbelastung aus der Etatplanung 2023	- 77.313 €
= zunächst Ausgleich 2024	- €

Reduzierung Hebesatz der Umlage um – 0,40 %-Pkt	**- 992.659 €**
Entnahme Sonderposten	**+ 992.659 €**
= Ausgleich 2024	**- €**

☞ **Der Hebesatz der Umlage Jugendamt 2024 wird daher festgesetzt auf 21,55 %.**

- Unter Ziff. 7.13 dieses Berichtes wird die Entwicklung der finanziellen Belastungen aus der Wahrnehmung der Aufgaben der Finanzierung der Kindertagesstätten und Jugendhilfe detailliert dargestellt. Darin enthalten sind auch die Dokumentation der Entwicklung des Bestandes der Sonderrücklage des Jugendamtes sowie die Entwicklung von Umlagebedarf und Hebesatz der Sonderumlage.

6.2 Gesamtzahlen Ergebnisplan und Finanzplan 2024

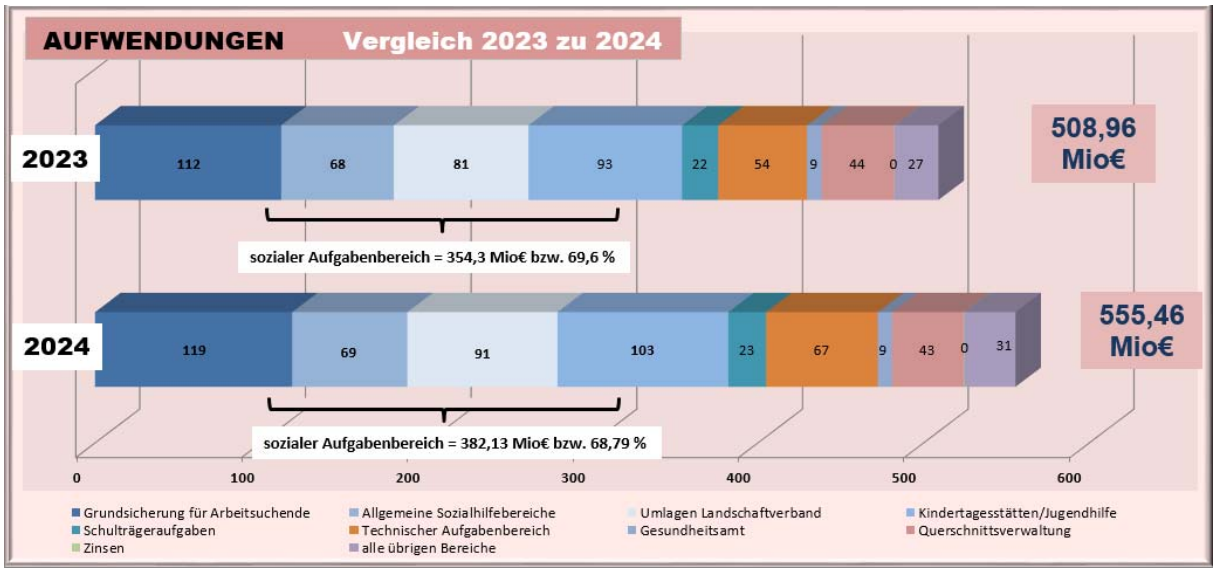
6.2.1 Ergebnisplan

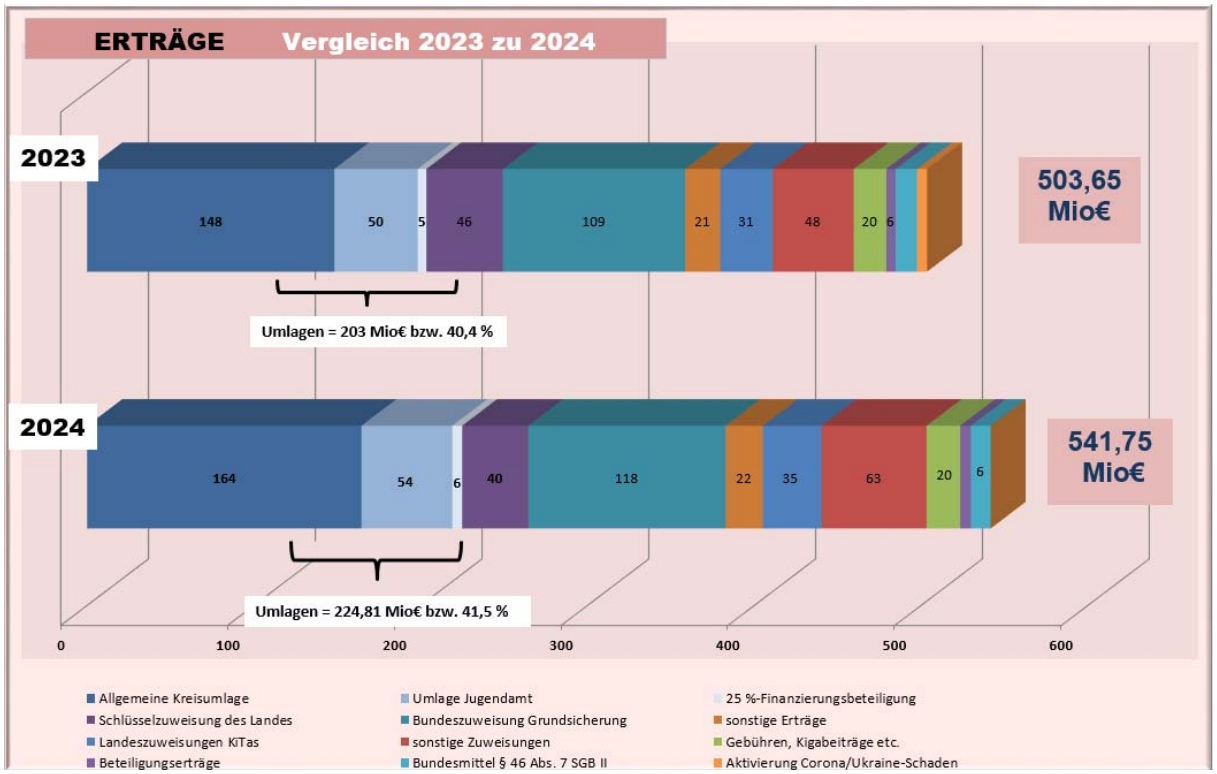
Die Gesamtzahlen des Ergebnisplanes 2024 weisen in der Haushaltssatzung (§ 1) unter Einbeziehung der Reduzierungen beim Hebesatz der allg. Kreisumlage und der weiteren Veränderungen der Änderungsliste folgende Gesamtbeträge an Erträgen und Aufwendungen aus:

	2023	2024
Erträge	**503.654.449 €**	**541.755.689 €**
Aufwendungen	**508.961.391 €**	**555.463.447 €**
Unterdeckung	***- 5.306.942 €***	***- 13.707.758 €***
Ausgleichsrücklage	**+ 5.306.942 €**	**+ 13.707.758 €**

➲ **Zur Entwicklung der Ausgleichsrücklage sh. nachfolgend Ziff. 6.2.2.**

Struktur der Aufwendungen/Erträge des Haushalts 2024 im Vergleich zum 2023:





6.2.2 Entwicklung der Ausgleichsrücklage

Der Kreis hat in die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 gem. § 56 a KrO NRW eine Ausgleichsrücklage eingestellt. Die Höhe des auszuweisenden Wertes dieser Rücklage ergab sich aus einem besonderen Berechnungsschema, wonach Basis der Wertermittlung das Aufkommen aus der Kreisumlage, der damaligen Jagdsteuer, den Kreisschlüsselzuweisungen sowie den Zuweisungen des Landes aus der Schul- und Investitionspauschale und der Wohngeldentlastung des Landes der Jahre 2005 - 2007 war. Grundlage der konkreten

Wertfestlegung war das durchschnittliche Aufkommen in diesen drei Jahren und davon dann ein Drittel.

Die Höhe der in die Eröffnungsbilanz eingestellten Ausgleichsrücklage belief sich nach dieser Berechnung **auf 40.783.040 €.** Der jährlich in der Bilanz auszuweisende Rücklagenbestand hat sich bis einschließlich zur Haushaltsplanung 2024 wie folgt entwickelt:

Stand lt. Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008	**40.783.039,68 €**
1. Wertberichtigung RWE	- 24.293.812,20 €
	16.489.227,48 €
„operativer“ Überschuss 2008	+ 5.453.468,07 €
Überschuss 2009	+ 4.378.179,52 €
Überschuss 2010	+ 4.434.278,66 €
Fehlbetrag 2011	- 5.783.884,97 €
Fehlbetrag 2012	- 1.943.076,11 €
Fehlbetrag 2013	- 2.418.430,73 €
Fehlbetrag 2014	- 1.076.714,99 €
Überschuss 2015	+ 56.018,38 €
Veränderung 2016	- €
Fehlbetrag 2017	- 3.038.912,19 €
Überschuss 2018	+ 1.901.451,51 €
Fehlbetrag 2019	- 5.249.741,21 €
Überschuss 2020	+ 6.205.197,53 €
Überschuss 2021	+ 3.857.308,18 €
Überschuss 2022	+ 5.189.995,91 €
Stand zum 31.12.2022	**28.454.365,04 €**
Erwartung an 2023	**+ 3.000.000,00 €**
Vor. Stand 31.12.2023	**31.454.365,04 €**
Inanspruchnahme lt. Planung Haushalt 2024	**- 13.707.758,00 €**
zu erwartender Stand 31.12.2024	**17.746.607,04 €**

6.2.3 Finanzplan (Liquiditätsentwicklung)

Während im Ergebnisplan Ertrag und Aufwand zu verbuchen sind und der Abschluss hieraus den Zuwachs oder die Inanspruchnahme von Eigenkapital dokumentiert, zeigt der Finanzplan die Liquiditätsentwicklung des Jahres 2023 aus den tatsächlichen Mittelzu/-abflüssen und damit den zu erwartenden Einzahlungen und Auszahlungen. Dies betrifft

a) Einzahlungen/Auszahlungen aus der lfd. Verwaltungstätigkeit,
b) Einzahlungen/Auszahlungen für Darlehn und Tilgungen (Finanzierungstätigkeiten) und
c) Einzahlungen/Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit.

→ Die Gesamtzahlen des Finanzplanes werden auch in § 1 der Haushaltssatzung ausgewiesen.

Die **Einzahlungen** aus den Vorgängen der **lfd. Verwaltungstätigkeit** des Finanzplanes weichen wegen den im Ergebnisplan enthaltenen zahlungs**un**wirksamen Vorgängen von den

Gesamtbeträgen der im Ergebnisplan zu verbuchenden Erträge und Aufwendungen ab. Da insbesondere die Aufwandspositionen *Abschreibungen* und *Veränderungen der Pensions-/Beihilferückstellungen* zu keinem Mittelabfluss führen, diese aber über einzahlungswirksame Erträge finanziert werden, ergibt sich aus der lfd. Verwaltungstätigkeit bei **einem ausgeglichenen** bzw. nicht hoch defizitären Ergebnisplan ein Liquiditätsüberschuss. Dieser wird zur Finanzierung der im Haushalt veranschlagten Darlehnstilgungen und Investitionen verwendet.

Hinweis
Der Liquiditätsüberschuss ist umso geringer, je höher im Ergebnisplan eine Unterdeckung ausgewiesen wird.

- Der Finanzplan weist im Kreishaushalt 2024 eine Liquiditätsunterdeckung mit **– 3.477.534 €** aus.
  Bei einem in Ertrag und Aufwand ausgeglichenem Haushalt würde sich ein Liquiditätsüberhang i.H.v. 10.230.224 € ergeben.

- Trotz der ausgewiesenen Liquiditätsunterdeckung in der lfd. Verwaltungstätigkeit ist der Kreis in 2024 in der Lage, sein für 2024 geplantes Investitionsvolumen ohne Aufnahme weiterer Investitionskredite zu finanzieren. Die Haushaltssatzung enthält im § 2 daher keine Kreditermächtigung.

- Neben der Liquiditätsunterdeckung und der Darlehnsfinanzierung verbleibt ein im Finanzplan 2024 ausgewiesener Rückgriff auf vorhandene Bestandsliquidität mit 802.286 € *(Zeile 38)*.

6.2.4 Ermittlung der Liquiditätsunterdeckung

Positionen zur Ermittlung des Liquiditätsunterdeckung:

Aufwendungen aus Abschreibungen (AfA)	+	12.430.615 €	kein Mittelabfluss
abzgl. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (SoPo)	-	7.500.683 €	keine Einzahlung
	+	*4.929.932 €*	
Netto-Aufwand aus Zuführung an Pensionsrückstellungen	+	5.456.977 €	kein Mittelabfluss
Zwischensumme	+	*10.386.909 €*	
Aufwendungen für Festwerte (Mittelabfluss investiv)	+	105.000 €	
Entnahme Sonderposten Jugendamt (führt zu keiner Einzahlung)	-	992.659 €	
Liquidität aus Rechnungsabgrenzung (Aufwand übersteigt Ertrag, vergleichbar mit Wirkung AfA/SoPo)	+	730.974 €	kein Mittelabfluss
= Liquiditätsüberschuss bei einem **fiktiv** ausgeglichenen Ergebnisplan	+	10.230.224 €	
aber: Fehlbedarf im Ergebnisplan	**-**	**13.707.758 €**	
= Liquiditätsunterdeckung lfd. Verwaltungstätigkeit lt. Haushaltssatzung (§ 1) und Finanzplan (Zeile 17)		**- 3.477.534 €**	

Der Einsatz dieser Liquidität zur Finanzierung von Tilgungsleistungen und Investitionen wird unter der Ziff. 8 dieses Berichtes, Darstellung der Investitionen des Jahres 2024, dokumentiert.

Nachweis in der Haushaltssatzung

Die Haushaltssatzung weist in ihrem § 1 sowie korrespondierend der Gesamtfinanzplan hinsichtlich der Liquiditätsentwicklung 2024 folgende Beträge aus:

	2023	2024	
lfd. Verwaltungstätigkeit			
Einzahlungen	489.684.995 €	533.211.855 €	
Auszahlungen	488.584.370 €	536.689.389 €	
Unterdeckung laufend	*+ 1.100.625 €*	*- 3.477.534 €*	Liquiditätsunterdeckung 2024
Investitions-/Finanzierungstätigkeit			
Einzahlungen	11.116.445 €	13.106.890 €	
Darlehn f. Investitionen	0 €	0 €	
Darlehn f. Liquidität	0 €	5.171.614 €	
Auszahlungen	19.671.424 €	15.603.256 €	
Überschuss investiv	*- 8.554.979 €*	*+ 2.675.248 €*	
= Liquiditätsbedarf	**- 7.454.354 €**	**- 802.286 €**	

Rückgriff auf vorhandene Liquidität

7. Erläuterungen zu einzelnen Bereichen des Ergebnisplanes

7.1 Finanzausgleich

Der Finanzausgleich wird durch das Gemeindefinanzierungsgesetz geregelt. Das Land legt die Höhe der aus dem Landeshaushalt zu finanzierenden Gesamtzuweisungen und die Struktur der Zuweisungen darin fest. In NRW bekommen die Kommunen (Städte, Kreise, Landschaftsverbände) sog. Schlüsselzuweisungen und pauschale Zuweisungen (z.B. Investitionspauschale) die nach bestimmten Berechnungssystematiken auf die drei Ebenen verteilt werden.

→ Die vom Finanzausgleich abhängigen Veranschlagungen befinden sich im Kreishaushalt in den Produkten ***16010100*** und ***16010200***

Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 (GFG 2024)

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfs des Kreishaushalts 2024 lag eine erste Berechnung (Arbeitskreisrechnung) zum GFG 2024 vor. Die am 27.10.2023 übersandte 1. Modellrechnung zum GFG 2024 zeigt ggü. der Arbeitskreisrechnung nur geringfügige Abweichungen.

Damit liegen für die Etatplanung 2024 gefestigte Werte für die wichtigen Positionen der *Schlüsselzuweisungen* und *investiven Pauschalen = Schulpauschale und Investitionspauschale* vor.
Die Daten unterliegen insoweit noch Veränderungen, da die Berechnungsbasis der Landeszuweisungen aus dem GFG 2024 gem. § 2 Abs. 2 des Gesetzes das Aufkommen des Landes aus den hierfür maßgeblichen Steuereinnahmen im Zeitraum vom 01.10.2022 – 30.09.2023 ist. Maßgebliche Steuereinnahmen sind das Aufkommen des Landes: aus der *Einkommensteuer*, *der Körperschaftsteuer, der Umsatzsteuer (= Gemeinschaftssteuern)* sowie *vier Siebtel der Einnahmen aus der* Grunderwerbsteuer. Das Aufkommen aus diesen

Steuereinnahmen stellt die sog. *Finanzausgleichsmasse* dar. Zum Zeitpunkt der Erstellung der ersten Berechnungen zum GFG lagen hierzu erst die Ist-Einnahme bis Ende Juli 2023 vor, für das 4. Quartal wird ein Schätzwert angesetzt.
→ *Mittlerweile liegen die Ist-Einnahmen für die gesamte Periode vor. Ggü. den in der Arbeitskreisrechnung für das 4. Quartal geschätzten Werte haben sich keine nennenswerten Abweichungen ergeben.*

Anmerkungen Struktur des Gemeindefinanzierungsgesetzes

- Hinsichtlich der v.g. in die Ermittlung der Finanzausgleichsmasse einzubeziehenden Landessteuern ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderung

- Der Verbundsatz, d.h. der Prozentsatz, mit dem das Land die Kommunen über Zuweisungen an den Steuereinnahmen beteiligt liegt, ebenfalls unverändert, bei **23 %**.

- Im Finanzausgleich des Jahres 2022 hat das Land die Finanzausgleichsmasse aus kreditierten Landesmitteln um den Betrag von + 930,938 Mio€ (FA 2021 = + 943,139 Mio€) aufgestockt, um die Wirkungen der Pandemiesituation auf die Steuereinnahmen, die sich nicht in der Weise erhöhend entwickelt haben, wie dies in den ursprünglichen Finanzplanungen des Landes vor der Pandemie, d.h. im Jahr 2019, angenommen worden ist, entsprechend auszugleichen. Das Land erreicht mit diesem Vorgehen Zuwächse in der Finanzausgleichsmasse, um hierdurch auch steigenden Bedarfen auf kommunaler Seite beim Personal- und Sachaufwand und aus sozialen Aufgabenstellungen angemessen nachkommen zu können.

  Die kreditierten Landesmittel sind über die nachfolgenden GFG zurückzuzahlen. Die vorliegenden Daten der Arbeitskreisrechnung sieht hierfür erstmals einen Rückführungsbetrag mit 29.836.000 € vor.

- Inhaltlich enthält das GFG folgende weitere zu nennende Aspekte:

  → Änderungen ergeben sich bei der sog. ***Grunddatenermittlung*****,** also den Basisdaten, aus denen sich der kommunale Bedarf für Schlüsselzuweisungen grds. ergibt. Diese Bedarfsberechnung ist regelmäßig fortzuschreiben. Während die Basisdaten bisher auf Daten der Jahre 2011 - 2015 basierten, werden für das GFG 2024 die Daten der Jahre 2016 – 2020 herangezogen.

  → Andererseits kommt das Land einer langjährigen Forderung des Landkreistages und des Städte- und Gemeindebundes nach, die Höhe der ***fiktiven Steuerhebesätze*** bei der Gewerbesteuer und den Grundsteuern A und B nicht landeseinheitlich festzulegen, sondern nach dem Rechtsstatus der Kommune, d.h. handelt es sich um eine *kreisfreie* oder eine *kreisangehörige* Kommune.

  Dies führt in der Tendenz zu höheren fiktiven Hebesätzen und damit zu einer bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen höheren eigene Finanzkraft bei den kreisfreien Städten als bei den kreisangehörigen Kommunen.

  Folge heraus ist dann, dass die kreisangehörigen Kommunen höhere Anteile an den Schlüsselzuweisungen haben.

  → Sowohl die sich aus der Grunddatenermittlung ergebenden Auswirkungen auf die Gewichtungsfaktoren der Nebenansätze wie auch die Wirkungen der Änderungen bei den fiktiven Steuerhebesätzen wurden in den FA 2022 und 2023 nicht vollständig berücksichtigt, um Effekte abzufedern. Im GFG 2024 erfolgt nunmehr eine vollständige

Umsetzung der sich aus den Grunddaten 2016 – 2020 ergebenden Gewichtungsparameter.

Höhe der Finanzausgleichsmasse

	2023 Mio€	2024 *1. MD GFG* Mio€	Differenz Mio€	 %
zu berücksichtigende Steuern	65.214,526	65.938,674	**+ 724,15**	**+ 1,11**
Verbundsatz	**23%**	**23%**		
Finanzausgleichsmasse	**14.999,34**	**15.165,90**	**166,554**	**+ 1,11**
abzgl. Corona-Kreditierung		-29,836	**-29,84**	
zzgl. besondere Vorgänge	+ 203,684	+ 205,929	**2,245**	
= Finanzausgleichsmasse für komm. Zuweisungen	**15.203,025**	**15.341,988**	**138,963**	**+ 0,91**

Zuordnung der Gesamtzuweisungen auf die einzelnen Zuweisungsarten des GFG

	2023 Mio€	2024 1. AK Mio€	Differenz Mio€	 %
Schlüsselzuweisungen				
Städte, Gemeinden (78,5 %)	10.041,90	10.133,69	**91,79**	**+ 0,9**
Kreise (11,7 %)	1.496,63	1.510,31	**13,68**	**+ 0,9**
Landschaftsverbände (9,8)	1.254,60	1.266,07	**11,47**	**+ 0,9**
gesamt	**12.793,13**	**12.910,07**	**116,94**	**+ 0,9**
Investive Pauschalen				
Allg. Investitionspauschale	1.306,17	1.319,76	**13,58**	**+ 1,0**
Schulpauschale	809,90	817,31	**7,40**	**+ 0,9**
Sportpauschale	69,33	69,96	**0,63**	**+ 0,9**
Unterhaltungspauschale	170,00	170,00	**0,00**	**+ 0,0**
Übrige Zuweisungen	54,48	54,89	**0,40**	**0,7**
Finanzausgleich gesamt	**15.203,02**	**15.341,99**	**138,96**	**+ 0,91**

- Die sich für den Hochsauerlandkreis und seine Städte und Gemeinden aus diesen Mittelbereitstellungen des Landes ergebenden Beträge werden nachfolgend dokumentiert.

Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen 2024 der Städte/Gemeinden im Hochsauerlandkreis

Steuerkraft (Referenzperiode für 2024 = 01.07.2022 – 30.06.2023)

Die Steuerkraft der Kommunen im Hochsauerlandkreis zeigt sich wie folgt:

Kommune	2023	2024	Differenz	%
Arnsberg	119.694.612	114.629.677	-5.064.936	*-4,23*
Bestwig*	14.030.405	14.701.036	+ 670.632	*+ 4,78*
Brilon*	48.641.430	61.944.806	+ 13.303.375	*+ 27,35*
Eslohe*	12.048.930	16.089.341	+ 4.040.411	*+ 33,53*
Hallenberg*	5.450.713	5.836.880	+ 386.167	*+ 7,08*
Marsberg	30.072.042	25.174.238	-4.897.804	*-16,29*
Medebach*	9.148.687	11.113.605	+ 1.964.919	*+ 21,48*
Meschede*	50.871.772	54.326.648	+ 3.454.876	*+ 6,79*
Olsberg	26.989.801	24.525.230	-2.464.571	*-9,13*
Schmallenberg	39.756.160	37.277.349	-2.478.811	*-6,24*
Sundern*	45.008.074	47.091.250	+ 2.083.176	*+ 4,63*
Winterberg*	15.615.267	17.235.197	+ 1.619.930	*+ 10,37*
gesamt	**417.327.892**	**429.945.257**	**12.617.365**	*+ 3,02*

*** = Entwicklung Steuerkraft über Landesdurchschnitt (= + 2,08 %)**

Eine genaue Zusammensetzung der Steuerkraft unserer Städte und Gemeinden mit Zuordnung auf die im Finanzausgleich zu berücksichtigenden Steuerarten, es sind dies im Wesentlichen die Steuereinnahmen aus:

• Grundsteuern A + B • Gewerbesteuern • Anteile an der Einkommen-/Umsatzsteuer
• Einheitslastenabrechnung • abzgl. Gewerbesteuerumlage

ist diesem Vorbericht als Anlage 1 beigefügt.

Schlüsselzuweisungen - Grunddaten im GFG 2024

Die Schlüsselzuweisung ist eine zweckfreie Zuweisung, die zur allgemeinen Finanzierung der Kommunalhaushalte seitens des Landes an die Kommunen gezahlt wird. Zur Berechnung wird ein fiktiver Bedarf ermittelt, der dann der o.g. Steuerkraft einer Kommune gegenübergestellt wird. Von diesem Unterschiedsbetrag erhält die Gemeinde 90 %, die Kreise erhalten den vollen Unterschiedsbetrag als Schlüsselzuweisung.

Diejenigen Kommune, bei der die ermittelte Steuerkraft den nach der Systematik des Finanzausgleichs errechneten Bedarfswert überschreitet erhält keine Schlüsselzuweisungen. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, trifft dies auf die Städte *Brilon, Eslohe, Meschede und Sundern* zu.

Die Ermittlung des fiktiven Bedarfs als Basis der Schlüsselzuweisungen erfolgt durch folgende Faktoren:

➲ Die Einwohner jeder kreisangehörigen Gemeinde und kreisfreien Stadt werden bei der Ermittlung des Bedarfs der jeweiligen Gemeinde gewichtet. Diese Einwohnergewichtung erfolgt mit dem Hauptansatz. Eine Hauptansatzstaffel, in der der Prozentsatz der Gewichtung nach Ortsgrößen gestaffelt dargestellt wird, dient der Orientierung der Kommunen. Als Beispiel erfolgt bei Kommunen mit einer Einwohnerzahl bis 21.000 keine Gewichtung, hingegen werden bei Kommunen mit einer Einwohnerzahl von über 647.500 diese mit 166 gewichtet. Bei der Ermittlung des Hauptansatzes der Kreise und Landschaftsverbände erfolgt keine Gewichtung. Hier gilt der volle EWO-Wert.

Gegenüber dem GFG 2023 ist die Gewichtung angepasst worden.

Maßgeblich für die Bevölkerungszahl ist die EWO-Zahl zum 31.12.2022.

Hinweis
Um den negativen Wirkungen eines möglichen Bevölkerungsrückgangs auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen entgegenzuwirken, wird seit dem GFG 2012 eine fiktive Berechnung zu den EWO-Daten durchgeführt und ein sog. Demografiefaktor ermittelt. Er führt dazu, dass als relevanter Einwohnerwert der Mittelwert aus den Ergebnissen dreier Jahresstatistiken zugrunde gelegt wird, wenn dieser Mittelwert höher ist als die zum Stichtag festgestellte Einwohnerzahl. Der durchschnittliche Einwohnerwert wird im GFG 2024 aus den fortgeschriebenen Zensusdaten ermittelt. Hierzu werden die Daten der Stichtage 31. Dezember 2020, 31. Dezember 2021 und 31. Dezember 2022 herangezogen.

- Für den Schüleransatz ergibt sich im GFG 2024 eine Änderung. Der Beschultenansatz wurde in seiner bisherigen Form mit dem GFG 20112 eingeführt und basierte auf Grundlage eines ifo-Gutachtens aus 2008. Nicht erst seit Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab dem Jahr 2026 wird der Ausbau der zusätzlichen Betreuungsangebote weiter forciert. Weitere gesetzliche Bestimmungen, Krisen und veränderte Lebensumstände (zunehmende Erwerbstätigkeit beider Elternteile) haben Einfluss auf die Schullandschaft genommen. Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen und der Tatsache, dass die Signifikanz des Indikators „Halbtagsschüler“ in den vergangenen Jahren abgenommen hat, war eine Überprüfung des Beschultenansatzes erforderlich. Ein FiFo-Gutachtes empfiehlt daher, die OGS-Betreuung – unter Beibehaltung der bisherigen Systematik – zu den Ganztagsbeschulten zu rechnen. Mit dem GFG 2024 soll dieser Empfehlung gefolgt werden. Für den Schüleransatz wird im GFG 2024 daher weiterhin differenziert gewichtet, jedoch nunmehr nach Kurztags- und Langtagsbeschulten (= Ganztagsbeschulten + OGS-Betreute). Diese Umstellung und die Grunddatenaktualisierung im GFG 2024 führen für Langtagsbeschulte zu einem Gewichtungswert von 3,0 (Vorjahr 3,03) und für Kurztagsbeschulte von 0,97 (Vorjahr 1,0).

- Als Indikator für den Soziallastenansatz wird seit dem GFG 2008 die Zahl der SGB II-Bedarfsgemeinschaften herangezogen. Der Gewichtungswert ist gegenüber dem Vorjahr angepasst worden und liegt nun bei 20,53 (2023 = 20,02).

- Der Zentralitätsansatz erfasst zentrale Versorgungsfunktionen, die Gemeinden für das Umland zukommen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist Indikator dafür, inwieweit einer Gemeinde durch Einpendler zusätzliche Aufwendungen entstehen. Der Gewichtungswert liegt unter einem ggü. dem Vorjahr leicht verändertem Wert von 1,02 (2023 = 0,86) je sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort.

- Um dem Einfluss der Flächen-/Einwohnerrelation bei Flächengemeinden mit geringer Einwohnerzahl auf die Bedarfsermittlung Rechnung zu tragen, wurde der Flächenansatz im GFG 2012 eingeführt. Der Gewichtungswert liegt ggü. dem Vorjahr unverändert bei auf 0,21 Aufgrund der Größe des Hochsauerlandkreises in Verbindung mit der geringeren Einwohnerzahl profitieren die Kommunen im HSK am meisten von diesem Faktor.

Schlüsselzuweisungen der Städte/Gemeinden im HSK:

Kommune	2023	2024	Differenz	%
Arnsberg	**21.446.847**	**29.358.607**	+ 7.911.760	***+ 36,89***
Bestwig	**2.413.556**	**1.958.796**	-454.760	***-18,84***
Brilon	**0**	**0**	0	
Eslohe	**1.511.633**	**0**	-1.511.633	***-100,00***
Hallenberg	**1.268.360**	**1.290.408**	+ 22.048	***+ 1,74***
Marsberg	**1.678.000**	**7.494.731**	+ 5.816.731	***+ 346,65***
Medebach	**4.113.722**	**2.903.684**	-1.210.038	***-29,41***
Meschede	**0**	**0**	0	
Olsberg	**0**	**72.590**	+ 72.590	***+ 100,00***
Schmallenberg	**2.068.372**	**4.511.082**	+ 2.442.710	***+ 118,10***
Sundern	**0**	**0**	0	
Winterberg	**4.008.486**	**3.605.938**	-402.548	***-10,04***
gesamt	**38.508.976**	**51.195.836**	**+ 12.686.860**	***+ 32,95***

7.2 Kreisumlage

Die seitens des Kreises von den Städten und Gemeinden zu veranlagende Kreisumlage berechnet sich auf der Grundlage der zuvor genannten Steuerkraftmesszahlen der Kommunen im Gesamtvolumen von 429.945.257 €, einem Ausgleich für Vorjahre von – 108.170 € sowie deren Schlüsselzuweisungen mit einem Volumen von 51.195.836.
Bei dem in den Entwurf der Haushaltssatzung 2024 eingestellten und gegenüber dem Vorjahr zunächst unverändertem Hebesatz von 32,50 % errechnet sich wegen des deutlichen Anstiegs der Umlagegrundlagen zunächst ein positiver Mitnahmeeffekt in Höhe von + 8.188.717 €.
Durch die Hebesatzerhöhung im Entwurf des Kreishaushalts 2024 um insgesamt + 2,45 %-Punkte (= + 11.773.975 €) ergibt sich gegenüber 2023 im Entwurf zunächst ein Mehraufkommen von + 19.812.367 €.

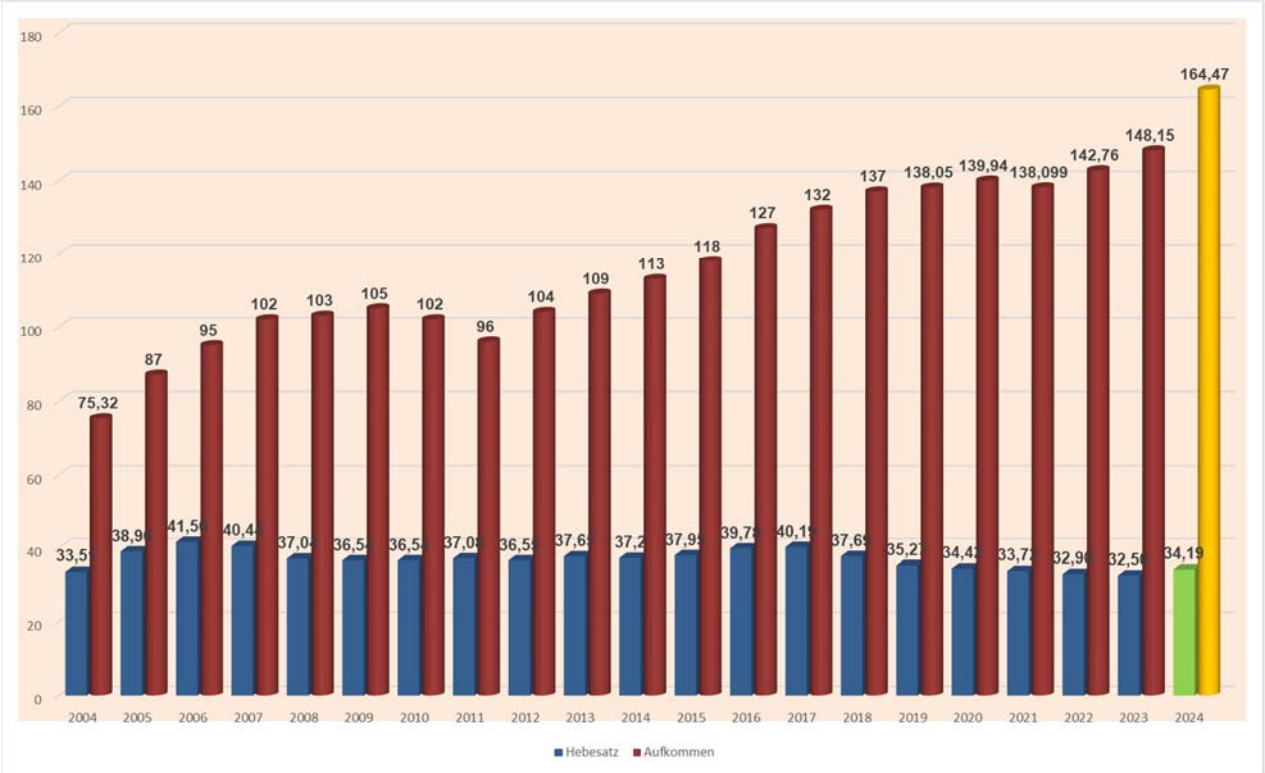
☞ **Aufgrund des Beschlusses des Kreistages am 08.12.2023 zur Änderungsliste HH 2024 (Drcks. 10/853) kann die im Entwurf berücksichtigte Hebesatzerhöhung um + 2,45 %-Pkt. um insgesamt – 0,76 %-Pkt. geringer ausfallen. Der vom Kreistag beschlossene Hebesatz der Kreisumlage 2024 liegt damit bei 34,19 %.**

Das Kreisumlageaufkommen beläuft sich im Kreishaushalt 2024 damit auf **164,465 Mio€** (2023 = 148,146 Mio€). Gegenüber 2023 liegt das Mehraufkommen damit bei **+ 16.318.173 €.**

	2023 HHPlan €	2024 HHPlan €	+ Verbesserungen/- Verschlechterungen €	%
Umlagegrundlagen				
a) Steuerkraft				
Grundsteuern	48.112.703	48.346.341	+ 233.638	+ 0,49
Gewerbesteuer	202.706.533	225.738.077	+ 23.031.544	+ 11,36
Anteil Einkommenssteuer	139.113.565	131.570.283	-7.543.282	-5,42
Anteil Umsatzsteuer	31.789.702	28.207.685	-3.582.017	-11,27
Gewerbesteuerumlage	-17.054.636	-18.992.386	-1.937.750	+ 11,36
sonstige Positionen	12.660.026	15.075.257	2.415.232	+ 19,08
Steuerkraft gesamt	**417.327.892**	**429.945.257**	**+ 12.617.364**	**+ 3,02**
b) Ausgleich Vorjahre		-108.170		
c) Schlüsselzuweisungen	38.508.976	51.195.836	+ 12.686.860	+ 32,95
Umlagegrundlagen	**455.836.868**	**481.032.923**	**+ 25.196.054**	**+ 5,53**
Aufkommen Kreisumlage **bei Hebesatz 2023 = 32,50 %**	148.146.983	156.335.700	+ 8.188.717	+ 5,53
Erhöhung um **+ 1,69 %**		**+ 8.129.456**		
= Umlageaufkommen bei Hebesatz **34,19 %**	**148.146.983**	**164.465.156**	**+ 16.318.173**	**+ 11,01**

→ Die auf die Städte und Gemeinden entfallenden Umlagegrundlagen sowie Einzelbeträge der Kreisumlage sind dem Vorbericht als Anlagen beigefügt.

Entwicklung des Hebesatzes sowie des Umlageaufkommens der Kreisumlage 2004 – 2024



7.3 Schlüsselzuweisungen Kreis

Nach der Modellrechnung zum GFG 2024 erhält der Kreis eine Zuweisung i.H.v. **39.569.580 €**. Im Vergleich zur Veranschlagung in 2024 ergibt sich ein deutlicher **Minderertrag von – 6.327.514 €.**

GFG 2023	45.897.094 €
GFG 2024	39.569.580 €
Minderertrag 2024	***- 6.327.514 €***

7.4 Landschaftsumlage

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) hat Anfang August erste Informationen zur dortigen Haushaltsplanung 2024 den Kommunen zur Verfügung gestellt. Danach war geplant, den Hebesatz der Landschaftsumlage um + 1,50 % auf 17,70 % (2023 = 16,20 %) zu erhöhen. Der Fehlbedarf würde danach bei rd. 40 Mio€ liegen.

Vorgehen Entwurf Hochsauerlandkreis:
Mit den vorliegenden Daten der Arbeitskreisrechnung zum GFG 2024 und den sich damit für den LWL ergebenden Verbesserungen bei den Schlüsselzuweisungen und beim Umlageaufkommen enthält der Entwurf des Haushalts 2024 des HSK eine ***Hebesatzerhöhung um + 1,3 % auf 17,50 %. Mit dieser Annahme beträgt die Umlage in 2024 lt. Entwurf = 91,04 Mio€, ein Anstieg um + 9,76 Mio€.***

Der am 28.09.2023 eingebrachte Entwurf sieht einen Hebesatz von 17,55 % (= + 1,35 %-Punkte) vor.

☞ ***Über die Änderungsliste erfolgt eine Reduzierung des Hebesatzes der Umlage um – 0,1 % - basierend auf der Erwartung, dass der LWL die mit + 1,35 %-Pkt- in seinen Planentwurf eingestellte Hebesatzerhöhung auf + 1,20 %-Pkt. = - 0,15 %-Pkt. reduziert. Der Beschluss des LWL-Haushalts ist für die Landschaftsversammlung am 21.12.2023 geplant.***

Die von den Kreisen und kreisfreien Städten an den LWL zu leistende Umlage errechnet sich, vergleichbar der Kreisumlage, aus den Steuerkraftdaten und Schlüsselzuweisungen unserer Städte/Gemeinden, hinzukommt als weiterer Berechnungsfaktor das Volumen der Kreisschlüsselzuweisungen.

Berechnungsgrundlage der Umlage für den HSK *mit Stand Änderungsliste*

	2023 HHPlan €	2024 1. AK €	Differenz €	
Umlagegrundlagen Kreisumlage	455.836.868	481.032.922	+ 25.196.054	
Schlüsselzuweisungen Kreis	45.897.094	39.569.580	-6.327.514	
Umlagegrundlagen LWL	501.733.962	**520.602.502**	**+ 18.868.540**	
x Hebesatz 16,2 %	*81.280.902*	*84.337.605*	**+ 3.056.703**	**= Mitnahmeeffekt**
x Erhöhung + 1,2 %		*6.247.230*	**+ 6.247.230**	**Erhöhungseffekt**
Zahlungsverpflichtung bei 17,4 %	***81.280.902***	***90.584.835***	***+ 9.303.934***	**erhöhte Zahlung gesamt**

7.5 Bundesmittel gem. § 46 Abs. 7 SGB II

Seit dem Jahr 2015 zahlt der Bund an die Kommunen gem. dem „*Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen (Gesetz v. 01.12.2016)“* zur Entlastung ihrer Sozialhaushalte Entlastungsmittel, die nach anfänglich geringeren Beträgen ab dem Jahr 2018 ein im Volumen von jährlich 5 Mrd€ erreichen.

Die Städte und Gemeinden erhalten ihre Anteile am Entlastungspaket über erhöhte Umsatzsteueranteile. Auf die Kommunen im HSK entfiel hiervon im Jahr 2022 ein Betrag von rd. 16,0 Mio€. Diese Umsatzsteueranteile führen in dieser Höhe auch zu einem Anstieg der Berechnungsrundlagen der Kreisumlage und schlagen somit indirekt auch in das Kreisumlageaufkommen durch, wobei die Umsatzsteueranteile jeweils auf die Referenzperiode umgerechnet werden müssen.

Die Kreise und kreisfreien Städte erhalten die Bundesmittel auf der Rechtsgrundlage des § 46 Abs. 7 SGB II im Wege von %-Sätzen bezogen auf den im Haushalt veranschlagten Netto-Aufwendungen bei den *Kosten der Unterkunft*. In 2015 lag dieser %-Satz bei 3,7 %., seit 2022 erhalten die Kreise zunächst Bundesmittel i.H.v. 10,2 % (bezogen auf ihre Netto-KdU).

Der Bundestag hat mit dem „Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder vom 06.10.2020“ u.a. eine Änderung des § 46 Abs. 7 des SGB II dahingehend beschlossen, die dort bisher genannten %-Sätze zur Auskehrung der Entlastungsmittel des Bundes rückwirkend ab dem Jahr 2020 dauerhaft um + 25 %-Pkt. zu erhöhen.

Seit 2022 erhalten die Kreise somit Bundesmittel i.H.v. **35,2 %** (10,2 % + 25 % Erhöhung) bezogen auf ihre Netto-KdU.

Berechnung der Bundesmittel 2024 für den Hochsauerlandkreis:

Netto-Aufwand KDU		**33.916.000 €**
%-Schlüssel für 2022		**x 35,2 %**
= Anteil HSK an Bundesmitteln		**11.938.432 €**

nachrichtlich:
Bundesmittel und %-Sätze in den Jahren 2015 – 2022

2015	1.202.759 €	3,7 %
2016	1.103.322 €	3,7 %
2017	2.266.287 €	7,4 %
2018	2.135.184 €	7,9 %
2019	948.074 €	3,3 %
2020	715.176 €	27,7 %
2021	6.772.357 €	26,2 %
2022	9.232.960 €	35,2 %
2023 Plan	**12.583.120 €**	**35,2 %**
2024 Plan	**11.938.432 €**	**35,2 %**

Veranschlagung der Entlastungsmittel

Die Entlastungsmittel des Bundes gem. § 46 Abs. 7 SGB II wurden bis zum Jahr 2020 als Deckungsmittel im Budget Kosten der Unterkunft (Produkt 050102) verbucht. In den Unterlagen zum Gesetzgebungsverfahren des v.g. „*Gesetzes zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder“* hat die Bundesregierung jedoch deutlich dargelegt, dass diese Mittel ausdrücklich zur *allgemeinen Entlastung der Kommunen* angehoben werden. Aus diesem Grund erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2021 die Verbuchung der Bundesmittel entsprechend der Zwecksetzung des Bundes im Kreishaushalt unter den allgemeinen Deckungsmitteln im Produkt *160101 „Umlagen, Zuweisungen, Steuern“ und Konto 4140000002.*

7.6 Investitionspauschale

Die Investitionspauschale beläuft sich im Kreishaushalt 2024 auf 1.716.183 €, gegenüber dem Vorjahr (1.699.293 €) ergibt sich damit eine Erhöhung um + 16.889 €. Die Investitionspauschale wird ausschließlich über den investiven Teil des Finanzplanes verbucht und dient der Finanzierung von Investitionen (Produkt/InvM 160101-001).

	Investitionspauschale **€**
Haushalt 2023 Haushalt 2024	1.699.293 1.716.183
Differenz	**+ 16.889**

7.7 Schulpauschale

→ **Die Mittel der Schulpauschale werden in der Ergebnisplanung im Produkt 160101 = *Kto. 4111200000* und in der investiven Finanzplanung in der InvM 160101-002 = *Kto. 6811200000* verbucht.**

Die Schulpauschale wird den Kommunen seit dem Jahr 2002 aus Mitteln des Steuerverbundes und damit über das jährliche GFG zweckgebunden gewährt, u.a. für den Bau, die Modernisierung und Sanierung von Schulgebäuden sowie deren Einrichtung und Ausstattung. Auf Basis der Arbeitskreisrechnung zum GFG 2024 erhält der Hochsauerlandkreis in 2023 eine Zuweisung mit **3.087.606 €**. Gegenüber der Veranschlagung des Vorjahres (= 3.181.100 €) ergibt sich ein Minderbetrag mit – 93.494 €.
Entsprechend den gesetzlichen Verwendungsmöglichkeiten werden die Mittel der Schulpauschale beim Hochsauerlandkreis wie folgt eingesetzt:

- Zur Bedienung des Zinsaufwandes aus der Kreditfinanzierung des in den Jahren 2002 – 2008 umgesetzten Schulbauprogramms von rd. 33 Mio€. Hieraus resultiert eine Restschuld zum 31.12.2022 mit 8,9 Mio€ und mit einem Zinsaufwand **in 2024** von **205.000 €**.

- Zur weitergehenden zweckgebundenen Verwendung der Schulpauschale werden seit 2008 an den Berufskollegs und Förderschulen des Kreises umzusetzende Brandschutzmaßnahmen hieraus finanziert. **In 2024** sind in den Schulgebäuden des Kreises diesbezügliche Maßnahmen **i.H.v. 685.500 €** geplant. Des Weiteren kann die Schulpauschale auch für die „normale“ Gebäudeunterhaltung der Schulen verwendet werden. Für 2024 wird hierfür ein Anteil der Schulpauschale mit **1.111.000 €** vorgesehen.

- Soweit die Mittel der Schulpauschale nicht für Zinsaufwand, Brandschutz und Gebäudeunterhaltung an bzw. in Schulgebäuden gebunden sind, werden sie zur Finanzierung von Investitionen für Bau, Einrichtungen und Ausstattungen der Schulen des Kreises verwendet. **In 2024** ist dies ein Betrag von **1.086.106 €.**

- Ebenso können die Mittel der Schulpauschale nach Vorgabe des Landes für zukünftige Projekte in den Folgejahren angespart werden. Für die Neubaumaßnahmen des Berufskollegs Berliner Platz in Neheim wurden aus den Jahren 2016-2022 bereits nicht in Anspruch genommene Mittel mit rd. 2,46 Mio€ angespart.

Damit ergibt sich in 2024 folgende Verwendung der Schulpauschale

		nachrichtlich 2023
205.000 €	Zinsaufwand für Schulbaudarlehn	211.000 €
1.111.000 €	Gebäudeunterhaltung	*758.500 €*
685.500 €	Unterhaltungsmaßnahmen Brandschutz	*389.500 €*
2.001.500 €	*Verwendung nicht investiv im Ergebnisplan*	*1.359.000 €*
0 €	Investive Maßnahmen Hochbau an Schulen	*0 €*
1.086.106 €	Einrichtungen-/Ausstattungen Schulen	*1.822.100 €*
3.087.606 €	**Schulpauschale 2024 gesamt**	***3.181.100 €***

Die seit dem Jahr 2002 ausgezahlte Schulpauschale wurde wie folgt eingesetzt:

Jahr	Zuweisung €	Verwendung Schuldendienst Schulbau €	unmittelbar für Ausstattungs-/ Einrichtungs-maßnahmen €
2002	1.878.096	11.030	1.867.066
2003	1.515.070	419.883	1.095.187
2004	1.653.913	781.928	871.895
2005	1.675.467	1.026.137	649.330
2006	1.713.500	1.670.000	43.500
2007	1.729.216	1.708.674	20.542

	Zuweisung	Zinsaufwand €	Brandschutz/Gebäude-unterhaltung/inv. Hochbau €	Einrichtung/Ausstattung €	Ansparung Neubau BK Berliner Platz
2008	2.116.385	1.300.000	635.500	180.885	
2009	2.407.740	1.300.000	670.500	437.240	
2010	2.441.282	1.300.000	465.000	676.282	
2011	2.477.150	1.175.000	442.400	859.750	
2012	2.502.572	1.080.000	345.000	1.077.572	
2013	2.473.625	1.095.000	0	1.378.625	
2014	2.475.989	880.000	495.000	1.100.989	
2015	2.530.590	844.400	310.000	1.376.190	
2016	2.538.207	787.456	326.240	1.176.268	248.243
2017	2.513.920	692.779	551.865	816.995	452.281

2018	2.456.400	582.526	391.563	1.080.922	401.388
2019	2.670.369	470.779	693.337	1.272.310	233.943
2020	2.787.920	323.449	1.157.517	1.041.680	265.274
2021	2.965.586	243.136	984.470	1.474.995	262.985
2022	3.022.006	222.469	1.507.935	1.514.071	0
2023	3.181.100	211.000	1.148.000	1.822.100	0
2024	3.087.606	205.000	2.001.500	1.086.106	0

7.8 Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen werden im Haushalt des Kreises wie folgt verbucht:

a) die an die Mitarbeiter/innen auszuzahlenden Bezüge und Vergütungen sowie die darauf abzuführenden Sozialversicherungsbeiträge werden als *direkte* Aufwendungen in den einzelnen Produktbudgets unter der *Position 11* veranschlagt;

b) die Aufwendungen für Pensionszahlungen (Umlagezahlung an die Westf. Versorgungskasse in Münster), die Beihilfen an aktive Beschäftigte und an Versorgungsempfänger, die Beiträge zur Unfallkasse NRW sowie die Aufwendungen/Erträge aus Verbuchungen an bzw. von Pensionsrückstellungen werden **zentral** im *Produkt 01090500* unter den *Positionen 11 und 12, Kto.-Gruppe 50 und 51,* veranschlagt;

c) für einen ordnungsgemäßen Nachweis der mit den Aufgabenerfüllungen verbundenen Aufwendungen werden die unter b) aufgeführten zentral verbuchten Aufwendungen dann als interne Leistungsverrechnungen den einzelnen Produktbudgets unter der *Position 28* belastet.
Als Gegenposition wird im Budget 010905 unter der Position 27 einen Ertrag aus interner Leistungsverrechnung verbucht.

- - - - - - -

Beim Personalaufwand ergibt sich in 2024 *-unter Berücksichtigung der u.g. pauschalen Kürzung von 1,0 Mio€-* bei einem **Gesamtaufwandsvolumen von 78,42 Mio €** gegenüber dem Vorjahr ein Mehraufwand mit **+ 2,57 Mio€ = + 3,3 %**

Die Planungen basieren im Entwurf auf folgenden Annahmen und Entwicklungen:

• Tarif- und Besoldungserhöhung • für Tarifbeschäftigte ab 01.03.2024 = 200 € Sockelbetrag + 5,5 % -feststehend- und Inflationsausgleich 01+02/24 220 € • für Besoldungserhöhungen ab 01.01.2024 = pauschal + 8 % aus Übernahme des TVÖD-Abschlusses	- 3.175.988 €
• 19,85 Stellenzuwachs (s.u.)	- 1.492.000 €
• Sonstige Erhöhungen	- 347.250 €
	- 5.015.238 €
• zzgl. Veränderungen bei Pensions- /Beihilferückstellung	+ 1.447.900 €
Mehraufwand 2024	***+ 3.567.338 €***
davon: - allg. Haushalt	*+ 2.440.192 €*
- Etat Jugendamt	*+ 1.127.146 €*

☞ ***Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 08.12.2023 eine pauschale Kürzung im Personalaufwand von 1,0 Mio€ beschlossen. Die Kürzung wurde im allgemeinen Haushalt bei den Positionen***

- Besoldung	***- 255.353 €***	
- Vergütung tariflich Beschäftigter	***- 581.444 €***	
- VV-Beiträge tariflich Beschäftigter	***- 44.871 €***	
- SV-Beiträge tariflich Beschäftigter	***- 118.332 €***	
	-1.000.000 €	***berücksichtigt.***

Stellenplan 2024

Der Stellenplan weist in der Kernverwaltung im Planentwurf 824,6 vollzeitverrechnete Stellen aus. Gegenüber 2023 (= 804,7 Stellen) ist dies eine Erhöhung um + 19,85 Stellen. Der Stellenplan ist dem Kreistag mit der Drcks. 10/803 vorgelegt worden. In der Drcks. wird darauf hingewiesen, dass zu 17,85 Stellen der gesamten Stellenmehrung Kreisausschuss bzw. Kreistag bereits im Laufe des Jahres 2023 Beschlüsse gefasst hat.

Insgesamt liegt die Brutto-Stellenmehrung in 2024 damit bei 23,05 Stellen, dem Stellenzuwachs steht ein Stellenabbau mit 3,2 Stellen gegenüber, was zu einem Netto-Zuwachs von 19,85 Stellen führt.

In den folgenden Aufgabenbereichen müssen neue Stellen eingerichtet werden:

1,7 Stellen	Ausländeramt
2,5 Stellen	Katastrophenschutz, Kreisschirrmeisterei
1,5 Stellen	Untere Naturschutzbehörde
2,1 Stellen	Untere Bauaufsichtsbehörde und untere Immissionsschutzbehörde
1 Stelle	Jobcenter (Refinanzierung Bundesmitteln)
1 Stelle	Veterinäramt
1,2 Stelle	Kreispolizeibehörde
1 Stelle	Klimaschutzmanager (40 % Förderung)
3,35 Stellen	sonstige, überwiegend Stellenaufstockungen
-3,2 Stellen	Stellenabbau (davon 2,0 Stellen nach Überprüfung der Ansätze)
12,15 Stellen	
7,7 Stellen	Jugendamt (KA Drcks. 10/711 und 766)
19,85 Stellen	

Der Kreisausschuss hat den über den Stellenplan 2024 neu einzurichtenden Stellen mit den Drcks. 10/711 (02.06.2023) und 10/766 (30.08.2023) zugestimmt.

Die nachfolgenden Übersichten liefern *(unter Berücksichtigung der v.g. Kürzung)* einen Überblick über die Veränderungen zum Vorjahr 2023 in den einzelnen Aufwandsbereichen des Personalaufwandes:

		2023	2024	Belastung (-), Entlastung (+)
Personalaufwand				
5011000000	Besoldung für Beamte	14.054.432 €	15.213.691 €	*-1.159.259 €*
5012000000	Vergütung tariflich Beschäftig	33.543.612 €	35.545.613 €	*-2.002.001 €*
5012000001	Vergütung tarifl. Besch. Flhyg	151.150 €	153.150 €	*-2.000 €*
5019000000	Dienstaufwdg. f. sonst. Beschä	303.850 €	312.260 €	*-8.410 €*
5019100000	Beschäftigungsentgelte Sonst.	10.000 €	10.200 €	*-200 €*
5022000000	VK-Beiträge tariflich Beschäft	2.607.050 €	2.736.196 €	*-129.146 €*
5032000001	SV-Beiträge tarifl.Besch. Flhy	16.630 €	22.130 €	*-5.500 €*
5032100000	SV-Beiträge tarifl.Beschäftigt	6.847.442 €	7.225.024 €	*-377.582 €*
5032200000	GUVV-Beiträge tarifl. Besch.	126.653 €	153.180 €	*-26.527 €*
5041100000	Beihilfe aktive Beamte	720.009 €	720.000 €	*+ 9 €*
5121000000	VK-Beiträge Beamte	8.362.382 €	8.620.000 €	*-257.618 €*
Versorgung				
5141000000	Beihilfen Versorgungsempfänger	2.200.086 €	2.250.000 €	*-49.914 €*
	Zwischensumme	**68.943.296 €**	**72.961.444 €**	**-4.018.148 €**
Pensionsangelegenheiten				
5051000000	Zuführung Pensionsrückstellung (Aktive)	3.065.315 €	3.174.268 €	*-108.953 €*
5061000000	Zuführung Beihilferückstellung (Aktive)	864.321 €	914.731 €	*-50.410 €*
5071100000	Zuführung Versorgungslastenverteilung	88.564 €	-13.337 €	*+ 101.901 €*
5151000000	Zuführung Pensionsrückstellung (Versorgungsempf.)	2.254.471 €	1.027.992 €	*+ 1.226.479 €*
5161000000	Zuführung Beihilferückstellung (Versorgungsempf.)	635.679 €	356.796 €	*+ 278.883 €*
	Zwischensumme	**6.908.350 €**	**5.460.450 €**	**1.447.900 €**
	GESAMTAUSWIRKUNG	**75.851.646 €**	**78.421.894 €**	**-2.570.248 €**

Pensions- und Beihilferückstellungen

Die Kommunale Versorgungskasse Westfalen-Lippe in Münster (kvw) übernimmt für den Hochsauerlandkreis a) die Berechnung und lfd. Auszahlung der *Pensionen an Versorgungsempfänger* sowie b) die jährliche Fortschreibung der *Pensionsrückstellungen*. Die Höhe der jährlich im Rahmen des Jahresabschlusses zu bilanzierenden *Beihilferückstellungen* berechnet der Kreis auf der Grundlage des § 37 Abs. 1 S. 5 KomHVO selbst.

Die mtl. Zahlungen an die Versorgungsempfänger (Pensionen) gehen zunächst aus dem Haushalt der kvw, die kvw stellt dem Kreis im Wege von Erstattungsforderungen von ihr gezahlte Versorgungsaufwendungen in Rechnung *(Tabelle 1, Kto. 5121 = 8.620.000 €)*. Die etatmäßige Veranschlagung erfolgt im *Produkt 01090500*.

Pensionsrückstellungen

Die für 2024 in der Haushaltsplanung anzusetzenden Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen basieren auf Berechnungsunterlagen der kvw für die Jahre 2020 bis 2023. Während es sich bei den Daten für die Jahre 2020 bis 2022 gleichzeitig um abschließende Werte für die jeweiligen Jahresabschlüsse handelt, sind dies bei den 2023-iger Daten Vorausberechnungen.
Die Höhe der im Haushalt 2024 vorzunehmenden Veranschlagungen entspricht der Differenz der für die Pensionsrückstellungen anzunehmenden Bilanzwerte zu den beiden Bilanzstichtagen 31.12.2024 zu 31.12.2023. Der Differenzwert zwischen den beiden Stichtagen fließt als Aufwand in die Etatplanung 2024 ein, er liegt in der Etatplanung für 2024 bei **4.202.260 €:**

	2023	2024	Differenz
Zuführungsbedarf Aktive	3.065.315	3.174.268	+108.953
Zuführungsbedarf Pensionäre	2.254.471	1.027.992	-1.226.479
Summe	5.319.786	4.202.260	-1.117.526

Dazu folgende ergänzende Anmerkungen

a) Die Höhe der jährlichen Veränderung der zu bilanzierenden Pensionsrückstellungen beinhaltet verschiedene Berechnungsparameter wie Besoldungserhöhungen (für 2023 keine Besoldungserhöhung und für 2024 werden + 5,5 % angesetzt unter der Annahme, dass im Beamtenbereich in 2024 eine Veränderung in dieser Größenordnung eintreten wird), Aufzinsungseffekt und Teilwertprämie (= jährlicher Aufwuchs des individuellen Pensionsanspruchs) sowie sonstige Effekte wie z.B. Statusveränderungen, Beförderungen und Abgänge von Leistungsempfängern.

b) Der Hochsauerlandkreis wird wie bereits für die Haushaltsjahre 2020 und 2022 für den Bilanzstichtag 31.12.2024 von der Regelung gem. § 37 Abs. 2 KomHVO Gebrauch machen, die sich aus der 2024-iger Besoldungserhöhung (= + 5,5 %) ergebende Zuführung von ca. 8,41 Mio€ in der Etatplanung und im Abschlussergebnis mit jeweils einem Drittel auf die Jahre 2024 bis 2026 zu verteilen. Dies entspricht einem Betrag von ca. 2,80 Mio€/Jahr, dieser Wert ist in der Planung für 2024 als Aufwand zu berücksichtigen. Mit diesem Vorgehen kann eine sprunghafte Belastung des Kreishaushalts 2024 vermieden werden.

c) Ansatzplanung 2024

Zuführungsbedarf aus Durchschnittswerten Vorjahre inkl. Besoldungserhöhung 2024 mit 5,5 %	9,807 Mio€	
Wirkungen aus Anwendung § 37 Abs. 2 KomHVO		
Entlastung 2024 aus Besoldungseffekt 2024	- 5,604 Mio€	
Zuführung lt. Haushalt 2024	**4,202 Mio€**	**= Ansatz 2024**

Beihilferückstellungen

Für die Berechnung des Zuführungsbedarfs bei den Beihilferückstellungen auf Grundlage des § 37 Abs. 1 Satz 5 KomHVO NRW ergibt sich nachfolgende Systematik:

a) Zunächst wird für den Zeitraum von drei Jahren vor dem jeweiligen Bilanzstichtag das Verhältnis der an Pensionäre geleisteten Beihilfen zu den geleisteten Versorgungszahlungen ermittelt.

b) Der sich hieraus ergebende durchschnittliche %-Satz des Dreijahreszeitraums wird auf die zum Stichtag zu bilanzierenden Pensionsrückstellungen angesetzt; der sich errechnende Betrag entspricht der zu bilanzierenden Beihilferückstellung.

c) Aufgrund der Überprüfung der Parameter für die Berechnung der Beihilferückstellungen auf der Basis aktueller Werte wird der im Entwurf des Hausplans 2023 mit 1,5 Mio€ angesetzte Wert um 228 T€ auf 1,272 T€ reduziert. Der Vergleich zum Vorjahr 2023 zeigt folgende Entwicklung:

	2023	2024	Differenz
Zuführungsbedarf Aktive	864.321	914.731	+50.410
Zuführungsbedarf Pensionäre	635.679	356.796	-278.883
Summe	1.500.000	1.271.527	-228.473

- - - - - - -

Die Entwicklung der in der Bilanz auszuweisenden Pensions- und Beihilferückstellungen zeigt sich mit diesen Planungsannahmen wie folgt:

	31.12.2022 Ergebnis	31.12.2023 voraussichtl. Berechnungs-basis kvw	31.12.2024 Planung	Differenz	
Pensions-Rückstellungen					
Aktive	62.381.004	69.133.915	**72.308.183**	**+3.174.268**	Zuführung
Versorgungsempfänger	88.969.550	87.608.823	**88.636.815**	**+1.027.992**	Zuführung
Gesamt	151.350.554	156.742.738	**160.944.998**	**+4.202.260**	Zuführung
Beihilfe-Rückstellungen					
Aktive	17.705.984	20.216.982	**21.131.713**	**+914.731**	Zuführung
Versorgungsempfänger	25.252.776	25.992.779	**26.349.575**	**+356.796**	Zuführung
Gesamt	42.958.760	46.209.761	**47.481.288**	**+1.271.527**	Zuführung
Rückstellungsbedarf	*194.309.314*	*202.952.499*	*208.426.286*	**5.473.787**	
Versorgungslastenausgleich	1.097.755	1.103.424	**1.090.087**	-13.337	Auflösung
Rückstellungsbedarf gesamt	195.407.069	204.055.923	209.516.373	**+5.460.450**	
abzügl. Erst.anspr. Kreis	-7.930.008	-7.870.420	-8.123.893	-253.473	
= Belastung Kreishaushalt 2024				**+5.206.977**	

Im Haushalt 2024 sind damit die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen nach den berechneten Planungswerten im Vergleich der Stichtage 31.12.2024 zu 31.12.2023 um **+ 5.460.450 € höher** anzusetzen. In 2024 zusätzlich kreisumlagewirksam ist aber nicht dieser Wert, sondern die Differenz zur Zuführung 2023, die bei + 6.728.695 € lag. Der Etat 2024 erfährt somit eine **Entlastung** mit ***1.447.900 €*** (siehe Daten Seite 29).

Bei den Erstattungsansprüchen handelt es sich um Forderungen des Kreises gegenüber dem Land aus der Übernahme von beamteten Mitarbeitern in der Versorgungs- und Umweltverwaltung, für die das Land in der späteren Versorgungsverpflichtung steht. Ebenso ergeben sich in Einzelfällen Ansprüche des Kreises, wenn Beamte von anderen Arbeitgebern zum Hochsauerlandkreis wechseln (sog. Versorgungslastenausgleich).

7.9 Abschreibungen, Sonderposten

→ Die Gesamtsumme der Veranschlagungen zu den Abschreibungen im Ergebnisplan betragen in 2024 **12.430.615 €**. Die Verteilung dieses Betrages erfolgt auf alle Produkte, Grundlage hierfür ist die produktbezogene Verbuchung des Anlagevermögens.

→ Zur teilweisen Refinanzierung sind Erträge aus der Auflösung von Sonderposten bei Gegenständen des Anlagevermögens zu verbuchen, in der Gesamtsumme ist dies ein Betrag von **7.500.683 €**. Die Erträge resultieren aus der Verwendung investiver Zuschüsse für die Finanzierung von Anlagevermögen. Gem. § 44 Abs. 5 KomHVO sind die Zuschüsse in der Bilanz als Sonderposten auf der Passivseite zu verbuchen und dann ratierlich

entsprechend der Abnutzung des geförderten Anlagevermögens ertragswirksam aufzulösen.

Allg. Anmerkungen zu den Abschreibungen und Sonderposten aus Drittmitteln

Selbständig nutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die den Wert von 800 €/netto überschreiten und einer dauerhaften Nutzung unterliegen, sind gem. § 36 Abs. 1 KomHVO jährlich um die planmäßigen Abschreibungen zu mindern. Die Abschreibungen sind auf den Zeitraum der Nutzungsdauer des Anlagegegenstandes zu verteilen, wobei der Hochsauerlandkreis ausschließlich eine gleichmäßige, d.h. lineare Abschreibung vornimmt. Die Nutzungsdauer orientiert sich dabei an den vom für Kommunales zuständigen Ministerium NRW herausgegebenen Abschreibungstabellen. Die darin enthaltenen Bandbreiten der Zeiträume werden individuell nach Absprache mit den betroffenen Fachdiensten festgelegt.

Die Berechnung der Abschreibungen basiert

- bei den Gebäuden auf einer Nutzungsdauer von 70 Jahren bei den Schulen und Verwaltungsgebäuden sowie 50 bzw. 60 Jahre bei sonstigen Gebäuden. Für die Bewertungen wurde in der Eröffnungsbilanz bei den kommunalnutzungsorientierten Gebäuden (Verwaltungsgebäude, Schulen) überwiegend das *Sachwertverfahren* angewandt. Bei einigen Gebäuden werden Mieteinnahmen erzielt, diese wurden nach dem *Ertragswertverfahren* bewertet. Bei Gebäuden, die ab dem Jahr 2004 fertig gestellt worden sind, erfolgte die Wertermittlung nach *Herstellungskosten*.

- bei den Kreisstraßen auf einer Nutzungsdauer von 40 Jahren. Die Bewertung selbst orientiert sich an Straßenabschnitten (insgesamt = 475 Abschnitte bei 421 km Länge) sowie individuell je Abschnitt festgelegter Qualitätsstufen. Hiervon abhängig ist die Restnutzungsdauer und damit auch die Dauer der Abschreibung eines Straßenabschnittes. Es wurden 6 Stufen gebildet, d.h. bei der höchsten Wertigkeit wird die Straße über 40 Jahre abgeschrieben, bei der vorletzte Stufe (= 5) liegt die restliche Abschreibungsdauer bei 8 Jahren.
  Neben den eigentlichen Straßen ergibt sich Abschreibungsaufwand auch durch Bauwerke wie Brücken, Stützmauern und Radwege, wobei hier die Nutzungsdauern bei 80 Jahren für die Brücken, 60 Jahre bei Stützmauern und 45 Jahren bei den Radwegen liegen.

- beim beweglichen Vermögen über 800 € ergeben sich unterschiedliche Nutzungsdauern entsprechend den Abschreibungstabellen; bspw. wird das Büromobiliar über 20 Jahre abgeschrieben, EDV-Anlagen über 5 Jahre sowie PKW über 7 Jahre und Fahrzeuge des Bauhofes über 10 Jahre.

Sonderposten

Der Hochsauerlandkreis erhält regelmäßig folgende investive Zuweisungen:

- Bis zum Jahr 2001 Zweckzuweisungen für den Schulbau, die ab 2002 durch die nicht auf Maßnahmen bezogene Schulpauschale abgelöst worden sind,

- Zweckzuweisungen im Straßenbau mit Fördersätzen zwischen 60 % und 70 %,

- Die nach den Kriterien des jährlichen Gemeindefinanzierungsgesetzes zufließenden Mittel der Investitionspauschale und der Schulpauschale,

- Sonstige Zuweisungen zur Finanzierung von Investitionen aus Sonderprogrammen wie z.B.
  - *Konjunkturpaket Kap. 2 des Bundes*, hieraus hat der Kreis in den Jahren 2010 und 2011 Mittel im Volumen von 7,56 Mio€ erhalten.

- ❖ *Kommunalinvestitionsförderungsgesetz des Bundes;* aus dem sog. 1. Kapitel des Gesetzes erhält der HSK zur Umsetzung in den Jahren 2016 – 2023 den Betrag von 5,08 Mio€, aus dem vom Bundesgesetzgeber am 14.08.2017 beschlossenen 2. Kapitel des Gesetzes erhält der Kreis zur Verwendung in den Jahren 2017-2025 einen weiteren Betrag von 5,19 Mio€.
  Die Verwendung der Mittel dieses den aktuellen Haushalt 2023 betreffenden Förderprogramms des Bundes wird unter Ziff. 8.3 des Vorberichts näher dargestellt.

- ➢ Sonstige Einzelförderungen haben insgesamt nur eine untergeordnete Bedeutung.

Aus den Abschreibungen und Sonderposten ergibt sich folgende Wirkung auf die Ergebnisplanung 2024:

	2023 €	2024 €	Differenz €
Abschreibungen			
Gebäude	4.069.747	4.362.255	- 292.508
Infrastrukturvermögen	5.107.619	4.380.805	+ 726.814
Immaterielle Anlagen	310.520	272.200	+ 38.320
Maschinen	278.000	317.625	- 39.625
Techn. Anlagen	512.100	504.800	+ 7.300
Fahrzeuge	548.300	576.900	- 28.600
Betriebs-/Geschäftsausstattung	1.817.800	2.016.030	- 198.230
	12.644.116	**12.430.615**	**+ 213.501**
Erträge SoPo			
Gebäude, Straßen	5.347.413	4.842.201	- 505.212
Schulpauschale	1.332.947	1.203.102	- 129.845
Investitionspauschale	1.089.090	1.455.380	+ 366.290
	7.769.450	**7.500.683**	- 268.767
Netto-Position	**4.874.666**	**4.929.932**	**- 55.266**

Mit der ausgewiesenen Netto-Wirkung 2024 von 4.929.932 € ergibt sich gegenüber 2023 eine Belastung von 55.266 €.

Die erhöhte Nettobelastung des Kreishaushalts 2024 gegenüber den Vorjahren ergibt sich u. a. daraus, dass die im Jahre 2023 abgeschlossenen Baumaßnahmen wie z. B. Neubau BK Arnsberg Berliner Platz, Gebäude 1 am BK Olsberg oder auch der Erweiterungsbau an der Roman-Herzog-Schule in Brilon im Haushalt 2024 erstmalig für ein gesamtes Jahr zu berücksichtigen sind. Im Jahre 2023 wurden diese Baumaßnahmen „nur“ zeitanteilig berücksichtigt, da die erhöhte Abschreibung erst ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung/Nutzung der Immobilen angesetzt werden. Weiterhin ist zu beachten, dass z. B. dem Neubau am BK Arnsberg Berliner Platz Herstellungskosten von voraussichtlich 37,6 Mio. € und Zuschüsse in Form von Sonderposten i. H. v. 13,5 Mio. € aus dem KInvFG II und dem Programm Gute Schule 2020 zugeordnet wurden. Da die zugeordneten Sonderposten nicht in gleicher Höhe sind wie die Summen der aktivierten Herstellungskosten ergibt sich aus der jährlichen Auflösung eine erhöhte Nettobelastung für das Haushaltsjahr 2024.

7.10 Leistungen SGB II

7.10.1 Allgemeines

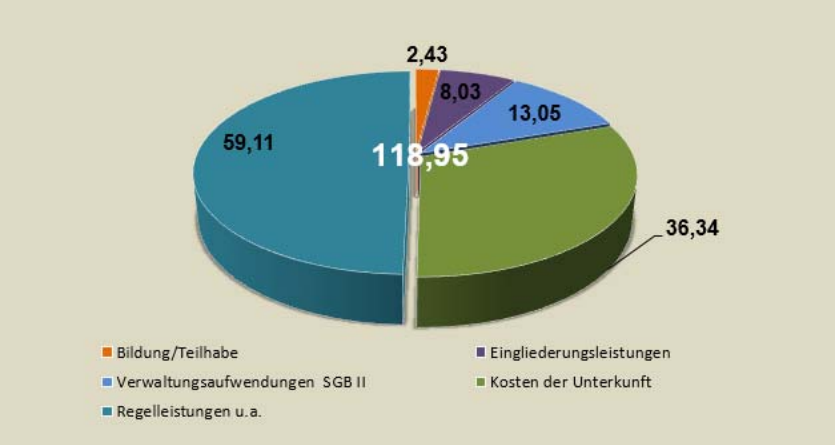
→ Die Leistungen im Zusammenhang mit dem SGB II, d.h. Verbuchung der den Kreishaushalt belastenden *Kosten der Unterkunft* sowie der überwiegend aus Bundesmitteln finanzierten Leistungsbereiche: *Verwaltungsbudget, Regelleistungen Bürgergeld, Eingliederungsmaßnahmen und Sonderprogramme* werden in den Produktbudgets 050101 – 050106 veranschlagt.

→ Die Erträge/Aufwendungen des Budgets **Kosten der Unterkunft** werden im *Produkt 050102* verbucht. In diesem Produkt liegt zunächst der aus Deckungsmitteln des Kreises zu finanzierende **Zuschussbedarf in 2024 bei 23,49 Mio€ (2023 = 21,88 Mio€), damit gegenüber dem Vorjahr ein um + 1,61 Mio€ erhöhter Wert.**

→ Über die übrigen Budgets werden Finanzmittel bewirtschaftet, die nahezu vollständig aus Bundesmitteln gedeckt sind. Es sind dies:

050101	Budget Personal und Verwaltung
050103	Regelleistungen Bürgergeld
050104	Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt
050105	Sonderprogramme
050106	Bildungs- und Teilhabepaket

Der im Haushalt 2024 enthaltene Gesamtaufwand im Aufgabenbereich des SGB II beläuft sich incl. des damit verbundenen Personal- und Sachaufwandes auf 118,95 Mio€, gegenüber den Planwerten des Vorjahres 2023 (= 112,34 Mio€) eine Erhöhung um + 6,61 Mio€ bzw. + 5,88 %.
In Bezug auf das Volumen an Gesamtaufwendungen im Haushalt 2024 von 555,46 Mio€ entfallen 21,4 % auf diese Aufgabenbereiche.



7.10.2 Budget Kosten der Unterkunft (Produkt 050102)

Die Höhe der Ansatzplanungen für den **Etat der Kosten der Unterkunft** muss folgende Faktoren berücksichtigen:

- Erstattungssatz des Bundes
- Wohngeldentlastungszahlung des Landes
- Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften
- Entwicklung der Kosten pro Bedarfsgemeinschaft
- 25 %-Finanzierungsbeteiligung der Städte/Gemeinden
- **In den Jahren bis einschließlich 2021 ergaben sich für den Kreis keine Belastungen aus den asylrechtskreisbedingten KdU, da der Bund entsprechend einer Regelung**

in § 46 Abs. 9 i.V.m. Abs. 10 Ziff. 2 SGB II den KdU-Aufwand für diesen Personenkreis vollumfänglich finanziert hat. Dieser Vollausgleich entfällt ab dem HHJ 2022.

- Finanzierung **Corona-bedingter KdU** in den Jahren 2020 – 2022 aus Entlastungsmitteln des Bundes, die der Bund gem. § 46 Abs. 7 SGB II gewährt.
- Für 2023 Berücksichtigung der sich aus der **Ukraine-Krise** prognostizierten **Energieverteuerung** sowie die Aufwendungen der **Bedarfsgemeinschaften** durch Ukraine Flüchtlinge und die daraus **resultierende Isolierung**.

▪ **Bundeserstattung für Kosten der Unterkunft –Regelerstattungssatz-** (Budget 050102)

In den Jahren 2005 – 2010 wurde die Höhe des Bundeserstattungssatzes nach einer komplizierten Formel in Abhängigkeit von der bundesweiten Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften jährlich neu errechnet. Diese Berechnungsmethode, die immer auf Daten zurückliegender Zeiträume basierte, war von Beginn an von den kommunalen Aufgabenträgern kritisiert worden. Der Erstattungssatz war mit dieser vom Bund angewandten Methode von einem Höchstsatz in 2007 mit 31,2 % auf den zwischenzeitlich niedrigsten Wert von 23,0 % in 2010 zurückgegangen.

Der Bund hat dann beginnend in 2011 durch Änderung der entsprechenden Regelungen in § 46 Abs. 5 u. 6 SGB II für die **Kosten der Unterkunft einen festen Satz mit 27,6 % festgelegt.** Dieser Wert gilt zunächst dauerhaft und damit **auch für das Jahr 2024**.

Entwicklung des allg. Erstattungssatzes des Bundes für den *Leistungsbereich KdU*

2005 und 2006	29,1 %
2007	31,2 %
2008	28,6 %
2009	25,4 %
2010	23,0 %
ab 2011	27,6 %

Wohngeldentlastungszahlung des Landes

Der Bund hatte mit Einführung des Sozialgesetzbuches II im Jahr 2005 und der damit verbundenen Übertragung der Finanzierung der Wohnungskosten von ALG-2-Empfängern auf die Kommunen im seinerzeitigen § 46 Abs. 5 SGB II festgelegt, dass zur anteiligen Mitfinanzierung auch die Bundesländer in der Finanzverantwortung stehen. Diese hatten nämlich mit der Übertragung der vollständigen Finanzierung der Unterkunftskosten auf die kommunalen Aufgabenträger Entlastungen beim Wohngeld, da dieses gegenüber den Empfängern von ALG-2 nicht mehr aus dem Landeshaushalt zu gewähren ist. Die hiermit verbundenen Entlastungen der Länder sollten an die Kommunen ausgekehrt werden.
Die Höhe der jährlichen vom Land NRW an die kommunalen SBG II-Aufgabenträger auszukehrenden Mittel basiert auf einer komplexen Berechnungssystematik und variiert in den einzelnen Jahren sehr deutlich. Für den Hochsauerlandkreis hat sich das Volumen der Landesmittel in den vergangenen Jahren bis einschließlich 2016 immer weiter nach unten bewegt, in 2017 und 2018 ergaben sich leichte Zuwächse. Zwischen 2019-2022 sind deutliche Rückgänge zu verzeichnen. In 2023 erhöht sich die Zuweisung wieder.

HHJahr	Landesmittel	HHPlan Kreis	Bewilligte Zuweisung	Abweichung
2008	310,002 Mio€	4.657.000 €	4.180.501 €	- 476.499 €
2009	288,552 Mio€	3.891.200 €	3.160.778 €	- 730.422 €
2010	280,579 Mio€	3.000.000 €	2.952.702 €	- 47.298 €
2011	282,976 Mio€	2.950.000 €	2.465.408 €	- 484.592 €
2012	354,079 Mio€	2.852.000 €	2.281.532 €	- 570.468 €
2013	345,991 Mio€	2.550.000 €	1.647.045 €	- 902.955 €
2014	329,196 Mio€	1.800.000 €	1.843.500 €	+ 43.500 €
2015	334,917 Mio€	1.800.000 €	1.629.503 €	- 170.497 €
2016	339,318 Mio€	1.400.000 €	1.257.622 €	- 142.378 €

2017	401,779 Mio€	1.250.000 €	1.383.859 €	+ 133.859 €
2018	404,191 Mio€	1.300.000 €	1.623.379 €	+ 323.379 €
2019	410,308 Mio€	1.450.000 €	988.104 €	- 461.896 €
2020	445,172 Mio€	1.200.000 €	652.511 €	- 547.489 €
2021	427,044 Mio€	1.000.000 €	703.805 €	- 296.195 €
2022	426,231 Mio€	1.000.000 €	559.649 €	- 440.351 €
2023	**452,893 Mio€**	**1.000.000 €**	**1.080.817 €**	**+ 80.817 €**

Ansatzplanung 2024

→ Die Veranschlagung des Jahres 2024 liegt unverändert zum Vorjahr bei 1.000.000 € (Budget 050102, Kto. 40521).

- **Entwicklung der Zahl sowie der Kosten der Bedarfsgemeinschaften (BG)**

Eine Bedarfsgemeinschaft kann aus einer oder aus mehreren Personen bestehen. Mindestens ein Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft muss erwerbsfähig und leistungsberechtigt im SGB II sein. Zu einer Bedarfsgemeinschaft gehören z.B.

- die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person;
- als Partner der nicht dauernd getrenntlebenden Ehepartner bzw. der eingetragene Lebenspartner;
- dem Haushalt angehörende unverheiratete Kinder unter 25 Jahren (sofern das Kind über kein eigenes Einkommen oder Vermögen verfügt).

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Fallzahlen sowie der durchschnittlichen Aufwendungen pro Fall/Monat seit Einführung der Grundsicherung für Arbeit im SGB II zum 01.01.2005.

Die zuvor genannten Berechnungsgrößen der KdU zeigen seit Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2005 folgende Entwicklung:

		Fälle	Aufw./Fall
Dezember 2005		8.831 Fälle	
Dezember 2006		8.149 Fälle	326 €
Dezember 2007		7.595 Fälle	327 €
Dezember 2008		7.325 Fälle	330 €
Dezember 2009		7.856 Fälle	339 €
Dezember 2010		7.579 Fälle	330 €
Dezember 2011		7.054 Fälle	339 €
Dezember 2012		6.940 Fälle	360 €
Dezember 2013		7.043 Fälle	356 €
Jahresdurchschnitt 2014		7.096 Fälle	355 €
Jahresdurchschnitt 2015		7.159 Fälle	344 €
Jahresdurchschnitt 2016	allg. BGs	6.776 Fälle	344 €
	Asyl	350 Fälle	344 €
		7.126 Fälle	
Jahresdurchschnitt 2017	allg. BGs	6.333 Fälle	352 €
	Asyl	959 Fälle	351 €
		7.292 Fälle	
Jahresdurchschnitt 2018	allg. BGs	5.861 Fälle	345 €
	Asyl	1.045 Fälle	345 €
		6.906 Fälle	

Jahresdurchschnitt 2019	allg. BGs	5.584 Fälle	350 €
	Asyl	919 Fälle	350 €
		6.507 Fälle	
Jahresdurchschnitt 2020	allg. BGs	5.332 Fälle	337 €
	Corona-bedingt	393 Fälle	360 €
		5.725 Fälle	
	Asyl	884 Fälle	455 €
		6.609 Fälle	
Jahresdurchschnitt 2021	allg. BGs	4.806 Fälle	353 €
	Corona-bedingt	542 Fälle	374 €
		5.348 Fälle	
	Asyl	781 Fälle	461 €
		6.129 Fälle	
Jahresdurchschnitt 2022	allg. BGs	4.595 Fälle	367 €
	Corona-bedingt	376 Fälle	315 €
		4.971 Fälle	
	Asyl	808 Fälle	518 €
	Ukraine	898 Fälle	335 €
		6.677 Fälle	

Für 2024 wurden im Planentwurf der mtl. KdU-Aufwand und die Fallzahlen je BG zunächst wie folgt angesetzt:

Zahl der Bedarfsgemeinschaften

	"normal"	*Asyl*		*Ukraine*	*Gesamt*
Haushalt 2023	5.100	750	5.850	650	*6.500*
Ø 07/23	4.806	925	5.731	1.168	*6.899*
Planung 2024	**4.850**	**950**	**5.800**	**1.150**	***6.950***

Aufwand / Monat

	Allgemein			**Asyl**			**Ukraine**		
	Aufwand gesamt	***darin enthalten:***		***Aufwand gesamt***	***darin enthalten:***		***Aufwand gesamt***	***darin enthalten:***	
		Heizkosten-anteil	***Energievert. = Isolierung***		***Heizkosten-anteil***	***Energievert. = Isolierung***		***Heizkosten-anteil***	***Energievert. = Isolierung***
Haushalt 2023	475 €	60 €	90 €	525 €	60 €	90 €	450 €	60 €	90 €
Ø 07/23	374 €			585 €			362 €		
Planung 2024	**400 €**	**60 €**		**570 €**	**60 €**		**400 €**	**60 €**	

Hinweis zur Planung 2023
Wie bereits zuvor erläutert, entfällt in 2024 die Isolierung gem. § 4 NKF-CUIG. In 2023 konnte die ermittelte Belastung aus der Energieverteuerung isoliert werden (in dieser Höhe erfolgte eine Ertragsbuchung beim Produkt 160102 Konto 4582002022). Auf die nachfolgenden Erläuterungen wird verwiesen.

- **Allgemeine BGs**

	2023	2024
Fallzahlen	**5.100**	**4.850**
Aufwand/Monat	**475 €**	**400 €**
Kosten der Unterkunft	29.070.000 €	23.280.000 €
abzgl. Erträge	-1.382.000 €	-1.382.000 €
	27.688.000 €	21.898.000 €
Bundesmittel 27,6 %	7.641.888 €	6.043.848 €
Bundesmittel Asyl		
	20.046.112 €	***15.854.152 €***
abzgl. Landesmittel	-1.000.000 €	-1.000.000 €
abzgl. Sonstiger Erträge	-350.500 €	-350.500 €
zzgl. Sonstige Aufwendungen	787.900 €	787.900 €
KREISANTEIL vor Isolierung	**19.483.512 €**	**15.291.552 €**
Isolierung	**-1.993.896 €**	**0 €**
KREISANTEIL nach Isolierung	**17.489.616 €**	**15.291.552 €**
25 % Beteiligung	**4.372.404 €**	**3.822.888 €**
= Belastung allg. Haushalt	**13.117.212 €**	**11.468.664 €**

Planung 2024

Bei angenommenen 4.850 BGs und monatlichen Aufwendungen von 400 € ergibt sich ein KdU-Volumen von 23.280.000 €.
Für diese Kosten (abzgl. anzurechnender Erträge) leistet der Bund zunächst den Regelerstattungssatz von 27,6 % (= 6.043.848 €), danach ergibt sich zunächst ein zu finanzierender Kreisanteil von 15.854.152 €. Nach Berücksichtigung sonstiger Aufwendungen und Erträge sowie der Landesmittel aus der Wohngeldentlastungszahlung (=1.000.000 €) liegt der Kreisanteil bei 15.291.552 €.

Hiervon werden 25 % (= 3.822.888 €) über eine Spitzabrechnung mit den Städten und Gemeinden finanziert, die Finanzierung der verbleibenden 75 % (= 11.468.664 €) geht zu Lasten der allg. Deckungsmittel. Ggü. dem Vorjahr ergibt sich hier eine deutliche Entlastung mit 1.648.548 €.

Hinweis zur Planung 2023

Wie bereits zuvor erläutert, entfällt in 2024 die Isolierung gem. § 4 NKF-CUIG. In 2023 lag das planmäßige Isolierungsvolumen aus der Energieverteuerung für diesen Bereich bei 1.993.896 € (in dieser Höhe erfolgte eine Ertragsbuchung beim Produkt 160102 Konto 4582002022). Die Beteiligung der Städte und Gemeinden über die 25 %-Finanzierungsbeteiligung wurde daher für diesen Bereich entsprechend reduziert.

- **Kostenerstattung BGs mit Asylbezug**

	2023	2024
Fallzahlen	**750**	**950**
Aufwand/Monat	**525 €**	**570 €**
Kosten der Unterkunft	4.725.000 €	6.498.000 €
abzgl. Erträge	0 €	0 €
	4.725.000 €	6.498.000 €
Bundesmittel 27,6 %	1.304.100 €	1.793.448 €
Bundesmittel Asyl		**750.000 €**
	3.420.900 €	***3.954.552 €***
abzgl. Landesmittel	0 €	0 €
abzgl. Sonstiger Erträge	0 €	0 €
zzgl. Sonstige Aufwendungen	92.500 €	92.500 €
KREISANTEIL vor Isolierung	**3.513.400 €**	**4.047.052 €**
Isolierung	**-293.220 €**	**0 €**
KREISANTEIL nach Isolierung	**3.220.180 €**	**4.047.052 €**
25 % Beteiligung	**805.045 €**	**1.011.763 €**
= Belastung allg. Haushalt	**2.415.135 €**	**3.035.289 €**

Bis einschl. dem Jahr 2021 wurden die Kosten gem. dem Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen vollständig übernommen.

Bereits für die Haushaltsplanung 2022 ist der volle Kostenausgleich des Bundes für diesen Rechtskreis entfallen.
Zur Refinanzierung der Belastungen bei den sozialhilferechtlichen Ausgaben für Ukraine-Flüchtlinge stellte der Bund den Ländern als Ergebnis einer Besprechung der Ministerpräsidenten-/innen der Länder mit dem Bundeskanzler am 02.11.2022 für das laufende Jahr 2023 zunächst den Betrag von 1,5 Mrd€ zur Verfügung.
Hinzu kommen weitere Mittel des Bundes im Volumen von 1,25 Mio€ als sog. „Allg. Flüchtlingspauschale“, die ab 2023 dauerhaft an die Länder fließen sollen. Diese Pauschale ist als Ergebnis einer weiteren Besprechung des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsidenten/-innen am 10.05.2023 zunächst einmalig um weitere + 1,0 Mrd€ auf dann 3,75 Mrd€ aufgestockt worden.
Die Bundemittel konnten in den kommunalen Haushalten noch nicht planmäßig veranschlagt werden, da zum Zeitpunkt der Etataufstellung nähere Einzelheiten zur Verteilung der auf das Land NRW entfallenden Beträge nicht vorlagen.
Für die Etatplanung 2024 wird daher mit einem Betrag von 750.000 € kalkuliert.

Planung 2024
Bei angenommenen 950 BGs und monatlichen Aufwendungen von 570 € ergibt sich ein KdU-Volumen von 6.498.000 €.
Für diese Kosten leistet der Bund zunächst den Regelerstattungssatz von 27,6 % (= 1.793.448 €). Nach Abzug der zuvor genannten Beteiligung an den Asylkosten durch den Bund i.H.v. 750.000 € sowie sonstiger Aufwendungen (= 92.500 €) verbleibt ein Zuschussbedarf von 4.047.052 €.

Hiervon werden wiederum 25 % (= 1.011.763 €) über eine Spitzabrechnung mit den Städten und Gemeinden finanziert, die Finanzierung der verbleibenden 75 % (= 3.035.289 €) geht zu Lasten der allg. Deckungsmittel.

Hinweis zur Planung 2023
Wie bereits zuvor erläutert, entfällt in 2024 die Isolierung gem. § 4 NKF-CUIG. In 2023 lag das planmäßige Isolierungsvolumen aus der Energieverteuerung für diesen Bereich bei 293.220 € (in dieser Höhe erfolgte eine Ertragsbuchung beim Produkt 160102 Konto 4582002022). Die Beteiligung der Städte und Gemeinden über die 25 %-Finanzierungsbeteiligung wurde daher für diesen Bereich entsprechend reduziert.

- **BGs Ukraine Flüchtlinge**

	2023	2024
Fallzahlen	**650**	**1.150**
Aufwand/Monat	**450 €**	**400 €**
Kosten der Unterkunft	3.334.500 €	5.520.000 €
abzgl. Erträge	0 €	0 €
	3.334.500 €	5.520.000 €
Bundesmittel 27,6 %	920.322 €	1.523.520 €
Bundesmittel Asyl		
	2.414.178 €	***3.996.480 €***
abzgl. Landesmittel	0 €	0 €
abzgl. Sonstiger Erträge	0 €	0 €
zzgl. Sonstige Aufwendungen	157.500 €	157.500 €
KREISANTEIL vor Isolierung	**2.571.678 €**	**4.153.980 €**
Isolierung	**-1.397.935 €**	**0 €**
KREISANTEIL nach Isolierung	**1.173.743 €**	**4.153.980 €**
25 % Beteiligung	**0 €**	**1.038.495 €**
= Belastung allg. Haushalt	**1.173.743 €**	**3.115.485 €**

Im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen (Schutzsuchende) in den Kommunen im Land NRW hat die Landesregierung eine Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts (KommunalhaushaltsrechtsanwendungsVO) beschlossen. Inhalt der Regelung ist u.a. dass für die Verbuchung der im Zusammenhang mit den Flüchtlingen entstehenden Aufwendungen und Erträgen eine gesonderte Kontierung vorzunehmen ist. Hierzu zählt auch der Bereich *Kosten der Unterkunft*.

Planung 2024

Bei angenommenen 1.150 BGs und monatlichen Aufwendungen von 400 € ergibt sich ein KdU-Volumen von 5.520.000 €. Für diese Kosten leistet der Bund zunächst den Regelerstattungssatz von 27,6 % (= 1.523.520 €). Unter Berücksichtigung weiterer Aufwendungen (= 157.500 €) ergibt sich ein verbleibender Zuschussbedarf (= 4.153.980 €). Hiervon werden 25 % über die Finanzierungsbeteiligung von den Städten und Gemeinden erstattet (= 1.038.495 €), der über den allg. Haushalt zu finanzierende Kreisanteil beträgt dann 3.115.485 €.

Hinweis zur Planung 2023

Wie bereits zuvor erläutert, entfällt in 2024 die Isolierung gem. § 4 NKF-CUIG. In 2023 lag das planmäßige Isolierungsvolumen bei 1.397.935 € (in dieser Höhe erfolgte eine Ertragsbuchung beim Produkt 160102 Konto 4582002022). Der Restbetrag von 1.173.743 € wurden in der Planung 2023 die auf der Berechnungsbasis Ukraine-KdU zufließenden Entlastungsmittel (3.334.580 € x 35,2 %) = 1.173.444 € angerechnet. Eine Beteiligung der Städte und Gemeinden über die 25 %-Finanzierungsbeteiligung entfällt daher für diesen Bereich.

- - - - - - - -

Die Ansatzplanung im Haushalt 2024 gestaltet sich auf Basis der zuvor dargestellten Annahmen zusammenfassend wie folgt:

	Planung 2023					Planung 2024 ENTWURF			
	Allgemein	Asyl	*Zwischensumme*	*nachrichtl. Ukraine*	*Gesamt*	Allgemein	Asyl	*Ukraine*	*Gesamt*
Fallzahlen	**5.100**	**750**	***5.850***	**650**	***6.500***	**4.850**	**950**	**1.150**	***6.950***
Aufwand/Monat	**475 €**	**525 €**	***1.000***	**450 €**		**400 €**	**570 €**	**400 €**	
Kosten der Unterkunft	29.070.000 €	4.725.000 €	*33.795.000 €*	3.334.500 €	*37.129.500 €*	23.280.000 €	6.498.000 €	5.520.000 €	*35.298.000 €*
abzgl. Erträge	-1.382.000 €	0 €	*-1.382.000 €*	0 €	*-1.382.000 €*	-1.382.000 €	0 €	0 €	*-1.382.000 €*
	27.688.000 €	4.725.000 €	*32.413.000 €*	3.334.500 €	*35.747.500 €*	21.898.000 €	6.498.000 €	5.520.000 €	*33.916.000 €*
Bundesmittel 27,6 %	7.641.888 €	1.304.100 €	8.945.988 €	920.322 €	9.866.310 €	6.043.848 €	1.793.448 €	1.523.520 €	9.360.816 €
Bundesmittel Asyl							**750.000 €**		
	20.046.112 €	***3.420.900 €***	***23.467.012 €***	***2.414.178 €***	***23.467.012 €***	***15.854.152 €***	***3.954.552 €***	***3.996.480 €***	***19.808.704 €***
abzgl. Landesmittel	-1.000.000 €	0 €	*-1.000.000 €*	0 €	*-1.000.000 €*	-1.000.000 €	0 €	0 €	*-1.000.000 €*
abzgl. Sonstiger Erträge	-350.500 €	0 €	*-350.500 €*	0 €	*-350.500 €*	-350.500 €	0 €	0 €	*-350.500 €*
zzgl. Sonstige Aufwendungen	787.900 €	92.500 €	*1.037.900 €*	157.500 €	*1.037.900 €*	787.900 €	92.500 €	157.500 €	*1.037.900 €*
KREISANTEIL vor Isolierung	**19.483.512 €**	**3.513.400 €**	***22.996.912 €***	**2.571.678 €**	***25.568.590 €***	**15.291.552 €**	**4.047.052 €**	**4.153.980 €**	***23.492.584 €***
Isolierung	**-1.993.896 €**	**-293.220 €**	***-2.287.116 €***	**-1.397.935 €**	***-3.685.051 €***	**0 €**	**0 €**	**0 €**	***0 €***
KREISANTEIL nach Isolierung	**17.489.616 €**	**3.220.180 €**	***20.709.796 €***	**1.173.743 €**	***21.883.539 €***	**15.291.552 €**	**4.047.052 €**	**4.153.980 €**	***23.492.584 €***
25 % Beteiligung	**4.372.404 €**	**805.045 €**	***5.177.449 €***	**0 €**	***5.177.449 €***	**3.822.888 €**	**1.011.763 €**	**1.038.495 €**	***5.873.146 €***
= Belastung allg. Haushalt	**13.117.212 €**	**2.415.135 €**	**15.532.347 €**	**1.173.743 €**	**16.706.090 €**	**11.468.664 €**	**3.035.289 €**	**3.115.485 €**	**17.619.438 €**
Vorjahr 2023						**13.117.212 €**	**2.415.135 €**	**1.173.743 €**	**16.706.090 €**
Differenz						**-1.648.548 €**	**620.154 €**	**1.941.742 €**	**913.348 €**

→ Damit ergibt sich im Kreishaushalt 2024 gegenüber dem Vorjahr 2023 (Kreisanteil nach Isolierung) im Hinblick auf die Belastung der **allgemeinen Deckungsmittel eine erhöhte Belastung mit 1.609.045 €,** die sich mit *695.697 €* bei der mit den Städten/Gemeinden durchzuführenden 25 %-igen Spitzabrechnung und mit *913.348 €* bei den allgemeinen *Deckungsmitteln des Kreises* auswirkt.

- Die Zahlungsbeträge aus der Finanzierungsbeteiligung werden über das Kto. 4482110000 im Budget *050102* verbucht. Die Einzelbeträge je Gemeinde sind dem Vorbericht als Anlage 4 beigefügt.

Entwicklung des Kreisanteils an den Kosten der Unterkunft 2005 – 2024

Seit Einführung des SGB II und der Kommunalisierung der Kosten der Unterkunft hat sich der aus Deckungsmitteln des Kreises zu finanzierende Zuschussbedarf in den Jahren 2005 – 2024 wie folgt entwickelt:

Jahr	Zuschussbedarf	
2005	19.301.528 €	
2006	20.290.112 €	
2007	16.692.902 €	
2008	17.014.892 €	
2009	20.553.568 €	
2010	21.127.621 €	
2011	19.547.273 €	
2012	19.080.754 €	
2013	20.779.353 €	
2014	20.539.048 €	
2015	19.014.490 €	
2016	19.776.598 €	
2017	18.531.025 €	
2018	14.136.548 €	
2019	14.429.154 €	
2020	13.867.215 €	
2021	13.616.175 €	
2022	19.958.513 €	
2023	21.883.539 €	Planwert (nach Berücksichtigung der Isolierung)
2024	23.492.584 €	Planwert

7.10.3 Budget Bildungs- und Teilhabepaket BuT (Produkt 050106)

Bundeserstattung für das *Bildungs- und Teilhabepaket* (Budget 050106)

Im Zuge der Regelsatzerhöhung 2011, die im Zusammenhang stand mit der Umsetzung einer gerichtlich vorgegebenen Pflicht zur Überprüfung der Höhe der Regelsätze, hatte der Bundestag das sog. „Bildungs- und Teilhabepaket“ beschlossen, wonach Kinder und Jugendliche zusätzliche Leistungsansprüche zur Finanzierung der Teilnahme an Schul-, Sport- und Kulturveranstaltungen sowie im Hinblick auf Mittagsmahlzeiten erhalten.
Zur Umsetzung der Kostenzusage des Bundes zur Finanzierung des BuT-Leistungspakets erhöht der Bund den allg. KdU-Erstattungssatz von 27,6 % um einen weiteren %-Satz, der, umgerechnet auf die länderindividuellen BuT, so bemessen ist, dass die kommunalen BuT-Aufwendungen der Länder finanziert werden.
Ab 2013 erfolgt daher jährlich auf der Rechtsgrundlage des § 46 Abs. 8 i.V.m. Abs. 10 Ziff. 1 SGB II eine länderspezifische Neufestsetzung dieses Erstattungssatzes auf folgender Basis: Je Bundesland wird das Verhältnis zwischen den landesweiten Aufwendungen für BuT-Leistungen und den Aufwendungen für die KdU ermittelt. Der sich aus dieser Berechnung ergebende %-Satz ist dann der individuelle Bundeserstattungssatz für Bildung und Teilhabe je Bundesland. Berechnungsgrundlage sind jeweils die Ist-Daten des Vorjahres.

Der Bund hat zuletzt nach dieser Systematik auf Basis des Verhältnisses der Ist-Ausgaben des Jahres 2022 zwischen BuT-Leistungen und KdU-Leistungen den Kostenerstattungssatz für NRW für das Jahr 2023 festgelegt. Dieser Satz gilt als feststehender Bundeserstattungssatz für 2023 und zunächst vorläufig auch für 2024. Die entsprechende Rechtsgrundlage, die sog. Bundesbeteiligungs-Festsetzungsverordnung ist am 07.07.2023 verabschiedet worden und sieht für NRW einen Erstattungssatz von 7,6 % vor.

Die endgültige Festsetzung des Bundeserstattungssatzes für 2024 erfolgt dann nach Vorliegen der landes- und bundesweit angefallenen BuT-Aufwendungen des Jahres 2023.

Die Bundesmittel werden zunächst den Ländern zugewiesen. Das Land NRW verteilt die Mittel auf Basis des § 6a Abs. 4 AG SGB II NRW dann an die SGB-II Aufgabenträger im Verhältnis der im jeweiligen Vorjahr bei den Aufgabenträgern angefallenen BuT-Aufwendungen.

Aus diesen komplexen Finanzierungsmodalitäten ergibt sich seit Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes in 2011 folgende finanzielle Situation für das Leistungspaket Bildung und Teilhabe beim Hochsauerlandkreis:

Jahr	Aufwendungen BuT	erhaltene Bundesmittel	+ Überdeckung - Unterdeckung	
2011	992.382	1.870.494	+ 878.112 €	
2012	1.544.156	1.800.244	+ 256.088 €	
2013	1.448.827	982.001	- 466.826 €	
Rückforderung Bund für 2012 in 2014			- 256.088 €	
2014	1.317.511	1.513.064	+ 195.553 €	
2015	1.135.450	1.623.275	+ 487.845 €	
2016	*1.160.771*	*1.137.760*	*- 23.011 €*	
2017	*1.210.556*	*1.266.093*	*- 55.537 €*	
2018	*1.268.112*	*1.245.889*	*- 22.223 €*	
2019	*1.449.971*	*1.250.651*	*- 361.293 €*	*(davon Schulsozialarbeit 161.973 €)*
2020	*1.616.719*	*1.469.381*	*- 324.274 €*	*(davon Schulsozialarbeit 176.936 €)*
2021	*1.669.427*	*1.633.559*	*- 193.552 €*	*(davon Schulsozialarbeit 157.684 €)*
Bestand 31.12.2021			*+ 114.795 €*	
2022	*2.170.090*	*1.686.388*	*- 483.702*	***verbleiben zu Lasten des Kreisetats 368.907 €***
Bestand 31.12.2022			*0 €*	
2023	**1.779.850**	**1.779.850**	**- €**	
2024	**2.427.000**	**2.000.500**	**- 426.500 €**	

→ Ab dem Jahr 2022 sind Eigenmittel des Kreises für BuT-Leistungen einzusetzen

→ Der Bestand an Bundesmitteln ist mit der Inanspruchnahme im JA 2022 aufgebraucht.

→ In den 2019 bis 2021 werden verfügbare Mittel aus dem BuT-Bereich auch für die Finanzierung von Eigenanteilen in der **Schulsozialarbeit** eingesetzt. Da mit dem für das Jahr 2021 Mitteleinsatz von 200.000 € die überschüssigen Mittel aus Vorjahren nahezu aufgebraucht sind, erfolgt ab dem HHJ 2022 keine Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit mehr.

7.10.4 Weitere aus Bundesmitteln finanzierte Leistungen

In den Produkten 05010100 und 05010300-05010600 werden die weiteren Aufgaben des Kreises aus der Wahrnehmung der kommunalen Option bewirtschaftet. Es handelt sich in 2024 insgesamt um ein Finanzvolumen von 83,49 Mio€. Die Aufwendungen in diesen Budgets werden nahezu in voller Höhe aus Bundesmitteln finanziert.

Es ergibt sich folgende Aufteilung:

Produkt	Bezeichnung	2023 €	2024 €	Differenz €
05010100	Verwaltungsaufwendungen SGB II	12.500.000	13.870.000	+ 1.370.000
05010300	Regelleistungen u.a.	52.511.000	59.111.000	+ 6.600.000
05010400	Eingliederungsleistungen	8.277.000	8.077.000	- 200.000
05010600	Bildung/Teilhabe	1.779.850	2.427.000	+ 647.150
		75.067.850	**83.485.000**	**+ 8.417.150**

7.11 Schulsozialarbeit (Produkt 030505)

Schulsozialarbeit ist Soziale Arbeit in und an Schule. Ihre Angebote richten sich grundsätzlich an alle Schülerinnen und Schüler. Sie soll insbesondere dazu beitragen, individuelle und gesellschaftliche Benachteiligungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch besondere sozialpädagogische Maßnahmen auszugleichen.

Die Veranschlagung der Schulsozialarbeit erfolgte bis einschl. dem HHJ 2021 Im Produktbereich 05 Soziale Leistungen und hier im Produkt 050106. Der Bund hatte zur Finanzierung von Schulsozialarbeit in den Jahren 2011 – 2013 entsprechende Mitteln zur Verfügung gestellt. Nach Auslaufen der Bundesförderung zum Jahresende 2013 konnten noch verfügbare Bundesmittel in den Folgejahren zweckentsprechend verwendet werden. Ab dem Jahr 2015 wurden vom Land NRW Mittel für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt. Nachdem die noch verfügbaren Bundesmittel aufgebraucht waren, wurden ab dem Jahr 2019 aus Vorjahren vorhandene und verwendbare Mittel aus dem Paket *der Bildung und Teilhabe* (BuT) für die Finanzierung der Schulsozialarbeit eingesetzt. Hiermit konnte die Fortführung der Schulsozialarbeit entsprechend der Beschlusslage des Kreistages von Seiten des Kreises und den teilnehmenden Städten und Gemeinden (zuletzt waren dies: Arnsberg, Brilon, Medebach, Meschede, Schmallenberg, Sundern und Winterberg) sichergestellt werden.

Das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) hat am 22.09.2021 eine neue Richtlinie über die Förderung von Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen“ erlassen. Mit dieser neuen Richtlinie erfolgt eine Umressortierung der Fördermittel vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) in den Verantwortungsbereich des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB). Die Fördersystematik orientiert sich künftig nicht mehr an der seit Einführung der Aufgabe im Jahr 2013 angewandten Methode, sondern an einem neu entwickelten schulscharfen Sozialindex, der insbesondere das Schülerklientel einer Schule berücksichtigt. Die Zuständigkeit für die Bearbeitung ist in 2023 beim HSK damit vom FD 51 -Jobcenter- (Produkt 050106) in den Fachdienst 23 -Regionales Bildungsbüro- (Produkt 030505) gewechselt.

Durch die im Entwurf 2024 eingestellten Mittel können die beim Kreis (BK Meschede) eingerichtete Stelle sowie weitere ca. 10,64 Stellen bei den Kommunen anteilig finanziert werden. Der Hochsauerlandkreis und die Kommunen haben sich dazu Anfang 2023 auf eine Änderung der Verteilung verständigt, die sich an den damals geltenden Schulsozialindizes der Schulen orientiert.

Dabei wurde der Stadt Sundern in zusätzlicher Stellenanteil von 0,64 Stellen und den Städten Arnsberg und Schmallenberg ein zusätzlicher Stellenanteil von jeweils 0,5 Stellen zugesprochen. Die Stadt Arnsberg wird mit diesem Stellenanteil die Schulsozialarbeit an der Ruth-Cohn-Schule sicherstellen, die Stadt Schmallenberg die Schulsozialarbeit an der Martinsschule Dorlar (beides Förderschulen des Hochsauerlandkreises).

	Landesmittel (Konto 4141023000)	Weiterleitung an Städte/ Gemeinden (Konto 5232401000)	Verbleibende Mittel beim HSK
2022 Ergebnis	459.645 €	299.034 €	*160.611 €*
2023 Ansatz	506.291 €	450.291 €	*56.000 €*
2024 Ansatz	506.291 €	458.991 €	*47.300 €*

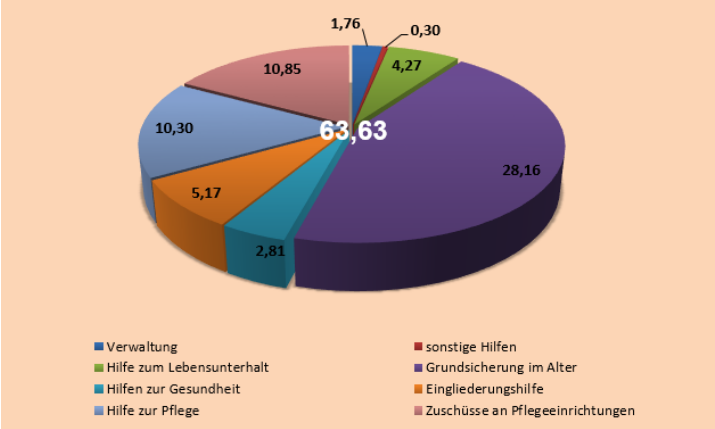
7.12 Allgemeine Sozialhilfe

Die Angelegenheiten der allgemeinen Sozialhilfe, d. h. der *Hilfe zum Lebensunterhalt*, der *Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung*, den *Hilfen zur Gesundheit*, der *Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung*, der *Hilfe zur Pflege*, der *Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten*, der *Hilfe in anderen Lebenslagen* und dem *Pflegewohngeld* werden in dem allgemeinen *Produktbudget 05020100* (Budget Personal und Verwaltung) und in den 8 weiteren *Produktbudgets 05020200 bis 05020900* veranschlagt. Die Produkte spiegeln dabei die einzelnen Leistungsbereiche des 9. und 12. Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX und XII) und des Alten- und Pflegegesetzes (APG NRW) wider.

Der Gesamtaufwand für soziale Leistungen nach den genannten gesetzlichen Vorschriften beläuft sich unter Hinzurechnung des damit beim Kreis anfallenden Personal- und Sachaufwandes auf 63,63 Mio. €. Gegenüber den Planwerten des Jahres 2023 (= 62,36 Mio. €) zeigt sich eine deutliche Steigerung um + 1,27 Mio. € bzw. + 2,04 %.

In Bezug auf das Volumen an Gesamtaufwendungen im Haushalt 2024 von 555,46 Mio€ entfallen 11,46 % auf diese Aufgabenbereiche.

Aufwendungen in den einzelnen Aufgabenbereichen (in Mio. €)



Gegenüber dem Vorjahr werden die Sozialhilfeaufwendungen im Jahr 2024 steigen. Insbesondere bei den Hilfen zur Gesundheit, der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung kommt es zu Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr.

Für Flüchtlinge aus der Ukraine fallen Sozialhilfeaufwendungen insbesondere in den Leistungsbereichen Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfen zur Gesundheit an.

Der Hochsauerlandkreis hat bei den Sozialhilfeaufwendungen nur sehr begrenzt Steuerungsmöglichkeiten, da bei Vorliegen der gesetzlichen Anforderungen Leistungsansprüche der Antragsteller gegeben sind.

Maßgeblich für die Belastung der kommunalen Haushalte ist allerdings nicht ausschließlich die Betrachtung des Aufwandes, sondern vielmehr die Entwicklung des Zuschussbedarfs in den einzelnen Leistungsbereichen. Dieser Zuschussbedarf, der aus allgemeinen Kreismitteln finanziert werden muss, beläuft sich in 2024 ohne den Personal- und Sachaufwand auf **32,36 Mio.** Im Vorjahr 2023 lag der veranschlagte Zuschussbedarf bei 33,03 Mio. €. Er sinkt somit um – 0,67 Mio. € bzw. - 2,0 %.
Zu berücksichtigen ist hier jedoch, dass in 2023 + 1,5 Mio€ auf die zusätzlichen Sozialhilfeaufwendungen durch die Ukraine-Flüchtlinge entfallen sind. In dieser Höhe erfolgt eine Isolierung und damit eine Ertragsbuchung (Konto 4580002022 Produkt 16010200). Diese Isolierung entfällt in 2024 (siehe Erläuterungen Ziffer 4 dieses Berichtes).

Eine Übersicht zur Entwicklung des Zuschussbedarfs im Zeitraum der Jahre 2018 – 2024 enthält die Seite 54.

Erläuterungen und Entwicklungen zu den einzelnen Leistungsbereichen:

- **050202 Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL)**
  Zuschussbedarf 2024 = - 4.033.300 € (2023 = - 3.443.300 €)

Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII erhalten Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres (analog der Anhebung des Renteneintrittsalters erhöht sich diese Grenze seit dem Jahr 2012 in den nächsten Jahren Schritt für Schritt bis zum 67. Lebensjahr), die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen sicherstellen können. Außerdem sind diese Personen in aller Regel *vorübergehend* nicht erwerbsfähig.

Wären Sie erwerbsfähig, würden sie Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II erhalten; wären sie *dauerhaft voll erwerbsgemindert*, würden sie Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII erhalten.

Bis ins Jahr 2017 kam es zu Fallzahlensteigerungen - insbesondere aufgrund starker Zugänge aus dem Bereich des SGB II. Ab dem Jahr 2018 sind die Fallzahlen durch Steuerungsmaßnahmen der Fachdienste Soziales und Jobcenter (= längerer Verbleib leistungsberechtigter Personen in der teils bundesfinanzierten Grundsicherung für Arbeitsuchende / schnellerer Zugang in die bundesfinanzierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) kontinuierlich gesunken.

Infolge des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) erhalten Menschen mit Behinderung, die in einer besonderen Wohnform leben, seit dem 01.01.2020 Hilfe zum Lebensunterhalt. Aktuell sind 34 behinderte Menschen leistungsberechtigt.

Zum 01.06.2022 sind ukrainischer Flüchtlinge aus dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in die Regelsysteme SGB II und SGB XII gewechselt. Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen dabei diejenigen Ukrainer, die zwischen 57,5 und 66 Jahre alt sind und nach ukrainischem Recht eine Altersrente beziehen. Sie sind aufgrund der Rentenberechtigung aus dem SGB II ausgeschlossen und können – da sie die deutsche Altersgrenze noch nicht erreicht haben - auch keine Grundsicherung im Alter bekommen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Fallzahlen im Bereich des 3. Kapitels SGB XII:

Jahr	Fallzahl
2015	418
2016	476
2017	576
2018	491
2019	393
2020	374
2021	305
2022	324, davon 46 Ukraine
2023	361, davon 82 Ukraine (Hochrechnung)
2024	370 (Plan)

Eine Erhöhung des durchschnittlichen Aufwandes pro Fall wurde aufgrund der Fortschreibung der Regelbedarfsstufen und der steigenden Energiekosten eingeplant.

Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen

Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen erhalten Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt

- für einen Barbetrag zur persönlichen Verfügung
- für Bekleidung
- für die Kosten der Wohnungsauflösung (Kaltmiete nach Auszug, Entrümpelungskosten)
- wenn sie in die Pflegegraden 0 oder 1 eingestuft sind (und seit der Pflegereform 2017 keine Hilfe zur Pflege mehr erhalten können).

Bildung und Teilhabe bei der Hilfe zum Lebensunterhalt

Bedarfe für Bildung von Schülerinnen und Schülern sowie Bedarfe von Kindern und Jugendlichen für Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft können aus SGB XII – Mitteln übernommen werden.

In 2024 wird in diesem Bereich mit Aufwendungen in Höhe von 26.300 € kalkuliert.

Die Beträge sind deshalb relativ niedrig, weil nur wenige Kinder und Jugendliche dem Grunde nach leistungsberechtigt nach dem SGB XII sind. Der weit überwiegende Teil der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen erhält Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) nach den Vorschriften des SGB II bzw. des Bundeskindergeldgesetzes.

Der Zuschussbedarf bei der Hilfe zum Lebensunterhalt liegt in 2024 damit bei (4.007.000 € + 26.300 €) = **4.033.300 €, eine Erhöhung zum Vorjahr um + 590.000 €.**

05020200 Hilfe zum Lebensunterhalt

	Ergebnis								Ansatz		Differenz
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-467.270	-436.449	-466.774	-406.072	-316.686	-224.102	-290.806	-258.935	-243.000	-238.000	-5.000
Aufwendungen	3.624.895	4.365.426	5.474.081	4.841.037	3.727.781	3.559.381	3.238.535	3.357.352	3.686.300	4.271.300	585.000
Zuschussbetrag	**3.157.624**	**3.928.977**	**5.007.306**	**4.434.966**	**3.411.095**	**3.335.279**	**2.947.729**	**3.098.417**	**3.443.300**	**4.033.300**	**590.000**
											17,13 %
Fälle											
außerhalb v. Einr.	**418**	**476**	**576**	**491**	**393**	**374**	**305**	**324**	**335**	**370**	
in Einrichtungen	**356**	**282**	**245**	**238**	**233**	**210**	**243**	**315**	**340**	**285**	

Im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt wird mit Aufwendungen von 390.000 € für ukrainische Flüchtlinge gerechnet (im Gesamtbetrag enthalten). Die Möglichkeit zur Isolierung sieht das NKF-CUIG für das Jahr 2024 nicht mehr vor, damit belastet dieser Betrag das geplante Ergebnis in voller Höhe.

- **050203 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**
  Zuschussbedarf 2024 = 0 € (2023 = 0 €)

Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII erhalten Personen

- ab dem 15. Lebensjahr, die auf Dauer erwerbsunfähig sind,
- Personen ab dem 65. Lebensjahr (die Altersgrenze, ab dem die Leistung bezogen werden kann, erhöht sich analog der Anhebung des Renteneintrittsalters seit dem Jahr 2012 nach und nach bis zum 67. Lebensjahr).

Infolge des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) erhalten Menschen mit Behinderung, die in einer besonderen Wohnform leben, seit dem 01.01.2020 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Aktuell sind 485 behinderte Menschen leistungsberechtigt.

Bei den unter 65-Jährigen liegt die Fallzahl aktuell bei 1.295 Fällen. Für das Jahr 2024 wird mit einem weiteren Anstieg auf ca. 1.310 Fälle gerechnet. Hinzu kommen rund 447 Fälle nach dem BTHG. Insgesamt wird mit 1.757 Fällen und einem Aufwand von rund 16.900.000 € gerechnet.

Bei den über 65-Jährigen liegt die Fallzahl aktuell bei 1.407 Fällen. Für das Jahr 2024 wird mit einem weiteren Anstieg auf ca. 1.425 Fälle gerechnet. Hinzu kommen rund 45 Fälle nach dem BTHG. Insgesamt wird mit 4.470 Fällen und einem Aufwand von rund 10.400.000 € gerechnet

Eine Erhöhung des durchschnittlichen Aufwandes pro Fall wurde aufgrund der Fortschreibung der Regelbedarfsstufen und der steigenden Energiekosten eingeplant.

Grundsicherungsleistungen erhalten auch Bewohner und Bewohnerinnen von Pflegeeinrichtungen. Gerechnet wird mit 192 Personen und 375 € / mtl. Kosten je Fall, sodass hier 860.000 € benötigt werden.

Letztlich können Personen, die laufende Grundsicherungsleistungen beziehen, auch Leistungen für Bildung und Teilhabe erhalten. Hier wird nur mit geringen Aufwendungen – 3.300 € - kalkuliert.

Die Gesamtaufwendungen belaufen sich somit auf 28.163.300 €. Dem stehen Erträge (Kostenbeiträge, Ersatzleistungen von Rententrägern etc.) von 536.000 € gegenüber, sodass sich grundsätzlich Nettoaufwendungen von 27.627.300 € ergeben.

↳ **Seit dem Jahr 2014 trägt der Bund jedoch den vollen Nettoaufwand. Für den Hochsauerlandkreis ergibt sich in diesem Leistungsbereich somit kein Eigenanteil.**

05020300 Grundsicherung im Alter/bei Erwerbsminderung ***Finanzierung aus Bundesmitteln***

	Ergebnis								Ansatz		Differenz
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-13.596.353	-13.387.485	-14.181.099	-15.104.956	-15.596.557	-20.907.609	-22.459.465	-24.382.768	-26.890.700	-28.163.300	1.272.600
Aufwendungen	13.596.128	13.387.485	14.182.090	15.103.965	15.596.557	20.907.208	22.463.046	24.418.115	26.890.909	28.163.300	-1.272.391
Zuschussbetrag	**-225**	**0**	**991**	**-991**	**0**	**-401**	**3.581**	**35.347**	**209**	**0**	**209**
											0,00 %
Fälle											
unter 65-Jährige	**1.133**	**1.120**	**1.163**	**1.274**	**1.304**	**1.777**	**1.750**	**1.746**	**1.795**	**1.757**	
über 65-Jährige	**1.105**	**1.150**	**1.189**	**1.218**	**1.204**	**1.231**	**1.230**	**1.335**	**1.410**	**1.470**	
in Einrichtungen	**269**	**235**	**205**	**201**	**195**	**160**	**170**	**197**	**220**	**192**	

Im November 2023 haben 208 ukrainische Flüchtlinge Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten.

- **050204 Hilfen zur Gesundheit**
  Zuschussbedarf 2024 = - 2.730.000 € (2023 = - 2.130.000 €)

In Deutschland gilt eine allgemeine Krankenversicherungspflicht, grundsätzlich kann / muss also jede Person Mitglied in einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung werden.

Es gibt jedoch Personen, die die Mitgliedschaft in einer Krankenversicherung aus rechtlichen Gründen nicht erlangen können. Für sie muss der Hochsauerlandkreis die Krankenbehandlungskosten tragen. Der weit überwiegende Teil dieser Personen wird bei einer gesetzlichen Krankenversicherung angemeldet. Die Abrechnung der ärztlichen Leistungen erfolgt dann über das System der Krankenkassen (Betreuungsverhältnis gem. § 264 SGB V), in gleicher Weise wie für reguläre Kassenmitglieder.

Der Hochsauerlandkreis erstattet den Krankenkassen dann die tatsächlichen Kosten der Krankenbehandlung zuzüglich einer Verwaltungsgebühr von 5 %.

Wegen der grundsätzlichen Krankenversicherungspflicht verringerte sich die Anzahl der Personen, die Hilfen zur Gesundheit vom Sozialhilfeträger (und nicht als Mitglied einer Krankenkasse) in Anspruch nehmen müssen, seit dem Jahr 2007 kontinuierlich.

Seit dem Jahr 2015 sind jedoch rund 45 ehemalige Asylbewerber, die ein festes Aufenthaltsrecht in Deutschland erhalten haben, dauerhaft in den Leistungsbereich des SGB XII gewechselt. Da für sie keine Möglichkeit besteht, Mitglied in einer gesetzlichen Krankenversicherung zu werden, muss der HSK die Kosten der Krankenversorgung tragen.

Ab dem 01.06.2022 muss zudem die Krankenversorgung derjenigen Ukrainer, die nicht in den Rechtskreis SGB II wechseln konnten, sichergestellt werden.

Zum Jahresende 2021 waren es 100 Personen, für die der HSK die Krankenkosten zu decken hatte. Mit Stand der Mittelanmeldungen 2024 (Sommer 2023) liegt der Stand bei 287 Personen.

Der Aufwand für die ukrainischen Flüchtlinge beläuft sich in der Planung 2023 auf 1,2 Mio€ In Höhe dieses Betrages erfolgte daher gem. NKF-CUIG eine Isolierung (Ertrag Konto 4580002022 Produkt 16010200).

Der Aufwand 2024 für diesen Personenkreis wird in der Planung mit 1.900.000 € angesetzt. Da eine Isolierung nicht mehr möglich ist, belastet dieser Betrag den Haushalt in voller Höhe.

05020400 Hilfe zur Gesundheit

	Ergebnis								Ansatz		Differenz
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-134.527	-202.726	-303.496	-176.264	-38.330	-72.999	-20.380	-254.796	-80.000	-80.000	0
Aufwendungen	892.882	1.305.557	1.017.043	864.663	1.175.785	847.151	1.285.085	1.937.843	2.210.000	2.810.000	600.000
Zuschussbetrag	**758.356**	**1.102.831**	**713.547**	**688.399**	**1.137.455**	**774.152**	**1.264.705**	**1.683.047**	**2.130.000**	**2.730.000**	**600.000**
											28,17 %

- **050205 Eingliederungshilfe**
  Zuschussbedarf 2024 = - 5.166.000 € (2023 = - 5.609.000 €)

Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung werden nach den Vorschriften des SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen) gewährt. Bis 2019 erfolgte die Leistungsbewilligung nach dem 6. Kapitel SGB XII.

Für Leistungen der Eingliederungshilfe sind in NRW zwei verschiedene Träger zuständig. Zum einen der überörtliche (= LWL), zum anderen der örtliche (= HSK). Wer welche Aufgabe übernimmt, ist in diversen Gesetzen / Ausführungsgesetzen und in der Heranziehungssatzung des LWL geregelt.

Der LWL ist zuständig bei Eingliederungshilfeleistungen für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen, in Pflegefamilien, in Kitas und bei der Kinderfrühförderung.

Der HSK ist zuständig für Eingliederungshilfeleistungen für Kinder und Jugendliche während der Schulpflicht.

Der überwiegende Anteil der Aufwendungen – 4.900.000 € - entfällt auf die Integrationshelfer / Schulbegleiter zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung am Schulunterricht.

Ein inklusives Schulsystem und ein integrativer Unterricht sind durch die UN-Behindertenrechtskonvention gewünscht und seit 2013 in NRW auch gesetzlich verankert. Die Schulbegleitung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung ist dabei ein wichtiges Standbein. Die Fallzahlen sind in der Vergangenheit kontinuierlich gestiegen, von 40 betreuten Kindern und Jugendlichen im Schuljahr 2010/2011 auf 284 Personen im Schuljahr 2022/2023.

Entsprechend steigen auch die Aufwendungen:

Jahr	Aufwand in €
2016	1.863.906
2017	2.266.555
2018	2.575.225
2019	2.884.562
2020	2.831.252
2021	3.171.411
2022	5.476.705
2023 (Hochrechnung)	5.250.000
2024 (Plan)	4.900.000

Aufgrund der stark steigenden Fallzahlen und der damit einhergehenden deutlichen Kostensteigerung gab es von 2018 bis 2021 das interkommunale Projekt des Hochsauerlandkreises und der Stadt Arnsberg zur Schulbegleitung / Integrationshilfe im HSK. Beginnend mit dem Schuljahr 2021/2022 wurde die Schulbegleitung neu ausgerichtet. Zu den Einzelheiten wird auf den Kreistagsbeschluss vom 18.06.2021, Drucksache Nr. 10/153, verwiesen.

Für die Schulbegleitungen gibt es drei verschiedene Modelle. Die Aufwendungen in den beiden Modellen „Poollösungen / Mehrfachbetreuungen“ und „Individualbetreuung“ werden an dieser Stelle veranschlagt. Die Aufwendungen für die systemische Schulbegleitung (Personalkosten für systemische Schulbegleiter in den Schulen, Personalkosten für die Fachkraft Schulbegleitung im Jugendamt, Basisqualifizierung für Schulbegleiter) erfolgt dagegen nicht hier, sondern im Produkt 05030100 mit einem Aufwand von 453.356 € und Erträgen aus der Inklusionspauschale von 416.969 €.

Der Planansatz des Jahres 2023 wird überschritten. Begründet wird dies mit den gestiegenen Preisen (Stundensätzen) der Leistungsanbieter.

Außerdem werden aus Mitteln der Eingliederungshilfe z. B. noch Autismustherapien, Hilfsmittel und behindertengerechte Umbauten für Kinder und Jugendliche mit Behinderung bezahlt.

05020500 Eingliederungshilfe für Behinderte

	Ergebnis								Ansatz		Differenz
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-685.093	-177.618	-139.088	-278.423	-175.466	-99.154	-11.343	-9.348	-6.000	-6.000	0
Aufwendungen	4.552.873	4.086.361	4.473.034	5.199.054	5.788.438	3.143.199	3.324.628	5.630.864	5.615.000	5.172.000	-443.000
Zuschussbetrag	**3.867.780**	**3.908.743**	**4.333.945**	**4.920.631**	**5.612.973**	**3.044.044**	**3.313.286**	**5.621.516**	**5.609.000**	**5.166.000**	**-443.000**
											-7,90 %

- **<u>050206 Hilfe zur Pflege</u>**
  Zuschussbedarf 2024 = - 9.425.030 € (2023 = - 10.275.000 €)

Hilfe zur Pflege ist eine Sozialleistung zur Unterstützung pflegebedürftiger Personen, die den notwendigen Pflegeaufwand nicht aus eigenen Mitteln – insbesondere ihrem Einkommen und Vermögen - sicherstellen können. Es wird unterschieden zwischen der ambulanten und der stationären Pflege.

Da alle Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung budgetiert sind (und oftmals nicht ausreichen), muss bei nicht ausreichendem Einkommen und Vermögen ein darüber hinaus gehender Bedarf aus Sozialhilfemitteln übernommen werden.

Im Bereich der ambulanten Hilfe zur Pflege werden sich Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr nur moderat erhöhen.

Hilfe zur Pflege in stationären Pflegeeinrichtungen

Mit der Pflegereform im Jahr 2017 erbrachte die gesetzliche Pflegeversicherung höhere Leistungen. Hiervon profitierten *zunächst* die öffentlichen Haushalte. In den Folgejahren stiegen die Kosten der Pflegeeinrichtungen – und auch die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen, die nicht mehr über ausreichendes Einkommen und Vermögen verfügen, um den Heimplatz selbst zu finanzieren – aber wieder erheblich an. Von 2017 bis 2021 stiegen die Aufwendungen um fast 40 %.

Zum 01.01.2022 trat das Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG), das auch Änderungen zur Pflegereform des Jahres 2017 enthält, in Kraft. Die Eigenanteile an den pflegebedingten Aufwendungen (die von den Bewohnern bzw. dem HSK als Sozialhilfeträger zu tragen sind) werden durch einen prozentualen Leistungszuschlag der Pflegeversicherung begrenzt. Der Leistungszuschlag ist gestaffelt nach der Dauer der Pflege.

Der Leistungszuschlag führte wiederum zu einer Senkung der Sozialhilfeaufwendungen für die stationäre Pflege von 2021 nach 2022 um – 38 %. Im aktuellen Jahr 2023 zeichnet sich wieder eine Steigerung der Aufwendungen ab, insbesondere, weil die Personal- und Sachkosten der Pflegeeinrichtungen stark gestiegen sind.

Das stetige Auf und Ab der Gesamtaufwendungen in der stationären Hilfe zur Pflege bedingt durch die Pflegereformen können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	Aufwand in €
2016	10.347.102
2017	8.293.062
2018	7.800.385
2019	8.722.513
2020	9.768.354
2021	11.534.134
2022	7.151.558
2023 (Hochrechnung)	9.000.000
2024 (Plan)	9.100.000

Für 2024 wird mit in etwa gleichbleibenden Fallzahlen und einer Kostensteigerung je Fall von 1 %, was zu Gesamtaufwendungen – wie in der Tabelle dargestellt - von 9,1 Mio. € führen wird.

05020600 Hilfe zur Pflege

	Ergebnis								Ansatz		Differenz
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-1.024.903	-1.197.953	-1.336.481	-1.220.901	-1.221.357	-780.674	-974.853	-799.853	-495.000	-875.000	-380.000
Aufwendungen	10.762.181	11.401.429	9.418.690	8.754.306	9.646.265	10.737.772	12.519.351	8.159.753	10.770.050	10.300.030	-470.020
Zuschussbetrag	**9.737.278**	**10.203.476**	**8.082.209**	**7.533.405**	**8.424.908**	**9.957.098**	**11.544.498**	**7.359.900**	**10.275.050**	**9.425.030**	**-850.020**
											-8,27 %

Fälle											
ambulante Pflege	**243**	**257**	**184**	**88**	**88**	**104**	**97**	**90**	**95**	**100**	
stationäre Pflege	**868**	**915**	**888**	**853**	**847**	**858**	**917**	**827**	**875**	**818**	

- **050208 Hilfe in anderen Lebenslagen**
  Zuschussbedarf 2024 = - 160.000 € (2023 = - 200.000 €)

Bei den hier veranschlagten Mitteln handelt es sich in erster Linie um die Kosten für die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts sowie um Bestattungskosten. Die Aufwendungen und Fallzahlen sinken leicht. Bei den Hilfen in anderen Lebenslagen ergibt sich ein Zuschussbedarf in Höhe von **160.000 €**.

05020800 Hilfe in anderen Lebenslagen

	Ergebnis								Ansatz		Differenz
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-742	-754	-6.595	-779	0	-4.771	-7.723	-1.820	0	0	0
Aufwendungen	335.322	339.497	446.103	431.277	429.903	298.366	186.645	102.497	200.000	160.000	-40.000
Zuschussbetrag	**334.580**	**338.743**	**439.508**	**430.497**	**429.903**	**293.595**	**178.922**	**100.678**	**200.000**	**160.000**	**-40.000**
											-20,00 %

- **050209 Zuschüsse an Pflegeeinrichtungen**
  Zuschussbedarf 2024 = - 10.850.000 € (2023 = - 11.370.000 €)

Das Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) regelt die Grundlage für die Refinanzierung der Investitionskosten der Trägerinnen und Träger von Pflegeeinrichtungen. Der Hochsauerlandkreis als örtlicher Sozialhilfeträger ist danach zuständig für die Förderung

- ambulanter Pflegeeinrichtungen (§ 12 APG),
- von Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen (§ 13 APG),
- vollstationärer Dauerpflegeeinrichtungen (§ 14 APG).

Die ambulanten Pflegedienste sind im Laufe der letzten Jahre immer mehr in Anspruch genommen worden. Auch sie erhalten Zuschüsse für ihre Investitionsaufwendungen, und zwar je nach Menge der erbrachten Leistungsstunden. Im Jahr 2024 werden dafür Mittel in Höhe von 1.650.000 € benötigt.

Die Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen werden seit Jahren stärker genutzt. Waren es im Jahr 2012 noch 109.680 bezuschusste Tage, wird im Jahr 2024 mit 114.000 Tagen gerechnet. Rechnerisch ergibt sich bei einem durchschnittlichen Aufwand von 13,25 € pro Tag eine Gesamtförderung von 1.500.000 €.

Ebenfalls seit Jahren steigend sind die Zuschüsse an vollstationäre Dauerpflegeeinrichtungen. Mit dem sogenannten „Pflegewohngeld“ werden die Investitionskosten – die Bestandteil der vom Bewohner zu zahlenden Heimentgelte sind – ganz oder teilweise gedeckt.

Pflegewohngeldzahlungen kommen dann in Betracht, wenn der Heimbewohner mit seinem eigenen Einkommen und Vermögen nicht in der Lage ist, die Investitionskosten selbst zu tragen.

Beim Hochsauerlandkreis werden die Aufwendungen für das Pflegewohngeld getrennt ausgewiesen:

- für Pflegebedürftige über 65 Jahren, die – neben dem Pflegewohngeld – SGB XII – Leistungen vom HSK als örtlichem Sozialhilfeträger beziehen
- für Pflegebedürftige unter 65 Jahren, die – neben dem Pflegewohngeld – SGB XII – Leistungen vom LWL als überörtlichem Sozialhilfeträger beziehen
- für Pflegebedürftige jeden Alters, die aufgrund ihres Einkommens und Vermögens in der Lage sind, die entstehenden Heimkosten – außer den Investitionskosten - aus eigenen Mitteln zu bestreiten (sogenannte Selbstzahler).

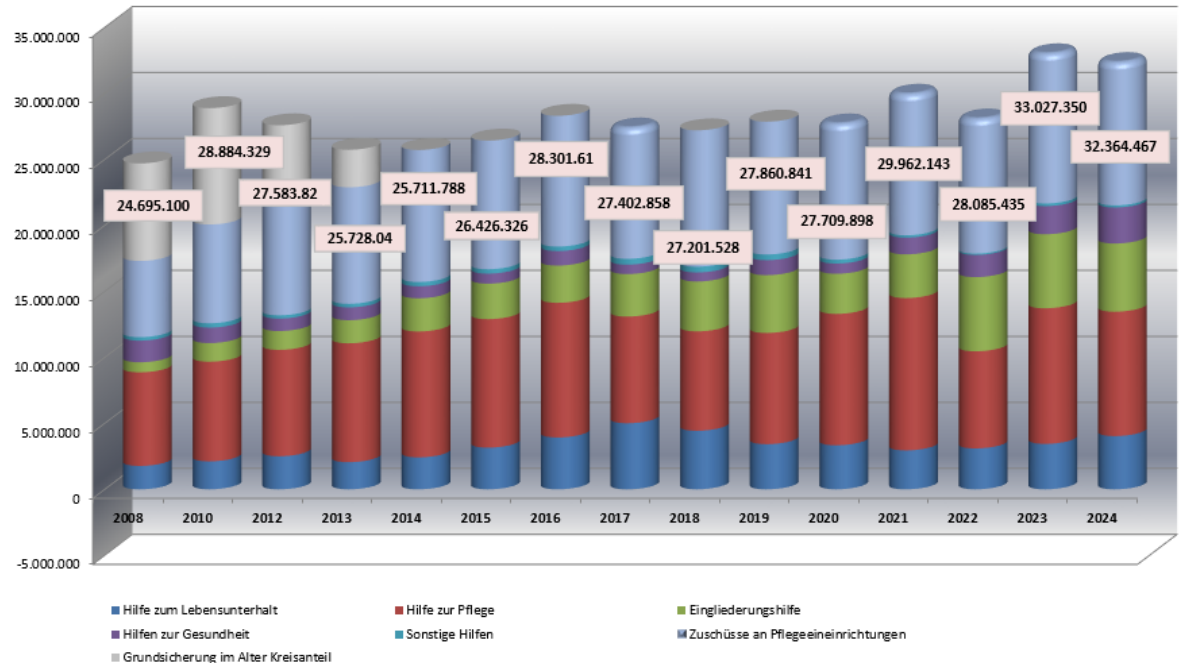
Für die Bezuschussung von vollstationären Dauerpflegeeinrichtungen wird ein Betrag von insgesamt 7.700.000 € benötigt.

Danach ergibt sich ein gegenüber dem Vorjahr ein reduzierter Gesamtzuschussbedarf bei den Zuschüssen an Pflegeeinrichtungen von **10.850.000 €.**

05020900 Zuschüsse an Pflegeeinrichtungen

	Ergebnis								Ansatz		Differenz
	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-8.477	-388	-20.936	-59.075	-89.089	-254.613	-229.571	-17.472	0	0	0
Aufwendungen	9.756.733	9.906.929	9.960.223	10.394.024	10.154.449	10.563.344	10.942.209	10.499.784	11.370.000	10.850.000	-520.000
Zuschussbetrag	**9.748.255**	**9.906.541**	**9.939.288**	**10.334.948**	**10.065.360**	**10.308.731**	**10.712.638**	**10.482.312**	**11.370.000**	**10.850.000**	**-520.000**
											-4,57 %
Fälle	1.104	1.124	1.140	1.098	1.056	1.059	1.103	1.051	1.093	1.000	

Zusammenfassende Betrachtung des allg. Sozialetats



Das Schaubild verdeutlicht die steigenden Finanzierungsbedarfe der einzelnen Leistungsbereiche und damit die enorme finanzielle Belastung des Kreishaushalts von aktuell 32,36 Mio. € im Haushalt 2024. Es gilt hier der Appell an Bund und Land, dass angesichts der demographischen und auch tariflichen Entwicklungen die im Jahr 2022 wirkenden Entlastungen bei den Hilfen zur Pflege bereits in 2023 wieder durch Kostenzuwächse aufgezehrt werden. Es ist daher zu erwarten, dass die Belastungen auf kommunaler Seite zunehmen werden und hierdurch die Ausgleichsfähigkeit der Kommunalhaushalte in Frage gestellte werden muss. Bund und Land sind daher weiter aufgefordert, orientiert an den Sozialaufwendungen weitere Entlastungsmittel bereitzustellen.

Die Grafik zeigt einerseits eindrucksvoll die Entlastung, die aus der Kostenübernahme des Bundes bei den Leistungen für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung seit dem Jahr 2014 eingetreten ist. Der Haushalt 2024 enthält für diese Sozialleistung immerhin ein Finanzvolumen i.H.v. 28,16 Mio (*Produkt 050203*), das den Kreis nicht mehr belastet.

Andererseits waren die Zuwächse in den übrigen Leistungsbereichen so enorm, dass bereits im Haushalt 2016 wieder das Zuschussniveau zu Lasten des Kreishaushalts vor der Kostenübernahme des Bundes erreicht worden ist!

- - - - - -

Die nachfolgende Übersicht vermittelt einen Überblick über den Sozialetat in einer Zeitreihe der Jahre 2013 bis 2024*:*

Produkt	Bezeichnung	2018 Ergebnis	2019 Ergebnis	2020 Ergebnis	2021 Ergebnis	2022 Ansatz	2022 Ergebnis	2023 Ansatz	2024 Ansatz	Differenz A2024-A2023
05020200	Hilfe zum Lebensunter	4.434.966	3.422.095	3.335.279	2.947.729	3.161.800	2.853.416	3.143.300	3.283.300	-140.000
							245.001	300.000	750.000	-450.000
							3.098.417	3.443.300	4.033.300	
05020600	Hilfe zur Pflege	7.533.405	8.424.908	9.957.098	11.544.498	9.819.050	7.350.843	10.275.050	9.425.030	850.020
							9.057			
							7.359.900			
	Eingliederungshilfe	4.920.631	4.381.120	3.044.044	3.313.286	4.443.000	5.609.267	5.609.000	5.166.000	443.000
							12.249			
05020500							5.621.516			
05020400	Hilfen zur Gesundheit	688.399	1.137.455	774.152	1.264.705	1.095.000	515.299	930.000	830.000	100.000
							1.167.748	1.200.000	1.900.000	-700.000
							1.683.047	2.130.000	2.730.000	
05020800	Sonstige Hilfen	430.497	429.903	293.595	178.922	270.000	100.815	200.000	160.137	39.863
---	Hilfen zur Arbeit									
Zwischensumme 1		**18.007.898**	**17.795.481**	**17.404.167**	**19.249.140**	**18.788.850**				**142.883**
05020900	Zuschüsse an Pflegeei	10.334.948	10.065.360	10.308.731	10.713.003	11.440.000	10.221.740	11.370.000	10.850.000	520.000
	richtungen (Wohngeld)									
Zwischensumme 2		**28.342.847**	**27.860.841**	**27.712.898**	**29.962.143**	**30.228.850**				**662.883**
05020300	*Zuschussbedarf ohne*	*15.104.956*	*15.596.557*	*20.907.208*	*22.463.046*	*23.370.500*	*24.378.202*	*26.890.700*	*28.163.300*	0
	Bundesmittel	*15.103.965*	*15.596.557*	*20.907.609*	*22.459.465*	*23.370.500*	*24.413.549*	*26.890.700*	*28.163.300*	0
	Grundsicherung im A	**991**		**-401**	**3.581**	**0**	**-35.347**	**0**		**0**
	Alter/Erwerbs.									
Gesamtsumme		**28.343.838**	**27.860.841**	**27.712.497**	**29.965.723**	**30.228.850**	**26.616.032**	**31.527.350**	**29.714.467**	**1.812.883**
Ukraine Flüchtlinge							**1.434.055**	**1.500.000**	**2.650.000**	
						ISOLIERUNG	**-1.434.055**	**-1.500.000**		**-2.750.000**
							26.616.032	**31.527.350**	**32.364.467**	**-837.117**

7.13 Jugendhilfe

→ Die Aufgabenbereiche des Kreisjugendamtes inkl. des Ankerplatzes Norderney werden in den Produktbudgets 06010100 bis 06030200 veranschlagt.
Die einzelnen Produkte dokumentieren den mit der Aufgabenerfüllung verbundenen Aufwand für die jugendhilferechtlichen Leistungen und die Zahlungsverpflichtungen des Kreises im Rahmen der Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes in der Kindertagesbetreuung. Hinzu kommen die Aufgabenbereiche Amtsvormundschaften und Unterhaltsvorschuss sowie der Betrieb des Ankerplatzes Norderney.

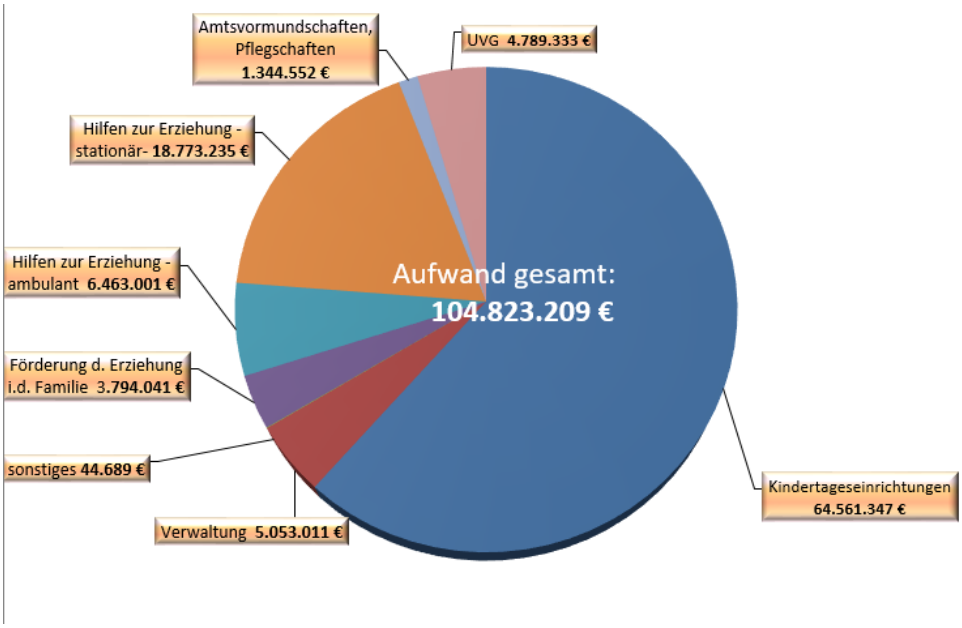
→ Der mit der Aufgabenerfüllung verbundene Personal- und Sachaufwand wird überwiegend zentral für das gesamte Jugendamt im *Produkt 06020100 –Jugendamtsleiter, Personal und Verwaltung* veranschlagt. Organisatorisch verbirgt sich hier hinter der Fachdienst 26, in dem die Produkte 06010200, 06020100 – 06020400 sowie 06020900 -06021000 bearbeitet werden.
Gesonderte Veranschlagungen für den Personal- und Verwaltungsaufwand werden im Übrigen vorgenommen für die Produkte:

06010100	Förderung von Kindern in Kindertages-einrichtungen	(organisatorisch Fachdienst 25)
06020800	Ankerplatz Norderney	(organisatorisch Fachdienst 26)
06030100	Amtsvormundschaften, Pflegschaften, Beistandschaften	(organisatorisch Fachdienst 27)
06030200	Unterhaltsvorschuss	(organisatorisch Fachdienst 26)

- - - - - -

Der Gesamtaufwand im Bereich der Kindertagesbetreuung und der Jugendhilfe (ohne Ankerplatz) beläuft sich im Haushalt 2024 incl. des damit verbundenen Personal- und Sachaufwandes auf 104,82 Mio€, gegenüber den Planwerten des Vorjahres 2023 (= 94,18 Mio€) eine Steigerung um + 10,64 Mio€ bzw. + 11,30 %.

In Bezug auf das Volumen an Gesamtaufwendungen im Haushalt 2024 von 555,46 Mio€ entfallen 18,9 % auf diese Aufgabenbereiche.



Aufwendungen in den einzelnen Aufgabenbereichen

Finanzierung des Kreisjugendamtes allgemein

Die ungedeckten Aufwendungen des Kreisjugendamtes können nicht über die allg. Kreisumlage finanziert werden, da der Hochsauerlandkreis seine Aufgabenstellungen in der Kinder-/ und Jugendhilfe nicht für alle 12 Städte/Gemeinden wahrnimmt. Eigene Jugendämter haben folgende Kommunen eingerichtet: S*tädte Arnsberg, Sundern und Schmallenberg.*
Für die übrigen 9 Städte/Gemeinden im Kreisgebiet liegt die Zuständigkeit beim Kreis, wobei die Refinanzierung der Aufwendungen über die sog. „Mehrbelastung Jugendamt“ erfolgt, die gem. § 56 Abs. 5 KrO als differenzierte Umlage von diesen Kommunen zu erheben ist. Sie ist eine gesonderte Art der Umlagefinanzierung des Kreises, die neben der allg. Kreisumlage den bedienten Kommunen in Rechnung zu stellen ist.

Berechnungsbasis für die Umlage sind die Kreisumlagebemessungsgrundlagen.

Die Entwicklung des Etats des Jugendamtes wird in den nachfolgenden Übersichten dargestellt.

\- - - - - -

Der **Zuschussbedarf** aus der Wahrnehmung der einzelnen Aufgabenreiche steigt in 2024 bei einem Gesamtvolumen von 54.472.208 € gegenüber dem Vorjahr 2023 (50.093.199 €) um **+ 4.379.009 € bzw. + 8,74 %.** Aus der Übersicht auf Seite 57 ist ersichtlich, dass die Zuwächse im Zuschussbedarf der Leistungsbereiche in den Vorjahren durchweg steigend waren:

Zuschussbedarf 2016 -Ergebnis-	30.098.163 €	
Zuschussbedarf 2017 -Ergebnis-	32.060.853 €	= + 1.962.690 €
Zuschussbedarf 2018 -Ergebnis-	34.738.693 €	= + 2.677.840 €
Zuschussbedarf 2019 -Ergebnis-	*35.538.339 €*	= *+ 799.646 €*
Zuschussbedarf 2020 -Ergebnis-	*38.714.874 €*	= *+ 3.176.535 €*
Zuschussbedarf 2021 -Ergebnis-	*44.949.713 €*	= *+ 6.234.839 €*
Zuschussbedarf 2022 -Ergebnis-	*46.976.464 €*	= *+ 2.026.751 €*
Zuschussbedarf 2023 -HHPlan-	*50.093.199 €*	= *+ 3.116.735 €*
Zuschussbedarf 2024 -HHPlan-	*54.472.208 €*	= *+ 4.379.009 €*

Auf der **Finanzierungsseite** zeigt sich für den Haushalt 2024 eine deutliche Erhöhung der Umlagegrundlagen zur Berechnung des Hebesatzes der Jugendamtsumlage (s. Seite 58). Sie erhöhen sich um 20,3 Mio€ von 227,86 Mio€ in 2023 auf 248,16 Mio€ für das Jahr 2024, wodurch bei ggü. dem Vorjahr unverändertem Hebesatz ein **positiver Mitnahmeeffekt beim Umlageaufkommen von + 4.456.324 €** eintritt.

In den oben genannten Daten ist der Anteil der vom Land gezahlten Inklusionspauschale, die für Aufgabenstellungen des Jugendamtes gewährt wird, bereits enthalten. Hier ergibt sich für 2024 ein Betrag i.H.v. 131.675 € (Produkt 060209, Konto 4141000002).

→ Der Gesamtbetrag der Inklusionspauschale für 2024 beträgt 548.644 €, hiervon sind 131.675 € dem Jugendamtsetat zuzuordnen (s.o.) und 416.969 € dem Sozialetat (Produkt 050301). Bis zum Jahr 2022 erfolgte die Veranschlagung der Pauschale zentral im Produkt 16010100.

Übersicht über den Finanzbedarf des Jugendamtes nach Aufgabenbereichen

Produkt (jeweils Zuschussbedarf)		Ergebnis 2016 €	Ergebnis 2017 €	Ergebnis 2018 €	Ergebnis 2019 €	Ergebnis 2020 €	Ergebnis 2021 €	Ergebnis 2022 €	Ansatz 2023 €	Ansatz 2024 €	Differenz A2024-A2023 €
ERGEBNISPLAN											
06010100	Kindertageseinrichtungen	11.453.467	11.527.364	12.695.485	12.541.321	14.732.470	17.326.019	18.396.332	19.414.132	21.125.880	+ 1.711.748
06010200	Kindertagespflege	825.266	1.062.994	1.144.771	1.367.824	1.497.593	2.029.407	2.223.949	2.584.306	3.117.413	+ 533.107
06020100	Jugendamtsleiter, Personal und Verwaltung	2.349.523	3.000.806	3.224.883	3.300.359	3.408.701	3.637.771	3.402.745	3.654.431	4.308.828	+ 654.397
06020200	Jugendarbeit	788.656	745.971	829.806	754.521	749.451	512.376	733.824	1.018.040	1.119.660	+ 101.620
06020300	Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	19.698	14.386	9.141	6.874	13.126	15.112	21.681	40.000	44.339	+ 4.339
06020400	Förderung der Erziehung in den Familien	1.860.903	1.767.272	1.850.646	1.588.449	1.092.603	1.948.333	2.028.563	2.110.023	2.340.792	+ 230.769
06020900	Ambulante Hilfen zur Erziehung	3.528.588	3.992.009	4.294.136	5.173.780	5.348.384	5.998.656	5.700.338	6.196.483	6.173.936	-22.547
06021000	Stationäre Hilfen zur Erziehung	7.882.203	8.298.045	9.047.054	9.041.736	10.926.596	12.357.008	13.032.882	12.888.500	13.786.035	+ 897.535
06030100	Amtsvormundschaften, Pflegschaften, Beistandschaften	715.130	878.423	853.269	1.044.324	982.007	995.708	1.068.045	1.147.467	1.339.138	+ 191.671
06030200	Unterhaltsvorschuss	747.439	890.053	951.921	878.288	811.037	843.891	700.614	1.039.817	1.116.187	+ 76.370
	Zwischensumme Zuschussbedarf	**30.170.872**	**32.177.322**	**34.901.113**	**35.697.475**	**39.561.969**	**45.664.281**	**47.308.973**	**50.093.199**	**54.472.208**	**+ 4.379.009**
	zu aktivierender Corona/Ukraineschaden					-690.874	-508.232	**-74.225**			
	Zwischensumme Zuschussbedarf					**38.871.095**					
	*abzgl. Anteil Inklusionspauschale**	**-72.710**	**-116.469**	**-162.420**	**-159.136**	**-156.221**	**-206.336**	**-258.284**			
	= Zuschussbedarf	**30.098.163**	**32.060.853**	**34.738.693**	**35.538.339**	**38.714.874**	**44.949.713**	**46.976.464**	**50.093.199**	**54.472.208**	**-4.379.009**
	Hebesätze	**17,25**	**18,73**	**20,40**	**18,40**	**19,10**	**20,32**	**20,32**	**21,95**	**21,55**	
	Finanziert über Umlage	**-27.441.236**	**-30.242.092**	**-37.145.060**	**-36.859.981**	**-39.647.110**	**-42.071.320**	**45.210.953**	**50.015.886**	**53.479.549**	**+ 3.463.663**
	Unterdeckung -Zwischensumme-	**-2.656.927**	**-1.818.761**	**+ 2.406.367**	**+ 1.321.642**	**+ 932.236**	**-2.878.392**	**-1.765.511**	**-77.313**	**-992.659**	
	Deckung aus Entnahme Sonderposten						**2.878.392**	**1.765.511**	**+ 77.313**	**+ 992.659**	**-915.346**
	Unterfinanzierung/Überfinanzierung	**-2.656.927**	**1.818.761**	**2.406.367**	**1.321.642**	**932.236**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Nachveranlagung — Überdeckung / Zuführung Sonderposten

* Anteil Jugendamt an der Inklusionspauschale wird ab 2023 unmittelbar im Budget 06020900 verbucht.

Erhöhung Finanzierungsbedarf in den Leistungsbereichen	- 4.379.009 €
Abbau Unterdeckung 2023	- 77.313 €
zusätzlicher Finanzierungsbedarf 2024	- 4.456.322 €
Finanziert aus	
- Umlage bei Hebesatz 2024 = 21,55 %	+ 3.463.663 €
- Entnahme Sonderposten	+ 992.659 €
	+ 4.456.322 €

Der Hebesatz 2024 der Mehrbelastung Jugendamt liegt somit bei 21,55 %, ggü. 2023 eine Reduzierung um – 0,40 %-Pkt.

☞ ***Der Hebesatz der Sonderumlage wurde im Entwurf des Haushalts 2024 noch mit einem gegenüber dem Vorjahr unverändertem Wert von 21,95 % ausgewiesen. Aufgrund einer aktuellen Hochrechnung für das Jahr 2023 ist von einem Bestand des Sonderpostens zum 31.12.2023 von rd. 1,1 Mio€ auszugehen. Der Kreistag hat daher in seiner Sitzung am 08.12.2023 eine Senkung des Hebesatzes um – 0,40 %-Pkt. auf den dann für 2024 geltenden Hebesatz von 21,55 % beschlossen.***

Berechnung der Sonderumlage zur Finanzierung des Zuschussbedarfs des Jugendamtes in 2024

Berechnungsgrundlagen der Umlage Jugendamt	2023 lt. HHBuch €	2024 €	Differenz €	%
Steuerkraftmesszahl Gemeinden	212.869.047	230.838.811	*+ 17.969.764*	*+ 8,44*
Schlüsselzuweisungen Gemeinden	14.993.757	17.326.147	*+ 2.332.390*	*+ 15,56*
Umlagekraft	227.862.804	248.164.958	*+ 20.302.154*	*+ 8,91*
Sonderumlagebei Hebesatz ´23 von 21,95 %	**50.015.885**	**54.472.209**	***+ 4.456.324***	***+ 8,91***
Senkung um - 0,40 %-Pkt.		-992.660	*-992.660*	
Sonderumlage 2024 bei Hebesatz 21,55 %	**50.015.885**	**53.479.549**	***+ 3.463.664***	***+ 6,93***

Sonderrücklage des Jugendamtes

Die für Abrechnungszwecke des Jugendamtes eingerichtete Sonderrücklage zeigt in der letzten Schlussbilanz für das Jahr 2022 einen Bestand von 111.891,41 €, der sich wie folgt entwickelt hat:

Entwicklung des Sonderpostens Abrechnung "Mehrbelastung Jugendamt"

Stand 31.12.2007	+ 606.139,53 €	Stand lt. Eröffnungsbilanz
Inanspruchnahme 2008	-533.579,90 €	
Zuführung 2009	+ 869.587,15 €	
Zuführung 2010	+ 738.991,96 €	
Zuführung 2011	+ 231.388,53 €	
Zuführung 2012	+ 675.979,20 €	
Inanspruchnahme 2013	-256.820,61 €	
Inanspruchnahme 2014	-1.481.254,68 €	
Inanspruchnahme 2015	-754.881,26 €	*2016 & 2017 = Nachveranlagung*
Überschuss 2018	2.406.366,83 €	
Überschuss 2019	1.321.641,82 €	
Überschuss 2020	932.235,98 €	
Inanspruchnahme 2021	-2.878.392,17 €	
= Restbestand 31.12.2021	**+ 1.877.402,38 €**	
Inanspruchnahme 2022	**-1.765.510,97 €**	
Stand 31.12.2022	**+ 111.891,41 €**	
Zuführung 2023 lt. HoRe 12/2023	**+ 1.100.000,00 €**	
vorr. Bestand 31.12.2023	**+ 1.211.891,41 €**	

Zu einzelnen Produkten und deren finanzieller Entwicklung folgende Anmerkungen:

06010100 Kindertageseinrichtungen

06010100 Kindertageseinrichtungen

Die sich verändernde gesellschaftliche Situation der Familien hat dazu geführt, dass die Tagesbetreuung für Kinder stetig an Bedeutung zugenommen hat. Seit dem 01.08.2013 haben Kinder ab Vollendung des 1. Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Waren es in den vergangenen Jahren im U3-Bereich vornehmlich die Zweijährigen, für die ein Betreuungsplatz beansprucht wurde, nimmt nun der Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter zwei Jahren rasant zu. Eltern entscheiden sich heute immer früher, oftmals ab dem 1. Geburtstag, für eine außerhäusliche Betreuung ihrer Kinder.

Das *Produkt 06010100 Kindertageseinrichtungen* weist das größte Finanzierungsvolumen des Jugendamtsetats aus. Die über den Kreishaushalt zu bewirtschaftenden Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen betragen rd. 55,34 Mio€, davon 8,30 Mio€ für Kindergärten *kommunaler Träger* und 47,04 Mio€ für Kindergärten *freier Träger*. Nach Abzug der veranschlagten Landesmittel i.H.v. 28,0 Mio€, Elternbeiträge i.H.v. 4,26 Mio€ und der Ausgleichszahlung des Landes für die Elternbeitragsbefreiung i.H.v. 3,15 Mio€ verbleibt ein kommunal zu finanzierender Anteil von 19,93 Mio€.

Sonstige Positionen nebst Personalaufwand i.H.v. 1,2 Mio€ führen dann zu dem ausgewiesenen Zuschussbedarf mit -21,13 Mio€.

Zur Beseitigung der strukturellen Unterfinanzierung werden durch die Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) seit dem 01.08.2020 mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Die Kindpauschalen wurden angehoben und Trägeranteile abgesenkt - daraus folgend die Anteile von Land und Jugendamt erhöht. Darüber hinaus wurden drei bis dahin ausschließlich vom Land NRW finanzierte Sonderpauschalen in die Kindpauschalen eingepflegt und werden damit künftig vom Jugendamt mitfinanziert. Für den Ansatz 2024 wurden eine Anpassung für Personal- und Sachkosten mit + 5,94 % sowie zusätzliche Mittel für neue Plätze (Hallenberg und Olsberg) eingeplant.
Eine weitere Belastung sind die steigenden Zahlen der Kinder mit Behinderung oder von Behinderung bedrohten Kinder. Die Einrichtungen erhalten die 3,5-fache Kindpauschale für anerkannte Kinder. In den letzten drei Jahren ist die Anzahle der Kinder mit Behinderung um 150 % auf 250 Kinder angestiegen.

Für die Investitionskostenförderung des U3/Ü3-Ausbaus wurde ein Betrag von 800.000 € veranschlagt, der jedoch haushaltsneutral an die Träger der Kindertageseinrichtungen weitergegeben wird. Ebenfalls haushaltsneutral an die Träger weitergeleitet werden Zuweisungen für plusKITAs und Einrichtungen mit zusätzlichem Sprachförderbedarf i.H.v. insgesamt 377.969 €, Zuweisungen für Fachberatungen i.H.v. 99.550 €, Zuweisungen für Fortbildungsmaßnahmen i.H.v. 80.000 € und Qualifizierungsmaßnahmen mit 376.000 €.
Zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten werden den Kita-Trägern Zuschüsse i.H.v. 740.403 € gewährt, die allerdings nicht haushaltsneutral weitergeleitet werden, sondern einen 25 %-igen Eigenanteil des Kreises enthalten.

06010100 Kindertageseinrichtungen

	Ergebnis						Ansatz		Differenz
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-27.087.174	-25.691.609	-28.163.082	-31.632.184	-34.192.653	-35.580.150	-35.156.239	-39.435.549	4.279.310
Aufwendungen	38.614.538	38.387.094	40.704.403	46.364.655	51.518.672	53.976.481	54.570.371	60.561.429	5.991.058
Zuschussbetrag	**11.527.364**	**12.695.485**	**12.541.321**	**14.732.470**	**17.326.019**	**18.396.332**	**19.414.132**	**21.125.880**	**1.711.748**
									8,82 %
Fälle									
Betreuungsquote U3 (in %)	**40,1**	**43,0**	**45,6**	**44,0**	**43,6**	**46,4**			
Anzahl Kinder in der Kita-Betreuung	**4.209**	**4.349**	**4.440**	**4.556**	**4.612**	**4.676**			

06010200 Kindertagespflege

Die Förderung von Kindern in Tagespflege stellt neben den Kindertageseinrichtungen ein weiteres gleichwertiges Element für die Betreuung von Kindern, insbesondere im U3-Bereich, dar. Während 2015 noch durchschnittlich 175 Kinder betreut wurden, zeichnet sich für 2024 ein Betreuungsbedarf in einer Größenordnung von durchschnittlich 345 Kindern ab. Wegen der knapper werdenden Betreuungsplätze in den Kindertageseinrichtungen nimmt die Kindertagespflege einen immer größeren Raum ein, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ein- und zweijährige Kinder zu gewährleisten.

06010200 Kindertagespflege

	Ergebnis						Ansatz		Differenz
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-421.396	-402.091	-514.809	-418.679	-581.829	-987.361	-808.460	-882.505	74.045
Aufwendungen	1.484.390	1.546.862	1.882.632	1.916.272	2.611.235	3.211.310	3.392.766	3.999.918	607.152
Zuschussbetrag	**1.062.994**	**1.144.771**	**1.367.824**	**1.497.593**	**2.029.407**	**2.223.949**	**2.584.306**	**3.117.413**	**533.107**
									20,63 %
Fälle									
Kinder in der Tagespflege	**194**	**206**	**236**	**231**	**264**	**301**			

06020100 Jugendamtsleiter, Personal und Verwaltung

Diesem Produkt sind alle Personal- und Sachaufwendungen aus den Aufgabenbereichen der Jugendhilfe (Produkte 06020100 bis 06020400 sowie 06020900 und 06021000) sowie der Verwaltung des Jugendamtes zugeordnet.

Im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge werden die Personal- und Sachaufwendungen durch die Verwaltungskostenpauschale des Landes großenteils refinanziert. Die Verwaltungskostenpauschale hat sich wie folgt entwickelt 2016 = 263.500 €, 2017 = 241.800 €, 2018 = 163.219 €, 2019 = 153.387 €, 2020 = 139.622 €, 2021 = 103.121 und 2022 = 96.807 € Ab dem Jahr 2022 wurde der Pauschalbetrag von bislang 3.933 € auf 4.209 € pro Fall angehoben. Der Ansatz für 2023 lag bei 105.225 € (25 Fälle x 4.209 €. Für 2024 wird von durchschnittlich 55 Fällen ausgegangen, daraus ergibt sich ein Betrag von 231.495 €.

Im Sommer 2022 ist das Landeskinderschutzgesetz NRW in Kraft getreten. In den §§ 5, 8 und 9 des Gesetzes werden die Aufgaben geregelt. Das Land gewährt nach Maßgabe dieses Gesetzes und des Konnexitätsausführungsgesetzes für die Aufgaben einen finanziellen Ausgleich. Die Berechnung des Ausgleichs für den einzelnen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe ergibt sich aus § 12 Abs. 3 des Landeskinderschutzgesetzes. Auf das Jugendamt des Hochsauerlandkreises entfällt nach dieser Berechnung für das Jahr 2024 ein Betrag in Höhe von 467.569 EUR.

Von diesem Ertrag wird ein Betrag in Höhe von 30.000 EUR als „Sonstiger Sachaufwand“ im Haushalt veranschlagt. Die Differenz in Höhe von 437.569 EUR dient zur Deckung des personellen Aufwandes. Sollten weitere Personalkosten anfallen wird der „Sonstige Sachaufwand“ entsprechend reduziert.

Insgesamt erhöht sich der Zuschussbedarf bei diesem Produkt um + 654.397 €.

06020100 Jugendamtsleiter, Personal und Verwaltung

	Ergebnis						Ansatz		Differenz
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-283.608	-205.697	-328.557	-173.714	-217.971	-462.940	-612.264	-744.183	-131.919
Aufwendungen	3.284.414	3.430.580	3.628.916	3.582.415	3.855.741	3.900.685	4.266.695	5.053.011	786.316
Zuschussbetrag	**3.000.806**	**3.224.883**	**3.300.359**	**3.408.701**	**3.637.771**	**3.437.745**	**3.654.431**	**4.308.828**	**654.397**
									17,91 %

Hinweis zu den nachfolgenden Produkten 06020400, 06020900 und 06020100:
Die Verwaltung hat zum 01.01.2018 die Jugendamtssoftware „Prosoz“ für die Wirtschaftliche Jugendhilfe sowie das Fachverfahren für die Sozialarbeiter eingeführt. Das für beide Bereiche notwendige Auswerteprogramm „Kristall“ wurde im April 2018 eingeführt. Seit diesem Zeitpunkt können die für die Finanzplanung notwendigen Fallinformationen ermittelt werden. Die Mittelanmeldung für das Jahr 2024 erfolgte auf der Grundlage der aktuellen Hochrechnung für das Jahr 2023.

06020400 Förderung der Erziehung in den Familien

Die Förderung soll dazu beitragen, dass Mütter, Väter und andere Erziehungsberechtigte ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können. Sie soll auch Wege aufzeigen, wie Konfliktsituationen in der Familie gewaltfrei gelöst werden können. Hierzu zählen u.a. Angebote der Erziehungsberatung, der Familienunterstützung (u.a. werden hieraus die Kosten für den Aufenthalt von jungen Menschen im Kinder- und Jugendhilfezentrum des

Hochsauerlandkreises „Ankerplatz Norderney“ finanziert), aber auch gemeinsame Wohnformen für Mütter bzw. Väter mit Kind.
Gerade letztere Hilfe muss vor dem Hintergrund des „Schutzauftrages“ und der Gewährleistung des Kindeswohls intensiv eingesetzt werden.

Für 2024 liegt der Zuschussbedarf in diesem Produkt bei 2.340.792 €. Gegenüber dem Vorjahr (= 2.110.242 €) ergibt sich eine Steigerung um 230.550 €. Diese resultiert im Wesentlichen aus den erhöhten durchschnittlichen Fallzahlen bei den „Kosten gemeinsamer Wohnformen“, sowie der Kostensteigerungen bei den „Maßnahmen der Förderung der Erziehung in der Familie“.

Die Entwicklung des Zuschussbedarfs der Jahre 2017 – 2024 zeigt sich wie folgt:

06020400 Förderung der Erziehung in den Familien

	Ergebnis						Ansatz		Differenz
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-188.038	-187.367	-173.306	-57.568	-151.528	-126.064	-61.699	-61.699	0
Aufwendungen	1.955.309	2.038.013	1.761.755	1.150.172	2.099.862	2.154.627	2.171.941	2.402.491	230.550
Zuschussbetrag	**1.767.272**	**1.850.646**	**1.588.449**	**1.092.603**	**1.948.333**	**2.028.563**	**2.110.242**	**2.340.792**	**230.550**
									10,93 %

Erläuterung einzelner Bereiche dieses Produkte mit Fallzahlen/Kosten in denen sich zu den Vorjahren wesentliche Änderungen ergeben haben:

- 5331000008

Familien können durch eine schlechte Wohnsituation oder persönliche und soziale Schwierigkeiten belastet werden. Die gesetzliche Jugendhilfe ermöglicht betroffenen alleinerziehenden Elternteilen, die Unterstützung bei der Pflege und Erziehung ihres Kindes, die sie benötigen, gemeinsam mit dem Kind in einer geeigneten Wohnform betreut zu werden, wenn das jüngste Kind zum Zeitpunkt des Hilfebeginns unter 6 Jahren alt ist. Eine geeignete Wohnform kann zb. eine Wohngemeinschaft oder eine Außenwohngruppe in Heimen sein.

Die Kosten werden hier durch die Kennzahlen "**Fallzahl in Leistungsmonaten**" und "**Fallkosten**" dokumentiert:

Leistungsmonaten	-	80	91	89	118	112	120	106
Fallkosten	-	6.445 €	5.543 €	6.349 €	8.316 €	8.574 €	8.500 €	9.980 €
Ergebnis/Ansatz		515.573 €	504.457 €	565.035 €	981.297 €	960.234 €	1.020.000 €	1.057.880 €
							pauschale Kürzung - 70.000	

- 5331000033

ist eine Form der Unterstützung und Förderung des Kontaktes zwischen Kind und nicht mit ihm zusammenlebenden wichtigen Menschen wie z.B. Vater, Mutter, Geschwister, Großeltern oder sozialen Eltern (Beteiligte). Begleiteter Umgang ist sinnvoll bei hohem Konfliktpotential der Beteiligten, schweren Loyalitätskonflikten des Kindes, Erstanbahnung des Kontaktes zwischen Kind und einem Beteiligten, Elternentfremdung und starken physischen oder psychischen Beeinträchtigungen eines oder mehrerer Beteiligter. Während des Begleiteten Umgangs unterstützt der Umgangsbegleiter die Anbahnung und Entwicklung positiver förderlicher Kontakte zwischen Kind und Beteiligten. Gemeinsame Gespräche der Beteiligten, z.B. Mutter und Vater, im Beisein eines/einer Beraters/Beraterin sind in der Regel sinnvoll und notwendig, um zu einer Verselbstständigung der Umgangskontakte zu kommen.

Die Kosten werden hier durch die Kennzahlen "**Fallzahl in Leistungsmonaten**" und "**Fallkosten**" dokumentiert:

Leistungsmonaten	-	27	51	74	130	162	140	108
Fallkosten	-	83 €	569 €	151 €	219 €	329 €	417 €	495 €
Ergebnis/Ansatz		2.244 €	29.000 €	11.173 €	28.490 €	53.297 €	58.500 €	53.460 €

06020900 Ambulante Hilfen zur Erziehung

06021000 Stationäre Hilfen zur Erziehung

Die Kosten der Hilfen zur Erziehung, die in diesen beiden Produkten dargestellt werden, sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Ursache hierfür sind insbesondere sozialstrukturelle Gründe, wie die Belastung junger Menschen durch familiäre Konflikte, mangelnde Erziehungskompetenzen in den Familien, Auflösung familiärer Strukturen durch Trennung und Scheidung sowie Arbeitslosigkeit und Überschuldung. Zuzüge entsprechend belasteter Familien oder Sorgeberechtigter in den Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes erfordern nicht planbare und z.T. sehr kostenintensive Fallübernahmen. Darüber hinaus wirken sich die – mittlerweile jährlich stattfindenden – Entgeltverhandlungen mit den freien Trägern der Jugendhilfe negativ auf das Ergebnis aus.

Bei den Fällen der Heimerziehung ist festzuhalten, dass Kinder und Jugendliche oftmals nicht mit dem Regelangebot ausrechend betreut werden können sondern in sehr teuren Gruppen

mit Intensivbetreuung untergebracht werden müssen. Darüber hinaus sind in manchen Fällen neben der Heimunterbringung zusätzlich abzurechnende Fachleistungsstunden erforderlich.

Hohe finanzielle Aufwendungen erfordert auch die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. In Anlehnung an kinder- und jugendpsychiatrische Diagnosen ergeben sich schwierige Fallkonstellationen, wobei ebenfalls häufig zusätzlich abzurechnende Fachleistungsstunden notwendig sind.

06020900 Ambulante Hilfen zur Erziehung

	Ergebnis						Ansatz		Differenz
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-26.823	-909.017	-59.612	-190.234	-129.132	-159.139	-386.093	-289.065	97.028
Aufwendungen	3.555.411	4.385.053	5.233.392	5.538.618	6.127.788	5.859.477	6.582.576	6.463.001	-119.575
Zuschussbetrag	**3.528.588**	**3.476.036**	**5.173.780**	**5.348.384**	**5.998.656**	**5.700.338**	**6.196.483**	**6.173.936**	**-22.547**
									-0,36 %

Erläuterung einzelner Bereiche dieses Produkte mit Fallzahlen/Kosten in denen sich zu den Vorjahren wesentliche Änderungen ergeben haben:

- 5331000016

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist eine Form der Erziehungshilfe. Ihre Aufgabe ist es, Familien durch intensive Betreuung und Begleitung zu unterstützen. Sie gibt also Hilfe zur Selbsthilfe: Die Familie hat für eine bestimmte Zeit eine Sozialpädagogin/einen Sozialpädagogen, die oder der sie zu Hause besucht.

Die Kosten werden hier durch die Kennzahlen "**Fallzahl in Leistungsmonaten**" und "**Fallkosten**" dokumentiert:

Leistungsmonaten	-	**1832**	**2018**	**2115**	**2156**	**1686**	**2070**	**1800**
Fallkosten	-	**1.011 €**	**1.081 €**	**980 €**	**1.078 €**	**978 €**	**1.065 €**	**1.050 €**
Ergebnis/Ansatz		**1.851.443 €**	**2.182.280 €**	**2.072.845 €**	**2.324.028 €**	**1.648.945 €**	**2.205.000 €**	**1.890.000 €**

- 5331000023

Eingliederungshilfen richten sich an Kinder und Jugendliche, die durch Psychosen, Neurosen, Sucht oder eine andere seelische Störung nicht ihrem Alter entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Als Hilfen stehen ambulante und stationäre Betreuungsformen zur Verfügung, insbesondere heilpädagogische Einrichtungen. Ziel ist, den jungen Menschen möglichst viel Autonomie und soziale Kompetenz zu vermitteln.

Die Kosten werden hier durch die Kennzahlen "**Fallzahl in Leistungsmonaten**" und "**Fallkosten**" dokumentiert:

Leistungsmonaten	-	**639**	**903**	**1099**	**1362**	**1444**	**1356**	**1050**
Fallkosten	-	**1.081 €**	**1.009 €**	**974 €**	**1.106 €**	**1.451 €**	**1.378 €**	**1.930 €**
Ergebnis/Ansatz		**690.517 €**	**910.795 €**	**1.070.133 €**	**1.506.219 €**	**2.095.669 €**	**1.868.000 €**	**2.136.961 €**
							pauschale Kürzung - 168.000	

- 5331000027

Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte sollen bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrunde liegenden Faktoren, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie bei Trennung und Scheidung unterstützen werden.

Die Kosten werden hier durch die Kennzahlen "**Fallzahl in Leistungsmonaten**" und "**Fallkosten**" dokumentiert:

Leistungsmonaten	-	**562**	**686**	**701**	**807**	**824**	**900**	**775**
Fallkosten	-	**1.379 €**	**1.465 €**	**1.490 €**	**1.128 €**	**845 €**	**1.109 €**	**995 €**
Ergebnis/Ansatz		**774.985 €**	**1.004.916 €**	**1.044.255 €**	**910.413 €**	**695.878 €**	**998.000 €**	**771.500 €**

- 5331000919
- 5331000921

Es handelt sich hier um Leistungen im Rahmen der ambulanten Hilfen für unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UmA). Die anfallenden Kosten für umA werden gem. § 89 d SGB VIII in voller Höhe durch das Land NRW erstattet (Konto 4481250000), soweit die Voraussetzungen erfüllt sind.

Anzahl umA gesamt	-	**38**	**39**	**34**	**26**	**5**	**25**	**5**
Ergebnis/Ansatz		**57.020 €**	**20.920 €**	**57.100 €**	**41.185 €**	**47.614 €**	**68.500 €**	**56.390 €**

06021000 Stationäre Hilfen zur Erziehung

	Ergebnis						Ansatz		Differenz
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-4.728.296	-3.601.145	-4.515.757	-3.406.410	-344.224	-4.630.941	-3.236.600	-4.987.200	-1.750.600
Aufwendungen	12.610.498	12.648.199	13.557.493	14.333.007	12.701.233	17.663.824	16.125.100	18.773.235	2.648.135
Zuschussbetrag	**7.882.203**	**9.047.054**	**9.041.736**	**10.926.596**	**12.357.008**	**13.032.882**	**12.888.500**	**13.786.035**	**897.535**
									6,96 %

Erläuterung einzelner Bereiche dieses Produkte mit Fallzahlen/Kosten in denen sich zu den Vorjahren wesentliche Änderungen ergeben haben:

- 5331000018

Vollzeitpflege ist eine Form der Erziehungshilfe des Jugendamts. Dabei wird das Kind von seiner Familie getrennt und in einer Pflegefamilie untergebracht. Unterschieden werden eine kurzzeitig angelegte Vollzeitpflege im Fall akuter Krisensituationen und eine dauerhafte Vollzeitpflege.

Die Kosten werden hier durch die Kennzahlen "**Fallzahl in Leistungsmonaten**" und "**Fallkosten**" dokumentiert:

Leistungsmonaten	-	1767	2046	2073	1833	1899	1989	1900
Fallkosten	-	1.060 €	870 €	1.010 €	1.283 €	1.735 €	1.277 €	1.405 €
Ergebnis/Ansatz		1.742.782 €	1.779.135 €	2.093.750 €	2.351.676 €	3.294.971 €	2.540.000 €	2.669.500 €
								pauschale Kürzung - 140.000

- 5331000020

Heimerziehung ist eine Form der Erziehungshilfe des Jugendamts. Dabei wird das Kind von seiner Familie getrennt und in einem Heim untergebracht.

Die Kosten werden hier durch die Kennzahlen "**Fallzahl in Leistungsmonaten**" und "**Fallkosten**" dokumentiert:

Leistungsmonaten	-	1002	1386	1376	1474	1626	1551	1650
Fallkosten	-	5.564 €	5.185 €	5.630 €	6.501 €	6.085 €	6.640 €	6.145 €
Ergebnis/Ansatz		5.575.373 €	7.284.955 €	7.746.630 €	9.581.856 €	9.894.420 €	10.298.500 €	10.339.250 €
								pauschale Kürzung - 798.500

- 5331000023

Eingliederungshilfen richten sich an Kinder und Jugendliche, die durch Psychosen, Neurosen, Sucht oder eine andere seelische Störung nicht ihrem Alter entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Als Hilfen stehen ambulante und stationäre Betreuungsformen zur Verfügung, insbesondere heilpädagogische Einrichtungen. Ziel ist, den jungen Menschen möglichst viel Autonomie und soziale Kompetenz zu vermitteln.

Die Kosten werden hier durch die Kennzahlen "**Fallzahl in Leistungsmonaten**" und "**Fallkosten**" dokumentiert:

Leistungsmonaten	-	197	196	196	176	110	137	110
Fallkosten	-	6.381 €	5.162 €	6.235 €	6.546 €	7.175 €	6.314 €	6.480 €
Ergebnis/Ansatz		1.257.030 €	1.011.731 €	1.222.060 €	1.152.180 €	789.244 €	865.000 €	712.800 €

- 5331000025

Die Kosten werden hier durch die Kennzahlen "**Fallzahl in Leistungsmonaten**" und "**Fallkosten**" dokumentiert:

Leistungsmonaten	-	147	151	181	99	78	186	102
Fallkosten	-	1.771 €	2.437 €	1.795 €	1.725 €	3.400 €	1.688 €	2.286 €
Ergebnis/Ansatz		260.334 €	368.015 €	324.802 €	170.817 €	265.196 €	315.000 €	235.000 €

- 5331000030

Die Hilfe zur Erziehung endet mit dem 18. Lebensjahr. Im SGB VIII ist geregelt, dass für junge Volljährige der Verbleib in der Pflegefamilie auch bis zum 21. Lebensjahr gewährt werden kann

Die Kosten werden hier durch die Kennzahlen "**Fallzahl in Leistungsmonaten**" und "**Fallkosten**" dokumentiert:

Leistungsmonaten	-	124	177	138	61	73	96	90
Fallkosten	-	1.087 €	882 €	902 €	1.478 €	801 €	1.094 €	1.250 €
Ergebnis/Ansatz		134.809 €	156.034 €	124.433 €	90.165 €	58.508 €	105.000 €	112.500 €

- 5331000920
- 5331000922
- 5331000923
- 5331000925

Es handelt sich hier um Leistungen im Rahmen der stationären Hilfen für unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UmA). Die anfallenden Kosten für umA werden gem. § 89 d SGB VIII in voller Höhe durch das Land NRW erstattet (Konto 4481250000), soweit die Voraussetzungen erfüllt sind.

Anzahl umA gesamt	-	38	39	34	26	22	25	41
Ergebnis/Ansatz		2.123.954 €	1.448.093 €	1.427.743 €	1.010.971 €	1.146.364 €	1.028.600 €	2.329.700 €

- - - - - - - -

Ergänzende Anmerkungen zu den unbegleiteten minderjährige Ausländer (umA) im Budget stationäre Hilfen)

Das Jugendamt ist nach § 42 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII berechtigt und verpflichtet, ein ausländisches Kind oder einen ausländischen Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen, wenn das Kind bzw. der Jugendliche unbegleitet nach Deutschland einreist und sich weder Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.

Seit dem 01.11.2015 ist das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher in Kraft, womit ein bundesweites Verteilungsverfahren eingerichtet wurde. Es werden seither anhand täglich zu meldender Fallzahlen durch das Land regelmäßig Aufnahmequoten errechnet.
Die Aufnahmequote für den Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes liegt derzeit bei 72, so dass davon auszugehen ist, dass auch künftig unbegleitete minderjährige Ausländer dem Kreisjugendamt zugewiesen werden.
Mit Stand 30.09.2023 sind dem Kreisjugendamt des Hochsauerlandkreises 58 unbegleitete minderjährige Ausländer in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit zugewiesen. In diesen Zahlen sind die geflüchteten jungen Menschen aus der Ukraine enthalten. Derzeit befinden sich lediglich zwei junge Menschen aus der Ukraine in einer Jugendhilfemaßnahme.

Die unbegleiteten minderjährigen Ausländer werden mehrheitlich in stationären Einrichtungen untergebracht. Bei den inzwischen volljährig gewordenen jungen Menschen sind im Übergang aus der stationären Betreuung in die Lebenswelt eines Asylbewerbers in Deutschland nicht selten ambulante Hilfen erforderlich.

06030100 Amtsvormundschaften, Pflegschaften, Beistandschaften

Die Vormundschaft oder Pflegschaft über Minderjährige beinhaltet deren gesetzliche Vertretung.
Eine Vormundschaft oder Pflegschaft richterlicher Anordnung tritt ein:

- wenn die elterliche Sorge wegen eines tatsächlichen Hindernisses ruht (z.B. bei unbekanntem Aufenthalt der Eltern oder Inhaftierung)
- bei Tod des sorgeberechtigten Elternteils oder der sorgeberechtigten Eltern
- bei Entzug der elterlichen Sorge wegen Gefährdung des Kindeswohls (z.B. Kindesmisshandlung, sexueller Missbrauch, Vernachlässigung)
- wenn der Familienstand des Kindes oder Jugendlichen nicht zu ermitteln ist.

Ein Sonderfall der Vormundschaft ist die gesetzliche (ohne Entscheidung des Familiengerichts) Amtsvormundschaft des Jugendamtes bei Geburt eines Kindes einer minderjährigen ledigen Mutter.

Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen aufgrund des Ruhens der elterlichen Sorge Vormundschaften eingerichtet werden. Weit überwiegend wird das Kreisjugendamt zum Vormund bestellt. Im Oktober 2023 stehen 40 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unter Vormundschaft des Jugendamtes; davon keine Ukrainer/innen. Hierbei sind auch Minderjährige, die keine Jugendhilfeleistungen erhalten, d.h. diese Zahl ist nicht mit der gemeldeten Zahl von derzeit 58 unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Jugendhilfe vergleichbar.
Für den Bereich der Amtsvormundschaften stehen derzeit aufgrund der durchgeführten Personalbemessung 6,16 VZÄ zur Verfügung; wovon derzeit noch 1,3 Stellen unbesetzt sind.

Die Beistandschaft ist ein kostenfreies Hilfsangebot des Jugendamtes und bietet Unterstützung bei der

- Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen
  oder bei der
- Feststellung der Vaterschaft.

06030100 Amtsvormundschaften, Pflegschaften, Beistandschaften

	Ergebnis						Ansatz		Differenz
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-356	-356	-79.310	-356	-36.854	-3.311	-1.348	-5.414	-4.066
Aufwendungen	583.354	853.625	1.123.634	982.363	1.032.563	1.071.355	1.148.815	1.344.552	195.737
Zuschussbetrag	**582.998**	**853.269**	**1.044.324**	**982.007**	**995.708**	**1.068.045**	**1.147.467**	**1.339.138**	**191.671**
									16,70 %

Fälle						
Beistandschaften	**1.583**	**1.483**	**1.451**	**1.381**	**1.340**	**1.240**
Vormundschaften	**205**	**198**	**206**	**199**	**96**	**184**

06030200 Unterhaltsvorschuss

Seit dem 01.07.2017 erfolgt die Leistungsgewährung nach dem Unterhaltsvorschussgesetz für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, anstatt bislang bis zum 12. Lebensjahr. Dies hatte – neben einer Verdoppelung der Fallzahlen - auch eine drastischere Steigerung der Aufwendungen zur Folge. Letzteres gründet darin, dass der Unterhalt für ältere Kinder und Jugendliche deutlich höher ist, als der für jüngere Kinder. In 2023 werden folgende Beträge gezahlt: 0-5 Jahre = 187 € (2022: 177 €); 6-11 Jahre = 252 € (2022: 236 €); 12-17 Jahre = 338 € (2022: 314 €).

Für das Jahr 2024 wird mit relativ konstanten Fallzahlen in der unteren und oberen Altersstufe gerechnet. Für die mittlere Altersstufe wird von moderat steigenden Fallzahlen ausgegangen. Zusätzlich wirken sich die jährlichen Erhöhungen der Unterhaltsleistungen pro Kind in allen Altersgruppen auf die Aufwendungen aus.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Ansatz um 30.000 € auf insgesamt 3.850.000 € zu erhöhen. Von diesen Aufwendungen erstattet der Bund den Kommunen einen Anteil in Höhe von 40 %. Die verbleibenden 60 % der Aufwendungen teilen sich das Land NRW und die Kommunen je zur Hälfte. Insgesamt beträgt der Zuschuss 2.695.000 €, so dass sich der Anteil des Hochsauerlandkreises auf insgesamt 1.155.000 € beläuft.

Von den Erträgen nach § 7 UVG (geplant 900.000 €) sind 40 % dem Bund und 10 % dem Land NRW zu erstatten (insgesamt 450.000 €); der Rest (= 450.000 €) verbleibt beim Kreisjugendamt.

Mit Wirkung zum 01.07.2019 wurde der sog. Rückgriff auf den barunterhaltspflichtigen Elternteil gem. § 7 UVG neu geregelt. Danach ist für den Rückgriff für alle, ab dem 01.07.2019 neu gestellten Anträge das Landesamt für Finanzen NRW zuständig.
Auch diese Anträge werden zunächst von der Kommune bearbeitet und bewilligt und anschließend alle relevanten Unterlagen dem Landesamt durch ein webbasiertes Verfahren zur Verfügung gestellt. Das Landesamt für Finanzen setzt den Unterhaltsanspruch fest und treibt diesen – ggf. auch gerichtlich - ein.

Dem Land stehen alle Einnahmen, die das Landesamt für Finanzen aufgrund des in eigener Zuständigkeit durchgeführten Rückgriffs erzielt – nach Abzug des Bundesanteils – vollständig zu.

Der Personalbestand im Bereich Unterhaltsvorschuss liegt bei sechs Stellen mit 5,37 VZÄ. Ob und in welchem Umfang sich die Aufgabenverlagerung des Rückgriffs auf das Landesamt für Finanzen langfristig auf die personelle Ausstattung auswirkt, kann derzeitigen nicht beantwortet werden.

Wie sich die Aufgabenverlagerung auf die immer noch sehr gute Rückgriffquote des Hochsauerlandkreises langfristig auswirken wird, bleibt ebenfalls abzuwarten.

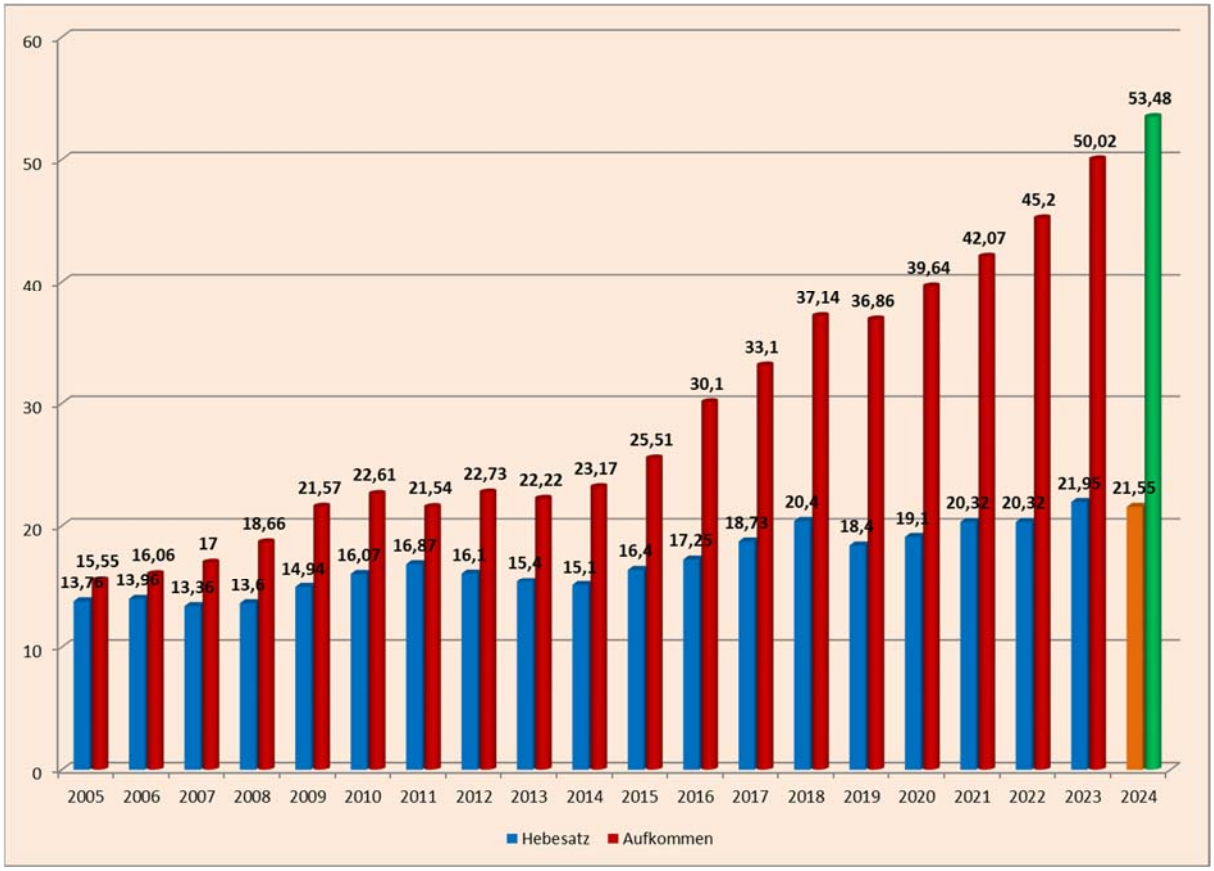
06030200 Unterhaltsvorschuss

	Ergebnis						Ansatz		Differenz
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2023/2024
Erträge	-1.527.134	-3.165.876	-3.235.671	-3.430.082	-3.606.300	-3.762.575	-3.564.113	-3.673.146	-109.033
Aufwendungen	2.285.001	4.117.797	4.113.959	4.241.119	4.450.191	4.463.189	4.603.930	4.789.333	185.403
Zuschussbetrag	**757.867**	**951.921**	**878.288**	**811.037**	**843.891**	**700.614**	**1.039.817**	**1.116.187**	**76.370**
									7,34 %

Fälle									
Laufende Fälle	**867**	**1.126**	**1.117**	**1.174**	**1.157**	**1.153**			
Rückgriffffälle	**1.254**	**935**	**934**	**966**	**974**	**1.041**			

- - - - - - - -

Entwicklung des Hebesatzes der Sonderumlage des Jugendamtes



Im Ranking der Kreise des Jahres 2023 belegt der Hochsauerlandkreis mit dem Hebesatz von 21,95 % den 7. Platz von 27 Kreisen.

- - - - - - - -

Kinder- und Jugendhilfezentrum Norderney (*Produkt 06020800*)

„Ankerplatz Norderney“ -Kinder- und Jugendhilfezentrum des Hochsauerlandkreises-

Der Hochsauerlandkreis betreibt seit dem 01.09.2020 - nach der Erteilung der Betriebserlaubnis gem. § 45 SGB VIII durch das Niedersächsische Landesamt für Soziales, Jugend und Familie - auf der Nordseeinsel Norderney die Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung ‚Ankerplatz Norderney‘, Kinder- und Jugendhilfezentrum des Hochsauerlandkreises.

Aufgrund geänderter Rahmenbedingungen in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen und rückläufiger Belegungszahlen hatte der Kreistag der Neukonzeption des bis dahin als Kinderkurheim geführten Hauses in seiner Sitzung am 05.06.2020 zugestimmt (Drcks. 9/1492).

Ein konzeptioneller durchschnittlich 3-wöchiger Aufenthalt im Kinder- und Jugendhilfezentrum dient dazu, Kindern und Jugendlichen im Alter von 2-15 Jahren aus einem spannungsgeladenen defizitären familiären Umfeld die Chance zu bieten, in einem geschützten fachlich begleiteten Raum zur Ruhe zu kommen und neue Kräfte zu sammeln, damit der Verbleib in der Familie möglich bleibt oder Altersnativperspektiven geklärt werden können. Bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung werden 2 Plätze für Inobhutnahmen vorgehalten. Rechtsgrundlagen sind §§ 16 (Förderung der Erziehung in belasteten Familiensituationen), 20 (Betreuung und Versorgung in Notsituationen), 27 (Hilfe zur Erziehung) und 42 SGB VIII (Inobhutnahme). Ein Appartement für einen Elternteil mit maximal 2 Kindern steht ebenfalls zur Verfügung.

Ziel ist, finanziell sehr aufwändige Unterbringungen in einer stationären Einrichtung oder anderen kostenintensiven Maßnahme der Jugendhilfe zu vermeiden.

Das dargestellte Konzept dieser Einrichtung der Jugendhilfe hat u.a. auch aus Sicht des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie ein Alleinstellungsmerkmal und wird neben den kreisangehörigen Jugendämtern auch den Kreisen und Städten in Südwestfalen sowie den Jugendämtern in Niedersachsen angeboten. Durch Ausweitung des Werbe- und Marketingkonzepts hat der Ankerplatz Norderney seit 2022 auch in anderen Städten, Kreisen und Bundesländern einen Bekanntheitsgrad erlangt.

Ein nachhaltiger Anstieg an Fremdbelegungen und damit einher ein wesentlicher Beitrag zu einem sukzessiv kostendeckenden Betrieb der Einrichtung wird in den nächsten Jahren weiterhin erwartet. Die Erstellung des vom Kreistag beauftragten Werbe- und Marketingkonzepts hat bereits zu einer deutlichen Steigerung der Fremdbelegungen durch andere Jugendämter geführt.

Entgeltkalkulation 2024

Im Rahmen des Kreistagsbeschlusses über die Neukonzeption wurden auch die Entgelte festgelegt. Bei den Haushaltsbeschlüssen für das Jahr 2021 erfolgte bereits eine Festlegung des normalen Tagessatzes auf den Betrag von 185 € Tagessatz für „Normalbeleger“ und 250 € für Inobhutnahmen. Hierbei handelte es sich um marktübliche Preise im oberen Segment. Um sich am Markt etablieren zu können, sind verhandelte Entgelte üblicherweise über einen Zeitraum von drei Jahren verbindlich. Eine Erhöhung während der Erprobungsphase der Neukonzeption schien nicht zielführend.

Gleichzeitig wurde festgelegt, eine Evaluation der Tagessätze vorzunehmen. Dieses ist im Rahmen der Mittelplanung für das Jahr 2024 erfolgt. Danach orientiert sich die Erhöhung des Tagessatzes um +7,3 % zum großen Teil an den Preisen für Regelgruppen, die mit den Trägern verhandelt wurden und an der allgemeinen Preissteigerung.

Aufgrund der Preisanpassung ergeben sich ab 2024 folgende Tagessätze:

- Normalbeleger 198,50 €
- Inobhutnahmen 268,25 €
- Appartement 297,75 € (bei Belegung von einem Elternteil mit einem Kind)

Trotz der Preisanpassung bei den Tagessätzen wird sich der Finanzierungsbedarf im Jahr 2024 bei geplanter gleichbleibender Belegung erhöhen. Diese Erhöhung ist im Wesentlichen auf folgende Umstände zurückzuführen:

- Die Personalaufwendungen steigen durch die Berücksichtigung der Tariferhöhung von durchschn. 10 % sowie aufgrund höherer Entgeltgruppen durch Personalwechsel, Stufensteigerungen und der Beschäftigung einer zusätzlichen Praktikantin.
- Für die erforderliche Erneuerung des Blockheizkraftwerkes werden zusätzliche Planungskosten i.H.v. 25 T€ veranschlagt.
- Im Rahmen der allgemeinen Kostenentwicklung sind bei diversen Einzelpositionen Aufschläge zu veranschlagen.

Der Finanzierungsbedarf stellt sich zunächst wie folgt dar:

	2023 €	2024 €	Differenz €
Personalaufwand	-1.087.007	-1.297.294	-210.287
Sachaufwand	-434.335	-473.797	-39.462
sonstige Erträge	19.290	17.050	2.240
Finanzierungsbedarf	*-1.502.052*	*-1.754.041*	*-251.989*

Die Planung für das Jahr 2024 basiert auf folgenden Belegungsdaten (Bei den unterschiedlichen Angeboten wird von unterschiedlichen Prozentzahlen der Belegungen ausgegangen.):

- Ausrichtung auf 11 Monate = 330 Tage á 20 **Normalbeleger** in jeweils 2 Gruppen mit 10 Kindern, daraus errechnen sich 6.600 Belegungstage; **bei 80 % Belegung = 5.280 abrechenbare Tage mit** 198,50 €. Die durchschnittliche Dauer eines Aufenthaltes liegt bei 22 Tagen.

- Hinzu kommen **15 Betreuungen in Form von Inobhutnahmen**, hier wird ein Tagessatz mit 268,25 € in Rechnung gestellt bei einer **Belegung von 50%** = 330 anrechenbare Tage.

- Das **Appartement** wird zu **100 % belegt**. Daraus errechnen sich 15 Maßnahmen x 22 Tage = **330 Belegungstage** mit 297,75 €.

Mit diesen Annahmen zeigen sich folgende finanzielle Auswirkungen:

	2023 €	2024 €	Differenz €
Finanzierungsbedarf	*-1.502.052*	*-1.754.041*	*-251.989*
Erträge:			
Belegung Jugendamt Kreis	742.775	796.978	54.203
Externe Belegung	408.100	437.883	29.783
	1.150.875	*1.234.861*	*83.986*
Ergebnis der Einrichtung	-351.177	-519.181	-168.004

Fazit

a) Die Tagessätze werden ab dem Jahr 2024 um rd. 7,3 % erhöht, dies führt zu Mehrerträgen i.H.v. rd. 84 T€.

b) Trotz höherer Erträge fällt das Defizit im Jahr 2024 um ca. 168 T€ schlechter aus, dies ist im Wesentlichen auf gestiegene Personal- und Sachaufwendungen zurückzuführen.

c) Sollte sich der kalkulierte Tagessatz zur Belegung der Einrichtung auf der Insel Norderney realisieren lassen, würde mit dem Auslastungsgrad von 80 % bei den Normalbelegern eine Unterdeckung mit rd. -519 T€ eintreten.

d) Die Inrechnungstellungen ggb. dem Jugendamt des Kreises erfolgen im *Budget 060204 „Förderung der Erziehung in den Familien“.*

7.14 Sachaufwendungen

Die wesentlichen, im Haushalt zu veranschlagenden Sachaufwendungen werden in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Sachbereiche (= Produkt) Wenn kein Produkt angegeben ist, bezieht sich die Angabe des Kontos auf verschiedene Produkte	Konto	Ergebnis 2017 €	Ergebnis 2018 €	Ergebnis 2019 €	Ergebnis 2020 €	Ergebnis 2021 €	Ergebnis 2022 €	Ansatz 2023 €	Ansatz 2024 €	Differenz Ansätze 2024 zu 2023 + Entlastung - Belastung
Bewirtschaftungsaufwendungen										
-Strom	**5241100000**	723.663	704.103	747.632	741.583	788.739	641.312	1.457.100	1.156.700	***300.400***
-Heizung	**5241200000**	709.630	683.886	752.190	702.303	787.240	847.622	1.970.000	1.074.000	***896.000***
-Grundbesitzabgaben -allg-	**5241300000**	283.667	285.625	292.144	283.346	279.531	299.134	325.310	336.510	***-11.200***
-Grundbesitzabgaben (12020200)	**5241312000**	207.260	226.474	213.472	273.971	262.377	166.041	245.000	260.000	***-15.000***
hier: Regenwassergebühr										
-Reinigung	**5241400000**	1.174.208	1.170.481	1.205.508	1.171.874	1.143.227	1.400.990	1.416.000	1.716.000	***-300.000***
-Gebäudeversicherungen	**5241600000**	190.073	193.383	198.639	176.830	188.222	200.249	235.000	264.900	***-29.900***
gesamt		**3.288.500**	**3.263.952**	**3.409.584**	**3.349.906**	**3.449.336**	**3.555.349**	**5.648.410**	**4.808.110**	***840.300***
Unterhaltungsaufwand										
Gebäudeunterhaltung										
Gebäudeunterhaltung	**5211100000**	908.420	1.887.844	1.042.077	1.624.329	1.707.172	1.324.782	1.267.500	1.439.380	***-171.880***
-finanziert aus Schulpauschale		***-402.715***	***-300.000***	***-333.506***	***-460.370***	***-495.296***	***-683.256***	***-758.500***	***-1.111.000***	***352.500***
Gebäudeunterhaltung energetische Sanierungsmaßnahmen	**5211100011**	565.206	265.000	0	0	6.757	0	0	0	***0***
-finanziert aus Kommunalinvestitionsförderungsgesetz		***-504.136***	***-238.500***	***0***	***0***	***-6.757***	***0***	***0***	***0***	***0***
-Unterhaltung Außenanlagen	**5211300000**	245.399	404.690	270.532	348.220	291.079	850.155	388.910	365.000	***23.910***
-finanziert aus Schulpauschale					-84.726	-207.957	-456.857	0	0	
verbleiben					***263.494***	***83.122***	***393.298***	***388.910***	***365.000***	***23.910***
Brandschutz	**5211400000**	146.838	197.313	393.661	703.249	286.625	173.373	409.000	771.500	***-362.500***
davon										
-finanziert aus Schulpauschale		-99.094	-91.563	-359.830	-612.421	-281.217	-136.353	-389.500	-685.500	***296.000***
verbleiben		***47.744***	***105.750***	***33.831***	***90.828***	***5.408***	***37.020***	***19.500***	***86.000***	***-66.500***
-Wartungskosten	**5255110000**	333.185	346.220	377.541	403.666	359.651	367.971	443.400	526.787	***-83.387***
Kreisstraßen (120201/120202)										
-Deckenerneuerungen	**5211020000**	527.192	400.000	282.826	415.668	182.867	1.479.036	220.000	230.000	***-10.000***
-Unterhaltung, Instandsetzung	**5211010000**	617.274	585.147	611.954	388.245	523.328	414.309	720.000	550.000	***170.000***
-Unterhaltung Brücken	**5211050000**	60.000	35.253	32.595	0	9.599	49.969	50.000	50.000	***0***
-Winterdienstkosten	**5291300000**	495.358	389.719	351.073	334.472	587.650	391.971	614.000	550.000	***64.000***
-Fahrzeugunterhaltung	**5251000000**	228.553	198.839	226.761	194.407	237.990	249.447	275.000	285.000	***-10.000***
Geschäftsausgaben										
-Bürobedarf	**5431100000**	60.232	62.611	71.374	63.695	21.459	27.426	35.125	36.800	***-1.675***
-Leasingkosten der Kopierer	**5423100000**	3.584	0	99.800	99.505	97.978	105.197	113.000	113.000	***0***
Summe		***63.816***	***62.611***	***171.174***	***163.200***	***119.437***	***132.623***	***148.125***	***149.800***	***-1.675***
-Beschaffungen bis 800 € (bis 2019 410 €)	**5431150002**	179.041	147.913	168.710	292.742	214.593	263.021	326.450	364.000	***-37.550***
-Unterhaltung der Geräte/Maschinen	**5255100000**	86.261	118.756	142.256	138.193	152.820	144.225	161.230	169.730	***-8.500***
	5255600000	53.873	64.623	53.697	43.285	32.847	37.192	50.000	64.700	***-14.700***
	5255699000	7.668	9.087	6.393	8.038	1.863	5.779	21.100	26.730	***-5.630***
Summe		***147.802***	***192.466***	***202.346***	***189.516***	***187.529***	***187.196***	***232.330***	***261.160***	***-28.830***
-Telekommunikationsanlagen	**5431300000**	203.373	199.405	213.137	258.546	260.009	243.007	278.210	280.280	***-2.070***
-Reisekosten	**5411300000**	321.723	337.519	352.417	255.327	214.663	244.931	340.000	340.083	***-83***
-Porto/Frachtkosten	**5431400000**	425.000	439.786	466.920	457.588	503.747	549.470	564.200	627.700	***-63.500***
Fahrzeugkosten										
-Unterhaltung	**5251000000**	174.775	163.187	147.480	124.964	168.011	190.872	227.000	224.900	***2.100***
-Leasing	**5423200000**	32.202	29.566	28.440	26.714	26.364	23.480	31.500	52.500	***-21.000***
-Steuern,Versicherung	**5445 + 5446**	69.938	73.260	81.081	79.602	79.454	84.265	104.586	101.236	***3.350***
Summe		***276.914***	***266.013***	***257.001***	***231.280***	***273.830***	***298.617***	***363.086***	***378.636***	***-15.550***
-Bücher u. Zeitschriften	**5431200000**	98.591	95.895	84.128	85.246	84.980	89.836	82.400	91.350	***-8.950***

Sachbereiche (= Produkt) Wenn kein Produkt angegeben ist, bezieht sich die Angabe des Kontos auf verschiedene Produkte	Konto	Ergebnis 2017 €	Ergebnis 2018 €	Ergebnis 2019 €	Ergebnis 2020 €	Ergebnis 2021 €	Ergebnis 2022 €	Ansatz 2023 €	Ansatz 2024 €	Differenz Ansätze 2024 zu 2023 + Entlastung - Belastung
Fortbildungskosten										
-Fachliche Fortbildung	**5411200000**	130.954	132.190	145.836	92.791	100.408	170.388	233.750	282.177	***-48.427***
-Allg. Fortbildung	**5411230000**	43.926	53.719	55.415	50.321	49.907	44.598	40.000	40.000	***0***
Summe		***174.880***	***185.908***	***201.251***	***143.112***	***150.315***	***214.987***	***273.750***	***322.177***	***-48.427***
-Ausbildungskosten	**5412300000**	107.809	134.905	145.916	158.851	165.958	223.541	264.700	270.000	***-5.300***
-Beiträge an Verbände/Vereine	**5443100000-5443900000 ohne 5443100000 5443230000 5443260000**	186.901	187.789	188.054	200.598	213.169	225.354	229.148	266.018	***-36.870***
-Sachverständigen- und Gerichtskosten	**5431180000**	329.253	555.668	397.614	195.545	241.210	133.184	251.450	265.850	***-14.400***
-Prüfung der Jahresabschlüsse	**5291510000**	40.134	45.150	35.819	35.819	36.000	36.200	36.500	37.000	***-500***
-überörtliche Prüfung GPA	**5291520000**	28.994	0	0	0	200.020	0	0	0	***0***
-Allg. Beratungen	**5291500000**	13.758	37.637	17.352	18.142	20.006	33.692	12.500	25.400	***-12.900***
-Beratungen im Zusammenhang mit NKF	**5291600000**	2.264	1.963	4.440	0	7.092	78.280	32.000	34.000	***-2.000***
-Wartung Finanzsoftware	**5292220000**	65.440	66.873	67.433	66.750	64.759	67.848	78.000	87.000	***-9.000***
-Sachaufwand Straßenverkehrs-amt (Stempelplaketten u.a.)										
Produkt 02050100	**5281015000**	146.826	169.211	154.343	147.653	124.907	121.694	150.000	127.000	***23.000***
Produkt 02050300	**5281016000**	54.551	51.378	59.866	57.086	135.688	196.630	200.000	200.000	***0***
Summe		***201.377***	***220.589***	***214.209***	***204.740***	***260.595***	***318.324***	***350.000***	***327.000***	***23.000***
-Kreistagswahl 2020, Bundestagswahl 2021 (02070100)	**52933xx**	375.100	81.535	244.758	104.708	190.404	221.905	0	375.000	***-375.000***
***Schulunterricht* (Fachbereich 2)**										
-Schülerbeförderungskosten	**5279100000**	4.059.553	3.895.536	4.103.909	3.720.640	3.879.714	3.702.494	4.250.000	3.970.960	***279.040***
-Schülerunfallversicherung	**5441110000**	381.199	405.607	442.960	467.412	439.721	471.712	468.700	447.700	***21.000***
-Lernmittelfreiheit	**5271000000**	136.488	168.003	175.469	163.043	149.499	153.259	172.960	161.560	***11.400***
-Werkunterricht	**5281111000**	71.715	16.815	132.426	122.846	110.072	116.298	140.000	126.300	***13.700***
-Reparatur techn. Geräte	**5255700000**	27.446	31.024	32.813	35.234	34.676	37.260	35.000	35.000	***0***
-Hauswirtschaftlicher Unterricht	**5281210000**	40.591	39.483	37.970	28.165	25.896	36.327	42.900	42.400	***500***
-Sicherheitsüberprüfung Schulausstattung	**5431330000**	86.562	95.580	95.915	69.091	109.044	80.365	110.000	125.000	***-15.000***
-Software (Unterhaltung) Schulen	**5431313100**	89.103	93.638	150.195	106.622	292.030	282.299	419.800	402.800	***17.000***
Produkte 03050200 und 03050500										
-Disposition Schülerverkehr	**5281033000**	71.400	71.400	77.329	71.566	84.609	97.818	105.000	105.000	***0***
-Einrichtung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion HSK	**5291850000**	19.823	59.363	52.731	33.757	32.905	35.651	70.000	60.500	***9.500***
Datenverarbeitung										
-Verbandsumlage & Verfahrenskosten Produkt	**5295500000**	1.040.283	977.197	986.129	966.234	1.025.120	1.105.484	1.142.000	1.456.945	***-314.945***
-Wartungskosten Hard-Software an den Schulen Produkt 03050200	**5255800000**	330.720	359.910	350.150	400.030	418.170	554.062	620.000	730.000	***-110.000***
-eGovernment	**5281470000**	44.246	56.923	66.515	67.086	49.135	37.840	120.000	90.000	***30.000***
- Aufwand Digitalisierung	**5291250000**	108	40.262	50.650	11.111	12.439	788	25.000	25.000	***0***
-Software - Unterhaltung	**5431313000**	480.186	541.351	687.253	722.871	971.881	1.127.297	1.253.396	1.413.027	***-159.631***
-Betrieb/Unterhaltung TUI-Netzwerk	**5255550000**	138.725	158.595	172.753	175.991	222.963	241.704	486.200	544.300	***-58.100***
GESAMTSUMME		**16.670.299**	**17.614.228**	**17.353.114**	**16.828.056**	**17.917.017**	**19.222.571**	**22.212.025**	**22.018.223**	**193.802**

Anmerkungen zu einzelnen Positionen:

- Bewirtschaftungsaufwand

Hier ergibt sich bei einem Gesamtaufwand von 4,81 Mio. € gegenüber den Planwerten des Vorjahres eine Reduzierung der Aufwandspositionen um – 840.300 € bzw. – 20,22 %. In 2023 erfolgte eine Isolierung der Belastungen aus der Energieverteuerung Heizung und Strom der kreiseigenen Gebäude mit 50 % (= 738.594 €) der sich ggü. dem Vorjahr ergebenden Mehrbelastungen (= 1.477.187 €).

Heizung

Die Gaslieferung wurde in 06/2021 für den Zeitraum 01.01.2022 – 31.12.2024 mit Verlängerungsoptionen max. bis zum 31.12.2026 neu vergeben. Der Gasliefervertrag wurde somit vor Ausbruch des Angriffskrieges auf die Ukraine geschlossen. Aufgrund erwarteter Preiserhöhungen im Jahr 2023 wurde der Ansatz 2023 gegenüber dem Jahr 2022 um 88% erhöht. Die in der Ausschreibung angebotenen Preise wurden durch den Gaslieferanten allerdings gehalten und es kam nicht zu den erwarteten Anstiegen. Diese sind auch nicht für 2024 zu befürchten. Daher kann der HH-Ansatz 2024 unter Berücksichtigung eines Anstiegs von 2% auf das Niveau des HH-Ansatzes 2022 gesenkt werden.

Strom

Zum 01.01.2024 greift zum zweiten Mal die Verlängerungsoption aus dem aktuellen Stromliefervertrag. Mit Ablauf der Erstvertragslaufzeit (01.01.2020 bis 31.12.2022) erfolgt

eine Anpassung der Lieferpreise „nach Marktlage". Aufgrund der allgemein unsicheren Lage wurde der Ansatz im Jahr 2023 um 74 % erhöht. Zwar sind die Strompreise an der Börse allgemein gestiegen, aber der erwartete Anstieg von 74 % ist nicht eingetreten, so dass der HH-Ansatz 2024 gegenüber dem HH-Ansatz 2022 um 36,29 % steigt, bzw. um 22% gegenüber 2023 gesenkt werden kann.

- Gebäudeunterhaltung

Die Mittel werden zur Optimierung der Substanz von 43 Gebäuden im Eigentum des Kreises sowie weiteren 17 angemieteten Gebäuden angesetzt, wobei es sich dabei nicht um unterlassene Instandhaltung, sondern um die Umsetzung eines jährlichen, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu gestaltenden Unterhaltungsprogramms handelt. Die Verwaltung führt für jedes der zu betreuenden Gebäude ein Gebäudeblatt, aus dem sich neben einem jährlichen Grundbedarf in kommenden Jahren als ggfs. notwendig anzusetzende Unterhaltungsmaßnahmen ergeben. Diese Datei liegt den jährlichen Mittelanmeldungen zugrunde, sodass der gemeldete Mittelbedarf auch auf jedes Gebäude herunter gebrochen werden kann.
Die veranschlagten Mittel 2024 liegen bei 1.439.380 €, gegenüber 2023 (1.267.500 €) eine Erhöhung um + 171.880 €. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus der „normalen" Gebäudeunterhaltung (= 514.000 €) sowie aus nachfolgend genannten Einzelmaßnahmen mit einer Summe von 925.380 €, die aus Sicht der Verwaltung umgesetzt werden müssen:

50.000 €	Renovierung Büros, Treppenhäuser	*Kreishäuser Meschede, Brilon, Arnsberg*
160.000 €	Sanierung Abwasserleitungen	*Berufskolleg Brilon*
553.000 €	Sanierung Metallwerkstatt u.a.	*Berufskolleg Olsberg*
162.380 €	sonstige Maßnahmen	*versch. Gebäude*
925.380 €		

Zur Entlastung des allg. Haushalts werden in 2024 1.111.000 € aus Mitteln der Schulpauschale zur Finanzierung von Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen an Schulen des Kreises eingesetzt.

- Kreisstraßen

In diesem Produkt (Budget 120201/120202) ergeben sich folgende Veranschlagungen:

a) Die Deckenerneuerungsmaßnahmen werden im Ergebnisplan mit einem Volumen von 230.000 € veranschlagt, ein gegenüber 2023 um + 10.000 € erhöhter Betrag. Eine weitere Veranschlagung für dem Finanzplan zuzuordnenden investive Teile von Deckenerneuerungsmaßnahmen erfolgt unter Budget 120201, Maßnahme 666 im Investitionsetat – für 2024 werden hier keine Mittel benötigt. Gegenüber 2023, hier lag der Ansatz bei 500.000 €, verringert sich der investive Anteil an den Deckenerneuerungen damit eben diesen Betrag. Insgesamt liegt die Mittelbereitstellung für Deckenerneuerungen bei 230.000 €, gegenüber dem Vorjahr (720.000 €) damit eine Reduzierung um - 490.000 €.
   Die Ansätze sind abhängig von den jeweils für 2024 geplanten, individuellen Baumaßnahmen. Da der personelle Arbeitsaufwand für die einzelnen Baumaßnahmen nicht mit den jeweiligen Baukosten korreliert, sind die Ansätze für Deckenerneuerungen von Jahr zu Jahr etwas verschieden.

b) Unterhaltung /Instandsetzung
   In Haushalt 2024 liegt die Veranschlagung für Instandsetzungsmaßnahmen bei 550.000 €, gegenüber 2023 (= 720.000 €) eine Reduzierung um - 170.000 €.
   Mittel in dieser Höhe werden als Mindestmaß zur Unterhaltung des Kreisstraßennetzes von 421 km betrachtet.

c) Unterhaltung Brücken.
Der Kreis ist für rd. 160 Ingenieurbauwerke (Brücken und Stützmauern) zuständig, die zu 90 % ein Alter zwischen 30 und 50 Jahren aufweisen und regelmäßig Instandhaltungsaufwand erfordern. Für 2024 liegt die Mittelbereitstellung, unverändert zum Vorjahr, bei 50.000 €.

➢ Software – Unterhaltung

Der FD 13 verwaltet alle Pflegeverträge für die Software, die beim HSK im Einsatz ist (Ausnahme: MACH (FD 04) und Katastersoftware (FD 43)). Darüber hinaus werden über das Konto auch noch Dienstleistungen für externe Firmen abgerechnet, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der eingesetzten Software stehen.

Als größere Einzelposten sind hier zu nennen:

- Beck online für die Gesamtverwaltung
- LOGA (Gehaltsabrechnung)
- Netzwerkbetriebssysteme
- DMS-System DOXIS
- Software für Jugendamt Prosoz14plus
- Baugenehmigungsverfahren ProbauG
- KITA-Planer
- sowie als Dienstleistung die Wartung zentraler IT-Komponenten (Aktualisierung der Netzwerkbetriebssysteme)

➢ Unterhaltung TUI-Netzwerk

Über dieses Konto und Produkt werden alle Betriebs- und Installationskosten des physischen Netzwerkbetriebs abgewickelt (z. B. Kosten für Wartungsverträge Serverräume incl. Ersatzteile, Leitungskosten zwischen den Kreishäusern und Außenstellen, Internet). Die Leitungskosten beinhalten die anteiligen Kosten für den Datenverkehr als auch für den Sprachverkehr. Weiter werden aus diesem Konto und Produkt Dienstleistungen in Verbindung mit der Telekommunikationsanlage bezahlt.

➢ Verbandsumlage und Verfahrenskosten Südwestfalen-IT

Der im Entwurf ´24 mit 1.180.000 € enthaltene Ansatz basierte auf Daten des Jahres 2023.

Der SIT-Verwaltungsrat hat eine Empfehlung für die Verbandsversammlung (Sitzung am 12.12.2023) beschlossen, die Verbandsumlage auf 4,46 € pro Einwohner zu erhöhen (2023 = 3,51 €). Bei 261.647 Einwohnern ergibt sich eine Umlage mit 1.166.945 €, davon entfallen in der Planung ca. 102 T€ (ca. 0,39 €/Einwohner) auf Folgekosten des Cyber-Angriffs auf die IT-Struktur der SIT. Zur Umlage hinzu kommen Verfahrenskosten i.H.v. 290.000 €.

Gegenüber 2023 ergibt sich hier eine 10 %-ige Kostensteigerung. Insgesamt beträgt der Ansatz 2024 somit 1.456.945 €. Gegenüber dem Entwurf (1.180.000 €) erfolgt eine Erhöhung über die Änderungsliste um + 276.945 €.

➢ Wartungskosten Hard/-Software an den Schulen

Die Planung für 2024 sieht insgesamt einen Ansatz von 730.000 € vor, gegenüber 2023 (=620.000 €) ergibt sich damit eine Erhöhung um 110.000 €.

Die Wartung der Hard-und Software an den Berufskollegs und Förderschulen des HSK wird seit 2006 durch die Südwestfalen-IT durchgeführt. Die SIT übernimmt den Second-Level-

Support der IT-Systeme der Schulen des Hochsauerlandkreises, die Kosten werden auf Basis der bestehenden Infrastruktur berechnet.
Ein überarbeiteter Supportvertrag befindet sich aktuell in der Beschlussfassung und wird den aktuell bestehenden Vertrag zum 01.01.2024 ablösen. Durch die Tariferhöhung im TVöD müssen zum 01.01.2024 mehr Mittel für den Supportvertrag aufgewendet werden.

Die Anzahl der zu betreuenden Endgeräte ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen und liegt aktuell bei rd. 5.000 Endgeräten.

Aufgrund der deutlich gestiegenen Anforderungen an das IT-Personal in und um Schule, besonders vor dem Hintergrund der massiven Gerätebeschaffung durch den DigitalPakt, haben sich der Hochsauerlandkreis und die SIT im Jahr 2022 dazu entschlossen, an allen Schulen des Hochsauerlandkreises IT-Assistenten einzusetzen, welche die Schulen im Bereich des 1st Level Supports unterstützen. Die Finanzierung läuft zum Teil über das Programm IT-Administration (DigitalPakt), jährlich kann eine maximale Förderung von 105.515 € (siehe Ertrag Konto 4141000000 Produkt 03050200) abgerufen werden.

- Schülerfahrtkosten:

Die Entwicklungen bei den Schülerzahlen und den Schülerbeförderungskostenergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

	2017 (Stand: 15.10.2016)	**2018 (Stand: 15.10.2017)**	**2019 (Stand: 15.10.2018)**	**2020 (Stand: 15.10.2019)**	**2021 (Stand: 15.10.2020)**	**2022 (Stand: 15.10.2021)**	**2023 (Stand: 15.10.2022)**	**2024 (Stand: 15.10.2023)***
a) Berufskollegs								
Duale Ausbildung	4.808	4.864	4.930	4.897	4.863	4.837	4.759	*
Vollzeitschulische Ausbildung/ Berufsgrundschuljahr	3.946	3.848	3.747	3.724	3.570	3.321	3.183	*
	8.754	*8.712*	*8.677*	*8.621*	*8.433*	*8.158*	*7.942*	*7.699*
b) Förderschulen	753	734	743	754	734	707	715	726
Schülerzahl gesamt	*9.639*	*9.446*	*9.420*	*9.375*	*9.167*	*8.865*	*8.657*	*8.425*
Schülerfahrtkosten	4.280.000	4.370.000	4.370.000	4.165.000	4.170.000	3.914.000	4.250.000	3.970.960
davon								
Berufskollegs	2.390.000	2.550.000	2.560.000	2.411.050	2.430.000	2.060.000	2.060.000	1.551.816
Förderschulen	1.890.000	1.820.000	1.810.000	1.753.950	1.740.000	1.854.000	2.190.000	2.419.144

*Daten liegen aufgrund der Cyberattacke noch nicht vor

7.15 Schuldendienst

→ Aufwendungen und Auszahlungen zur Bedienung der vom Kreis eingegangenen Schulden werden im Budget *16010200* veranschlagt.

Zinsen stellen Aufwendungen und Auszahlungen dar, sie werden somit im Ergebnisplan (*Kto. 5514100000 -für Investitionsdarlehn-* und *5514100000 -für Kassenkredite-*) verbucht. Tilgungen haben keine Wirkung auf den Ergebnisplan, sie tangieren ausschließlich die Bilanz: Mittelabfluss auf der Aktivseite und Reduzierung von Verbindlichkeiten auf der Passivseite. Sie führen somit ausschließlich zu Auszahlungen im Finanzplan (*Kto. 7927500000)*.

→ Von Bedeutung ist, dass die ordentlichen Tilgungsauszahlungen aus dem **Liquiditätsüberschuss** aus der lfd. Verwaltungstätigkeit und damit aus den Einzahlungen der aus dem Ergebnisplan resultierenden Erträge gedeckt werden müssen. Hierdurch ist sichergestellt, dass die Tilgung von Darlehn auch zu der gewollten Entschuldung führt. Die Liquidität wird dabei grds. dadurch erwirtschaftet, dass im Ergebnisplan als Aufwandsposition die nicht auszahlungswirksamen Abschreibungen anzusetzen sind.
Im Haushalt 2024 kann die Tilgung nicht aus erwirtschafteter Liquidität beglichen werden, da, nachgewiesen unter Ziff. 6.2.4, im Bereich der lfd. Verwaltungstätigkeit eine Liquiditätsunterdeckung in Höhe von 0,5 Mio€ erwirtschaftet wird.

→ Die investive Verschuldung des Kreises wird seit Jahren unter dem Aspekt betrachtet, nach Möglichkeit das jährlich über den Kreishaushalt abzuwickelnde Investitionsvolumen auf die Höhe der aus dem laufenden Haushalt erwirtschafteten Liquidität, ggfls. erhöhend durch die Verwendung vorhandener Bestandsliquidität, zu begrenzen. Es besteht das grds. strategische Ziel, das jährliche „normale“ Investitionsgeschehen ohne Darlehnsaufnahmen zu finanzieren und insoweit eine Kreditfinanzierung nur bei besonderen Bauvorhaben einzusetzen.

→ Diese grds. Vorgabe konnte in den Haushaltsjahren 2014 bis 2016 nicht erreicht werden, da in diesen Haushalten zur Deckung des Investitionsvolumens von knapp 12 Mio€ für das neue Zentrum für Feuerschutz und Rettungswesen nebst Kreisleitstelle und Feuerwehrausbildungsstätte eine anteilige Darlehnsfinanzierung mit 8,35 Mio€ erforderlich war. Das Zentrum ist im September 2016 seiner Bestimmung übergeben worden. Hieraus resultiert zum letzten Bilanzstichtag 31.12.2022 eine anteilige Verschuldung mit 5,35 Mio€, die sich tilgungsbereinigt Ende 2024 auf 4,56 Mio€ belaufen wird.

→ Ein weiterer Verschuldungsblock ergibt sich aus der Umsetzung des Landesförderprogrammes „Gute Schule 2020“, aus dem der Hochsauerlandkreis in den Jahren 2018 bis 2020 Landesmittel in Höhe von 8.300.700 € erhalten hat. Das Land leistet die Förderung allerdings nicht im Wege von Zuweisungen, sondern in der Weise, dass die Kommunen Darlehn bei der NRW-Bank aufnehmen und der hieraus resultierende Schulddienst wird dann vom Land vollständig übernommen. Hieraus resultiert zum letzten Bilanzstichtag 31.12.2022 eine Verschuldung mit 7,43 Mio€, die tilgungsbereinigt Ende 2024 bei 6,55 Mio€ liegen wird. Die auf den Zeitraum einer 20-jährigen Tilgung ausgerichteten Darlehn sind angesichts der damaligen Zinssituation für die gesamte Laufzeit zinsfrei. Die vom Land zu erstattenden Tilgungszahlungen können der Übersicht über die Investitionen und deren Finanzierung unter Ziff. 8.2 dieses Berichtes entnommen werden.

Eine Belastung des Kreishaushalts ergibt sich nicht.

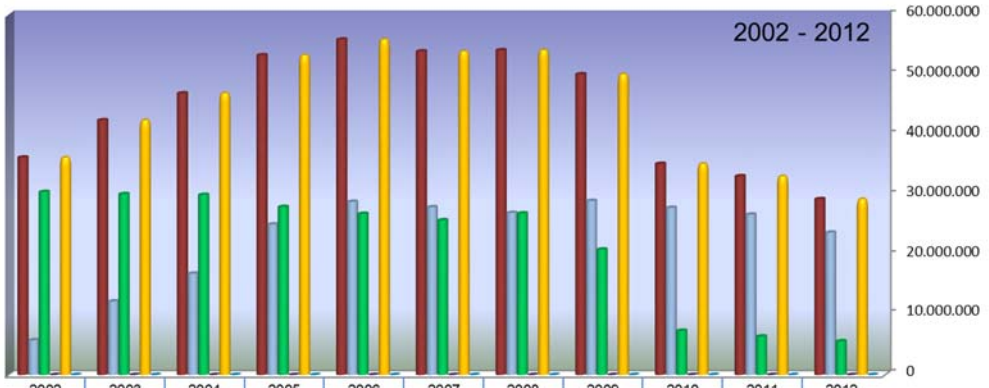
7.15.1 Entwicklung der Verschuldung und des Schuldendienstes

Verschuldung

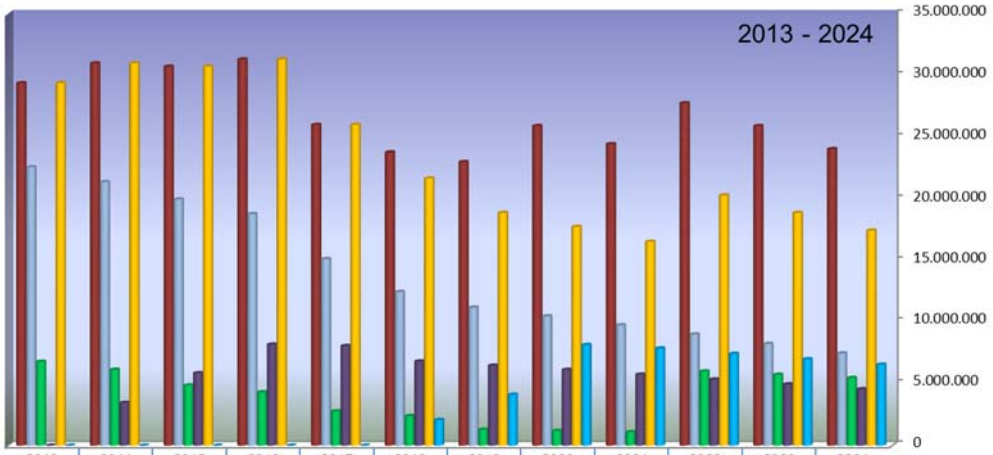
Die Verschuldung des Hochsauerlandkreises wird eingeteilt in die Kategorien

- Verschuldung allgemeiner Haushalt
- Verschuldung aus einem in den Jahren 2002 – 2009 umgesetzten Schulbauprogramm
- Verschuldung aus dem Neubau des Kreisfeuerwehrzentrums
- Verschuldung aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“.

Die Entwicklung der Verschuldung wird in der nachfolgenden Grafik optisch verdeutlicht:



	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Gesamtschulden	36.338.960	42.436.901	46.917.690	53.262.101	55.891.282	53.914.358	54.109.508	50.091.484	35.277.358	33.210.577	29.400.023
Schulbau	5.756.541	12.207.333	16.816.193	25.173.068	28.947.458	28.045.264	27.095.906	29.093.861	27.944.793	26.821.447	23.817.864
allg. Haushalt	30.582.419	30.229.568	30.101.497	28.089.033	26.943.824	25.869.094	27.013.602	20.997.623	7.332.565	6.389.130	5.582.159
Kreisfeuerwehrzentrum	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verschuldung ohne Gute Schule 2020	36.338.960	42.436.901	46.917.690	53.262.101	55.891.282	53.914.358	54.109.508	50.091.484	35.277.358	33.210.577	29.400.023
Gute Schule 2020	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0



	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Gesamtschulden	29.395.539	31.001.792	30.738.762	31.322.841	26.011.318	23.786.527	23.045.623	25.923.537	24.448.115	27.770.299	25.913.864	24.045.017
Schulbau	22.614.032	21.412.589	20.018.255	18.828.739	15.176.518	12.506.179	11.164.113	10.464.047	9.740.094	8.991.790	8.231.534	7.458.866
allg. Haushalt	6.781.507	6.137.532	4.861.869	4.318.995	2.773.106	2.394.906	1.287.815	1.191.607	1.095.399	5.999.191	5.736.316	5.473.441
Kreisfeuerwehrzentrum	0	3.451.670	5.858.638	8.175.106	8.061.694	6.810.267	6.470.655	6.131.043	5.748.882	5.352.538	4.956.194	4.559.850
Verschuldung ohne Gute Schule 2020	29.395.539	31.001.792	30.738.762	31.322.841	26.011.318	21.711.352	18.922.583	17.786.697	16.584.375	20.343.519	18.924.044	17.492.157
Gute Schule 2020	0	0	0	0	0	2.075.175	4.123.040	8.136.840	7.863.740	7.426.780	6.989.820	6.552.860

Anmerkung

Der überdurchschnittlich hohe Rückgang der Verschuldung im allgemeinen Haushalt von 2008 bis 2010 resultiert aus der Verwendung von Liquidität aus dem Erlös des Verkaufs der ehem. RWE-Gasbeteiligung des Kreises zur Tilgung von Darlehn. In 2022 erfolgte die Neuaufnahme eines Darlehens i. H. v. 5 Mio. Euro.

Zinsaufwand und Tilgungszahlungen im Haushalt 2024

Der Mittelbedarf des Kreises zur Bedienung von Zinsaufwand und Tilgungszahlungen ergibt sich für den Haushalt 2024 sowie im Vergleich der Jahre 2020 – 2024 wie folgt:

	2021 €	2022 €	2023 €	**2024 €**	Differenz €
Zinsaufwand					
Schulbau	315.000	230.000	211.000	**205.000**	- 6.000
Allg. Haushalt	15.000	15.000	31.000	**185.000**	+ 154.000
	330.000	245.000	242.000	**390.000**	+ 148.000
Tilgungszahlungen					
Schulbau	715.000	760.000	660.000	**775.000**	+ 115.000
Allg. Haushalt	785.000	935.000	1.206.960	**1.100.000**	- 106.960
	1.500.000	1.695.000	1.866.860	**1.875.000**	+ 8.140
„Gute Schule 2020“ *)			436.960	**436.960**	0
Belastung Kreis			1.429.900	**1.438.040**	+ 8.140

*) refinanziert aus Landesmitteln

→ Die den Kreishaushalt belastende Tilgung (InvM 160102-000) liegt in 2024 bei (1.875.000 € ./.436.960 €) = 1.438.040 €.

→ Der gesonderte Ausweis des Zinsaufwandes für Schulbaudarlehn in Höhe von 0,20 Mio€ erfolgt, da dieser aus Mitteln der Schulpauschale finanziert wird (sh. Ziff. 6.8). Er belastet somit nicht unmittelbar die Kreisumlage.

→ Der Haushalt 2024 erfährt beim Schuldendienst für investive Darlehn eine Belastung von 148.000 €.

7.16 Entwicklung der RWE-Beteiligung und der RWE-Dividende

An dieser Stelle des Vorberichts erläutert die Verwaltung die sich aus der Beteiligung des Kreises an der RWE AG ergebenden finanziellen Wirkungen auf den Kreishaushalt. Da die vom Kreis gehaltenen RWE-Aktien den Beteiligungsunternehmen *Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH (RLG)* und *Betrieb Schul- und Bildungseinrichtungen (Betrieb Schubi)* zugeordnet sind und insoweit Dividendenausschüttungen nicht dem Kreis, sondern diesen Unternehmen zufließen, beinhalten die nachfolgenden Darstellungen und Erläuterungen auch finanzielle Angelegenheiten der beiden v.g. Unternehmen.

7.16.1 Allgemeines

Die Zuordnung von Aktienpaketen in die Unternehmen erfolgt unter den Aspekten, dass einerseits mit erzielten Dividendenerträgen eine unmittelbare Finanzierung dieser Kreiseinrichtungen erfolgt und andererseits führt dies zu steuerlichen Vorteilen, da hierdurch eine Definitivbesteuerung der Dividenden auf Kreisebene vermieden werden kann.

Die aus historischen Entwicklungen resultierende frühere VEW- und heutige RWE-Beteiligung des Kreises befand sich bis ca. Mitte 2017 in einem komplexen Beteiligungskonstrukt mit der Folge, dass Dividendenausschüttungen der RWE AG erst über mehrere Stufen bei den v.g. Beteiligungsunternehmen des Kreises ankamen.

In dieser vormaligen, ebenfalls steuergetriebenen Beteiligungskette befanden sich eine Vielzahl kommunaler und institutioneller RWE-Aktionäre. Aufgrund einvernehmlicher Absprachen ist im Frühjahr 2018 das Beteiligungskonstrukt wesentlich zurückgefahren worden

mit den gewollten Folgewirkungen, dass einerseits Dividendenausschüttungen nunmehr unmittelbarer auf der untersten Ebene (aus Sicht des Kreises = RLG und Betrieb) ankommen, und andererseits wurde mit der Entflechtung eine verbesserte Fungibilität der Aktien hergestellt.

Der Kreistag hat dem Umstrukturierungskonzept auf der Grundlage der Drcks. 9/905 in der Sitzung am 15.12.2017 zugestimmt. Mit Umsetzung der Restrukturierung ergab sich folgende, auch aktuell noch gültige Zuordnung des RWE-Aktienpaketes des Hochsauerlandkreises auf die RLG und den Betrieb:

4.508.056 Aktien	Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH
1.351.267 Aktien	Betrieb Schul-/Bildungseinrichtungen
5.859.323 Aktien	

Nach der Restrukturierung besteht insoweit noch ein mehrstufiges Konstrukt, als dass sowohl die RLG wie auch der Betrieb die RWE-Aktienpakete im Wege von Treuhandverträgen in die *Kommunale Energie-Beteiligungsgesellschaft Holding AG (KEB Holding AG; kurz: KEB)* übertragen haben. Der Hochsauerlandkreis ist seit Gründung der KEB im Jahr 1975 an dem Unternehmen beteiligt, weitere Anteile an der AG werde von der RLG, der Stadt Dortmund und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) sowie von Beteiligungsunternehmen der Stadt Dortmund und des LWL gehalten. Die KEB übernimmt seit ihrer Gründung eine Bündelungs- und Interessenvertretungsfunktion ihrer kommunalen Aktionäre ggü. der RWE AG, insbesondere nimmt sie für die Treugeber in der Hauptversammlung der RWE AG Aktionärsrechte wahr. Gemäß den Regelungen im Treuhandvertrag werden die von der RWE AG ausgeschütteten Dividenden nach Zufluss bei KEB unmittelbar an die Treugeber, d.h. die RLG und den Betrieb weitergeleitet.

Die KEB verwaltet aktuell ca. 4,1 % der von der RWE AG herausgegeben Aktien.

Die Aktienzuordnungen in die beiden Unternehmen des Kreises sind nicht ausschließlich im Wege der Stärkung der Eigenkapitalbasis erfolgt, sondern auch gegen Gewährung von Gesellschafterdarlehn. Verbunden mit der Zuordnung sind daher auch verzinsliche Darlehnsverbindlichkeiten von RLG und Betrieb ggü. dem Hochsauerlandkreis, wobei die beiden Unternehmen ihre Zinsverpflichtungen vollumfänglich nur dann erfüllen können, wenn die RWE AG entsprechend hohe Dividenden ausschüttet.

➲ Die sich aus den Aktienzuordnungen ergebenden Wirkungen a) beim Betrieb Schubi, b) der RLG und schlussendlich c) für den Kreishaushalt 2024 werden nachfolgend unter den Ziff. 7.15.2 bis 7.15.8 dargestellt.

7.16.2 Entwicklung des Aktienpaketes des Hochsauerlandkreises

A. „Historisches“ Aktienpaket	
Aktienpaket nach Fusion VEW/RWE im Jahr 2000 (gehalten über RLG)	5.035.000 Aktien
Aktien, die über den Betrieb Schul-/Bildungseinrichtungen gehalten werden	10.699 Aktien
B. Aktienzugänge	
Teilnahme HSK am Zukauf kleinerer Pakete von kommunalen Aktionären	5.210 Aktien
Zuordnung neuer Aktien aus dem sog. „Spruchstellenverfahren“, d.h. einer Klage von Aktionären gegen den im Fusionsprozess seinerzeit ausgehandelten Umtauschkurs VEW-Aktie in RWE-Aktie. Im Ergebnis hat das zuständige Landgericht Dortmund eine Nachbesserung zuerkannt, wobei die Nachbesserung im Wege der Ausreichung zusätzlicher RWE-Aktien erfolgt ist. Dem Kreis sind hierdurch im Februar 2009 weitere Aktien zuerkannt worden	232.617 Aktien

Der Hochsauerlandkreis hat in 2009 gemeinsam mit der Stadt Dortmund und

dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses vom 26.06.2009 ein Aktienpaket im Wert von 26,6 Mio€ erworben, das zuvor von der WestLB gehalten wurde. 572.283 Aktien

Im Dezember 2011 hat die RWE AG ihr Grundkapital erhöht. An dieser Erhöhung konnte die KEB Holding AG im Weg eines speziellen Verfahrens ohne finanziellen Mitteleinsatz teilnehmen (=Opération blanche). Für den Hochsauerlandkreis ergaben sich hierdurch zusätzliche Aktien mit 7.105 Aktien

Vom HSK nicht erworbene, dem Kreis aber in der vormaligen Beteiligungskette zugeordnete Aktien, die mit Aufgabe der Beteiligungsstruktur weggefallen sind - 3.591 Aktien

RWE-Aktienbestand HSK **5.859.323 Aktien**

7.16.3 Entwicklung der Dividendenausschüttungen der RWE AG

Dividendenausschüttungen im Zeitraum der Geschäftsjahre 2001 bis 2023 der RWE AG:

Geschäftsjahr RWE	€/Aktie	Dividendenvolumen wirksam im HHJahr…	
2001	1,00 €	5.035.000 €	2002
2002	1,10 €	5.538.500 €	2003
2003	1,25 €	6.293.700 €	2004
2004	1,50 €	7.552.500 €	2005
2005	1,75 €	8.811.200 €	2006
2006	3,50 €	17.640.700 €	2007
2007	3,15 €	15.876.600 €	2008
2008	4,50 €	23.727.700 €	2009
2009	3,50 €	20.716.063 €	2010
2010	3,50 €	20.716.063 €	2011
2011	2,00 €	11.851.960 €	2012
2012	2,00 €	11.851.960 €	2013
2013	1,00 €	5.925.980 €	2014
2014	1,00 €	5.852.674 €	2015
2015	0,00 €	0 €	2016
2016	0,00 €	0 €	2017
2017	1,50 €*	8.788.984 €	2018
2018	0,70 €	4.101.526 €	2019
2019	0,80 €	4.687.458 €	2020
2020	0,85 €	4.980.424 €	2021
2021	0,90 €	5.273.390 €	2022
2022	0,90 €	5.273.390 €	2023
2023	1,00 €**	5.859.323 €	2024

* davon 1,00 €/Aktie als „Sonderdividende“ wegen Rückzahlung der als verfassungswidrig eingestuften Kernbrennstoffsteuer

** Erwartung an eine Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2023 der RWE AG (Ausblick des Vorstandes)

7.16.4 Wirkungen der Dividendenausschüttungen auf die Plan-Ergebnisse des Betriebes, der RLG und den Hochsauerlandkreis

Wie bereits ausgeführt wurde, fließen die von der RWE AG ausgeschütteten Dividenden im Wege der Durchleitung durch die KEB wirtschaftlich unmittelbar den *Treugebern RLG* und *Betrieb Schul- und Bildungseinrichtungen* zu.
Die aus Anlass der Corona-Pandemie erneut virtuell abgehandelte Hauptversammlung der RWE AG hat am 04.05.2023 mit ihren Beschlussfassungen für das Geschäftsjahr 2022 des Unternehmens eine Ausschüttung von 0,90 €/Aktie beschlossen. Folgende Erträge sind daraufhin im April 2023 beim Betrieb und der RLG im Anschluss an die HV eingegangen:

1.351.267 Aktien	x	0,90 €	=	1.216.140 €	Betrieb Schul- und Bildungseinrichtungen
4.508.056 Aktien	x	0,90 €	=	4.057.250 €	RLG GmbH

↳ Der Vorstand der RWE AG hat für das lfd. Geschäftsjahr 2023 eine Dividendenerhöhung in Aussicht gestellt und eine Ausschüttung in Höhe von 1,00 €/Aktie angekündigt, der Dividendenzufluss hieraus wird Ende April/Anfang Mai 2024 erwartet.

Die Dividendenausschüttungen wirken im Kreishaushalt und im Betrieb in unterschiedlichen Haushaltsjahren. Es gelten folgende Besonderheiten:

a) die beim Betrieb im April/Mai 2024 zu erwartende Ausschüttung von 1,00 €/Aktie für das Geschäftsjahr 2023 der RWE AG ist unmittelbar auch Ertrag im W-Plan 2024 des Betriebes (sh. Ziff. 7.16.5 und 7.16.7);

b) die bei RLG zu vereinnahmende Dividende wirkt demgegenüber im Kreishaushalt phasenverschoben erst im Folgejahr der Ausschüttung, sodass im ***Haushalt 2024 des Kreises*** die im Mai 2023 mit 0,90 €/Aktie erfolgte Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2022 der RWE AG wirkt. Mit dem erfolgten Dividendenzufluss bei der RLG von 4.057.250 € werden bei RLG aus der Beteiligungszuordnung resultierende Zinsverpflichtungen der RLG und mit den danach noch verfügbaren Dividendenerträgen der im W-Plan 2023 eingestellte Anteil des HSK am Betriebsverlust 2023 der RLG finanziert.

   ☞ Seitens des Kreises stellen wir im **Haushalt 2024** somit die Finanzsituation der RLG des Vorjahres 2023 dar und veranschlagen im Etat´24 die ca. im Juni 2024 feststehende Verlustabdeckungsverpflichtung des Kreises ggü. der RLG für das dortige Geschäftsjahr 2023. Damit wirkt die bei RLG in 2023 vereinnahmte RWE-Dividende phasenverschoben ein Jahr später im Kreishaushalt. Näheres hierzu ergibt sich aus den Erläuterungen zu Ziff. 7.16.6 und 7.16.8;

c) die bei RLG mit 1,00 €/Aktie im Frühjahr 2024 zu erwartende Dividende für das Geschäftsjahr 2023 der RWE AG wirkt dann, wiederum phasenverschoben, im Kreishaushalt 2025 über die Verlustabdeckung für das Geschäftsjahr 2024 der RLG.

7.16.5 Betrieb Schul- und Bildungseinrichtungen

Der Betrieb Schul- und Bildungseinrichtungen hält unmittelbar das o.g. genannte Paket von 1.351.267 RWE-Aktien wie folgt:

10.699 Aktien	historische Zuordnung
1.340.568 Aktien	Zuordnung ab 2018 im Zuge der Restrukturierung der Beteiligungskette (sh. nachfolgend a))
1.351.267 Aktien	
	Hinzu kommt das indirekt gehaltene Aktienpaket von
4.508.056 Aktien	da der Kreis seine RLG-Beteiligung in 2008 in den Betrieb eingelegt hat (sh. nachfolgend b)).

a) Vom Kreis dem Betrieb im Zuge der Neustrukturierung zugeordnetes Aktienpaket

Vor der Restrukturierung der RWE-Beteiligung des Kreises bestand auf der Ebene HSK → KEB eine vertragliche Verbindung in der Weise, dass der Hochsauerlandkreis der KEB zur seinerzeitigen Teilnahme am Erwerb eines zuvor von der ehem. WestLB gehaltenen Aktienpaketes ein verzinsliches Darlehn ausgereicht hatte. Diesen Darlehnsanspruch nebst darauf noch entfallender Zinsansprüche im Volumen von insgesamt 26.891.811 € hat der Kreis

im Zuge der Umsetzung des Konzeptes der Neustrukturierung mit Wirkung zum 31.12.2017 an den Betrieb abgetreten, sodass die Darlehnsforderung des Kreises ggü. der KEB ab 2018 zunächst beim Betrieb bilanziert war.

Die Abtretung der Darlehnsforderung an den Betrieb mit einer entsprechenden Erhöhung des Vermögens auf der Aktivseite der Bilanz des Betriebes im Volumen von 26.891.811 € ist erfolgt mit:

18.617.000,00 €	gegen Gewährung eines vom Betrieb ggü. dem Kreis zu verzinsenden Darlehns und mit
8.274.811,01 €	zur Stärkung des Eigenkapitals des Betriebes
26.891.811,01 €	= abgetretener Anspruch gesamt

➲ Im Zusammenhang mit der Entflechtung des Beteiligungskonstrukts hatte der Betrieb das Darlehn dann ggü. der KEB mit Wirkung zum 31.03.2018 gekündigt. Die Darlehnstilgung ist seitens der KEB nicht in bar, sondern in Form der Ausreichung zuvor bei KEB bilanzierter RWE-Aktien des Kreises erfolgt, und zwar im Volumen von 1.340.568 Aktien.
Unter Hinzurechnung der unmittelbar vom Betrieb bereits zuvor gehaltenen 10.699 Aktien bilanziert der Betrieb seitdem die o.g. **1.351.267 RWE-Aktien**.

➲ Für diese Aktien ist der Betrieb unmittelbar dividendenberechtigt. Es errechnet sich bei der unterstellten Ausschüttung im Frühjahr 2024 für das Geschäftsjahr 2023 der RWE AG von 1,00 €/Aktie folgender Ertrag für die Wirtschaftsplanung 2024 des Betriebes:

1.351.267 Aktien x 1,00 €/Aktie = 1.351.267 € → Ertrag im W-Plan 2024 Betrieb

b) Vom Kreis in den Betrieb eingelegte RLG-Beteiligung des Kreises

Neben dem zuvor erläuterten Übertagungsvorgang und der daraus resultierenden unmittelbaren Zuordnung von RWE-Aktien in den Betrieb hat der Kreis im Jahr 2008 seinen Geschäftsanteil an der RLG in den Betrieb Schul- und Bildungseinrichtungen eingelegt, sodass auch die über die RLG gehaltenen RWE-Aktien indirekt dem Betrieb zugeordnet sind. Auch diese Einlage ist u.a. gegen Gewährung eines verzinslichen Darlehns des Kreises ggü. dem Betrieb erfolgt. Die Höhe des zum ursprünglichen Übertragungszeitpunktes in 2008 mit 265,4 Mio€ bilanzierten Darlehns hat sich aufgrund vom Kurs der RWE-Aktie abhängiger Wertberichtigungseffekte bis zum Bilanzstichtag 31.12.2022 wie folgt entwickelt:

Ursprüngliche Darlehnsverbindlichkeit		265.400.000 €	(Kurs = 81,87 €/Aktie)
a) echte Darlehnstilgung 2009	-	59.200.000 €	finanziert aus Verkauf RWE Gas
b) Darlehnsverzicht HSK wg. Wertberichtigung 2013	-	140.100.000 €	(Kurs = 29,46 €/Aktie)
Zwischensumme		66.100.000 €	
c) Darlehnsverzicht HSK wg. Wertberichtigung 2016	-	61.503.481 €	(Kurs = 11,82 €/Aktie)
d) Darlehnserhöhung wg. Wertaufholung 2017	+	18.966.681 €	(Kurs = 17,00 €/Aktie)
e) Darlehnserhöhung wg. Wertaufholung 2018	+	10.233.111 €	(Kurs = 18,36 €/Aktie)
f) Darlehnserhöhung wg. Wertaufholung 2019	+	32.303.689 €	(Kurs = 26,84 €/Aktie)
Darlehnsverbindlichkeit ggü. dem Kreis 31.12.2019		**66.100.000 €**	

Mit der Wertaufholung 2019 hat die Darlehnsverbindlichkeit wieder ihre max. vertragliche Höhe erreicht, Veränderungen ergeben sich seitdem nicht mehr.

zzgl. Darlehnsverbindlichkeit aus direkt gehaltenen Aktien	18.617.000 €	sh. zuvor a)
Darlehnsverbindlichkeiten ggü. dem Kreis gesamt	**84.717.000 €**	**lt. Bilanz Schubi 2021**

➲ Die Darlehnsverbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 84.717.000 € sind grds. gegenüber dem Kreis zu verzinsen, was bis einschließlich dem 30.07.2020 auch so vollzogen worden ist. Hierzu folgendes:

Der Betrieb kann die Zinsverpflichtungen aus eigenen Mitteln nur dann leisten, wenn die Dividendenausschüttungen zu den direkt und indirekt über die RLG gehaltenen RWE-

Aktien ein Ertragsvolumen liefern, welches diese Finanzierung ermöglicht. Dies ist derzeit nicht der Fall.
Die Daten des Entwurfs des Wirtschaftsplanes 2024 des Betriebes (Ziff. 7.16.7) zeigen, dass sich für den Betrieb aus der Bewirtschaftung der Kreiseinrichtungen: *PTA-Lehranstalt, Musikschule, Sauerlandmuseum und Kreis-VHS* ein Finanzierungsbedarf von ca. - 3,99 Mio€ ergibt, dem die o.g. Dividendenerträge mit 1.351.267 € gegenüberstehen. Es verbleibt eine aus dem Kreishaushalt abzudeckende Unterfinanzierung mit - 2,64 Mio€. Um zusätzliche Aufwendungen in Form von Zinszahlungen an den Kreis leisten zu können, müsste das Dividendenniveau erheblich steigen. Da dies, zumindest in einem überschaubaren Zeitraum, nicht zu erwarten ist, verzichtet der Kreis ab dem 01.08.2020 auf die Geltendmachung seiner vertraglichen Zinsansprüche, zunächst befristet bis zum 31.12.2024. Ab 2025 ist entsprechend der Dividendenentwicklung und der finanziellen Entwicklung des Betriebes über die Wiedergeltendmachung von Zinsansprüchen bzw. eine Verlängerung des Zinsverzichts zu entscheiden.

nachrichtlich
In den Vorjahren, d.h. bis zum 30.07.2020, sind die vertraglichen Zinsansprüche geleistet worden. Soweit der Betrieb hierfür keine ausreichenden eigenen Refinanzierungsmöglichkeiten hatte, wurden entsprechend höhere Verlustzahlungen des Kreises an den Betrieb geleistet. Da diese Finanztransfers für den Betrieb und den Kreishaushalt wirtschaftlich neutral sind, sollen die Zinsverpflichtungen erst mit eigener Refinanzierungsmöglichkeit durch den Betrieb wieder in Ansatz gebracht werden.

Im Haushalt 2024 werden daher im Budget *16010200, Kto. 46155,* keine Zinserträge aus dem an den Betrieb gewährten Darlehn des Kreises veranschlagt.

7.16.6 Situation in der RLG

Für den Haushalt 2024 des Kreises ist zunächst maßgeblich die Verlustentwicklung der RLG aus den Sparten ÖPNV und Güterverkehr für das Geschäftsjahr 202**3** der RLG. Den Verlust decken der Hochsauerlandkreis (56,8 %) und der Kreis Soest (43,2 %) auf Grundlage entsprechender Kreistagsbeschlüsse ab, wobei wir seitens des Hochsauerlandkreises die Verlustabdeckung jährlich rückwirkend vornehmen und entsprechend haushalterisch im Etat 2024 des Kreises die Verlustsituation für das Geschäftsjahr 20**23** der RLG darstellen.

Nach dem W-Plan der RLG liegt der Verlust für 2023 aus dem Fahrgeschäft zunächst bei -*8.314.000 €*. Dieser hohe Wert berücksichtigt zunächst

a) Annahmen an Mindererträge aus dem ab Mai 2023 eingeführten „49 €-Ticket“, das sowohl im Jedermannverkehr wie auch im Ausbildungsverkehr wirkt. Angesichts der über eine weitere Änderung des Regionalisierungsgesetzes umgesetzten Zusage des Bundes und der Länder, im Jahr 2023 den vollständigen Ausgleich von Ertragsausfällen sicherzustellen, enthielt der W-Plan 2023 zum Ausgleich dieser zu erwartenden Mindererlöse ursprünglich einen Ertrag mit 1,5 Mio€. In der Fortschreibung der W-Plandaten liegt die Ertragserwartung der RLG-Geschäftsführung nunmehr bei 1.180.000 €.

b) Das Land gewährt in 2023 einmalig Ausgleichsmittel zur Deckung höher Energiekosten aus den Folgewirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Während im vom Kreistag beschlossenen W-Plan diese Mittel noch nicht enthalten sein konnten, enthält die Fortschreibung des W-Planes nunmehr einen Ausgleichsbetrag mit 1.004.000 €

c) Der vom Kreistag beschlossene W-Plan enthielt weitere Drittmittel zum Ausgleich der Energiepreisverteuerung seitens des Zweckverbandes Ruhr-Lippe (ZRL) in Höhe von 600.000 € (enthalten in der W-Planposition „Abgeltungszahlungen“). Da diese Mittel erst im Jahr 2024 zur Auszahlung gelangen, sind sie in der W.Planfortschriebung nicht mehr enthalten.

d) Des Weiteren enthält der W-Plan 2023 300.000 € an Abrechnungsmitteln zum Ausgleich von Finanzschäden aus der Corona-Pandemiesituation und dem 9 €-Ticket des Vorjahres 2022.

☞ **Die aktualisierte Fortschreibung des W-Plans 2023 der RLG weist nach Abzug dieser Ausgleichsmittel von insgesamt 2.484.000 € eine zu erwartende Unterdeckung in Höhe von - 5.830.000 € aus. Diese Verlustabdeckung ist Basis der Etatplanung 2024 des Kreises**

Ergänzende Ausführungen zu im W-Plan 2023 der RLG enthaltenen Ausgleichsmitteln

a) Ausgleich Mindererträge aus der Einführung des „49 €- Deutschland-Tickets“

Wie bereits zuvor ausgeführt wurde, enthält der fortgeschriebene W-Plan´23 zum Ausgleich von Ertragsausfällen aus dem eingeführten „49 €-Ticket“ Bundes-/Landesmittel im Volumen von 1.180.000 €. Rechtsgrundlage ist § 9 des Regionalisierungsgesetzes des Bundes, der für einen bundesweiten Ausgleich den Betrag von 1,5 Mrd€/Jahr in den Jahren 2023 – 2025 enthält. In gleichem Volumen stellen die Länder eigene Mittel bereit. Ausgeglichen wird entsprechend der anzuwendenden Richtlinie die Differenz zwischen den fortgeschriebenen Fahrgelderlösen des Vor-Corona-Jahres 2019 und den erzielten Erträgen 2023, jeweils bezogen auf den Zeitraum Mai – Dezember.
Inwieweit die damit in Höhe von jährlich - 3,0 Mrd€ unterstellten Ertragsausfälle ausreichend bemessen sind, wird von den ÖPNV-Aufgabenträgern bezweifelt.
Es bleibt darauf hinzuweisen, dass für 2023 eine nachträgliche Spitzabrechnung der errechneten Ertragsausfälle erfolgt. Für die Jahre 2024 und 2025 handelt sich bei den 3 Mrd€/Jahr bisher um Höchstbeträge. ☞ Damit müssten höhere Ertragsausfälle von den Kreisen als Aufgabenträger finanziert werden! Die Verkehrsträger und kommunalen Aufgabenträger fordern gegenüber Bund und Land die langfristige Zusicherung der Ausgleichs von Mindererlösen.

b) Einmalige Mittel des Landes zum Ausgleich der Dieselpreisverteuerung

Auf Grundlage der Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im ÖPNV im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine gewährt das Land einmalig in 2023 Mittel zum Ausgleich energiepreisbedingter Mehrkosten. Mit Zuwendungsbescheid vom 17.04.2023 hat der Hochsauerlandkreis auf der Berechnungsbasis von Rechnungswagenkilometer eine Zuweisung i.H.v. 1,14 Mio€ erhalten, davon werden ca. 520.000 € an die RLG weitergeleitet. Die übrigen Mittel gehen an weitere für den Kreis im ÖPNV eingebundene Verkehrsträger.
Auch der Kreis Soest erhält als ÜPNV-Aufgabenträger Billigkeitsmittel in Höhe von ca. 484.000 €, die er an die RLG weiterleitet.

Hinweis Die Billigkeitsmittel des Landes sind im ursprünglichen W-Plan´23 der RLG nicht enthalten, zum Zeitpunkt der W-Planerstellung gab es hierzu noch keine Informationen.

c) Zweckverband Ruhr-Lippe (ZRL) erstattet Aufwendungen wegen Mehraufwendungen aus dem Krieg gegen die Ukraine (Dieselpreisverteuerung/Inflationsausgleich)

Die Verbandsversammlung des ZRL hat in der Sitzung am 22.09.2022 für das Jahr 2022 und in einer weiteren Beschlusslage vom 14.12.2022 für das Jahr 2023 bzw. 2024 die Festlegungen getroffen, an die dem Verband angehörenden ÖPNV-Aufgabenträger *(u.a. der Hochsauerlandkreis und der Kreis Soest für den Bedienungsraum der Kreise HSK und Soest)* Mittel auszukehren, mit denen sie im Jahr 2022 Dieselkraftstoffverteuerungen für eigene Verkehre und ihrer im ÖPNV eingebundenen Verkehrsträger ausgleichen können. Ausgeglichen werden 90 % der nach einer festgelegten Systematik zu berechnenden Mehrkosten.
Im Geschäftsjahr 2022 hat die RLG des Betrag von 697 T€ erhalten.

Die zweite Tranche der von der Verbandsversammlung des ZRL bewilligten Ausgleichsmittel kommt nach den inzwischen festgelegten Zuweisungskriterien im Frühjahr 2024 zur Auszahlung, die Mittel dienen dem Ausgleich allgemeiner inflationäre Effekte der Verkehrsträger. Wie bereits zuvor ausgeführt wurde, enthält der fortgeschriebene W-Plan 2023 der RLG den ursprünglich eingeplanten Betrag von 600.000 € nicht mehr.

- - - - - -

Mit diesen ergänzenden Informationen zu besonderen Ertragspositionen im W-Plan 2023 der RLG und der Aussage der Geschäftsführung der RLG, dass sich in der Ausführung des W-Plans´23 keine wesentlichen Abweichungen im Plan-Ist-Vergleich abzeichnen zeigt sich mit Blick auf den vom Hochsauerlandkreis über den Haushalt 2024 zu deckenden Verlustausgleich folgendes Bild:

Planmäßiger Verlust 2023 der RLG	- 8.314.000 €
Ausgleichsmittel für	
a) 49 €-Deutschlandticket	+ 1.180.000 €
b) Landesmittel für Ausgleich Energiepreisverteuerungen	+ 1.004.000 €
c) Restmittel Corona-/9 €-Ticket	+ 300.000 €
sonstige Effekte	+ 26.000 €
Verlusterwartung für 2023	**- 5.804.000€**
☞ der Hochsauerlandkreis trägt hiervon **56,8 % =**	**3.296.672 €**
demgegenüber Ansatz Vorjahr 2022	2.602.400 €
= Zusatzbelastung 2023	**- 694.920 €**

☞ ***Die Verbuchung des Verlustanteils erfolgt im Budget 160102, Kto. 5315800000-***

Güterverkehr

Verluste aus dem Güterverkehr müssen für die Etatplanungen 2024 nicht berücksichtigt werden, da die RLG in dieser Sparte lt. den Planungen für 2023 zwar einen Finanzierungsbedarf in Höhe von 260.000 € ausweist, dieser kann allerdings aus vorhandenen Gewinnrücklagen dieser Sparte ausgeglichen werden.

Nachrichtlich

Folgende weitere finanzielle Vorgänge im Wirtschaftsplan der RLG ergeben sich im Zusammenhang mit der in der RLG eingelegten RWE-Beteiligung des Kreises:

Dividendenerträge aus den eingelegten RWE-Aktien des Kreises

Wie bereits ausgeführt wurde, bilanziert die RLG ein Paket von 4.508.056 RWE-Aktien des Hochsauerlandkreises. Bei der von der RWE AG für das Geschäftsjahr 2022 im Mai 2023 beschlossenen Ausschüttung von 0,90 /Aktie sind der RLG im Geschäftsjahr 2023 **4.057.250 €** an Dividenden zugeflossen.

Vom Hochsauerlandkreis übernommene Bankdarlehn

Die RLG hat im Zusammenhang mit der seinerzeitigen Übertragung der RWE-Beteiligung Darlehnsverbindlichkeiten des Kreises (Bankdarlehn) im Volumen von 25,75 Mio€ übernommen, d.h. sie steht hier in der Zinsverpflichtung gegenüber externen Geldinstituten. Die Zinsaufwendungen der RLG hieraus werden für 2022 unverändert ggü. dem Vorjahr mit 580.000 € erwartet. Es handelt sich hier um RLG-interne Zahlungsvorgänge, die von Seiten der RLG aus den v.g. RWE-Dividenden finanziert werden.

Gesellschafterdarlehn des Hochsauerlandkreises

Der Hochsauerlandkreis hat neben der Übertragung der zuvor genannten externen Darlehn auf die RLG im Zuge der Zuordnung seiner RWE-Beteiligung ggü. der RLG auch ein

verzinsliches Gesellschafterdarlehn des Kreises begründet. Dieses Darlehn beläuft sich auf eine in der Bilanz des Kreises ausgewiesene Forderung von 27.642.730 €.

➲ Die Darlehnsverbindlichkeit ist zu verzinsen, hieraus fließen dem Kreis im Haushalt 2024 mit dem vertraglich festgelegten Zins von 2,67 % wie im Vorjahr Zinserträge in Höhe von **738.060 €** zu. Der bei RLG entstehende Zinsaufwand kann ebenfalls aus dem Dividendenzufluss geleistet werden.

☞ ***Die Verbuchung dieses Zinsertrages erfolgt im Kreishaushalt im Budget 16010200, anteilig enthalten bei Kto. 46513-***

Bürgschaftsprovisionen
Bezüglich der an die RLG übertragenen und dort bilanzierten Bankdarlehn hat der Hochsauerlandkreis Bürgschaften übernommen. Hierfür zahlt die RLG an den Kreis Bürgschaftsprovisionen, die mit **136.790 €** im Haushalt 2024 des Kreises veranschlagt sind.

☞ ***Verbuchung der Zahlung im Budget 16010200, bei Kto. 44613-***

Zusammenfassung der Vorgänge bei RLG mit Wirkung auf den Kreishaushalt 2024
Die bei RLG mit 4.057.250 in ihren Geschäftsjahr 2023 zugeflossene Dividendenzahlung wird wie folgt für Zwecke des Hochsauerlandkreises verwendet:

Dividendenzufluss	+ 4.057.250 €	
zu finanzierender Aufwand		
Zinsaufwand für Bankdarlehn	- 580.000 €	
Zinsaufwand für Darlehn HSK an RLG	- 738.060 €	Zahlung an den HSK
Bürgschaftsprovision RLG an HSK	- 136.790 €	Zahlung an den HSK
Zwischensumme	*+ 2.602.400 €*	*verfügbar für Verlustfinanzierung*
Verlustanteil des HSK aus ÖPNV 2022	- 3.296.672 €	
= **verbleibende Unterfinanzierung**	**- 694.272 €**	

☞ Aus der Beteiligungssparte verbleibt ein für die Finanzierung des ÖPNV-Betriebsverlustes verwendbarer Deckungsbeitrag in Höhe von + 2.602.400 €. Nach Gegenrechnung des auf den Hochsauerlandkreis entfallenden Anteils am ÖPNV-Betriebsverlust von - 3.296.672 € muss über den Kreishaushalt 2024 der Betrag von 694.272 € finanziert werden.
Im Vorjahr 2023 ergab sich demgegenüber keine planmäßige Zahlung aus dem Kreishaushalt, da der anteilige Betriebsverlust des Kreises aus dem Beteiligungsüberschuss gedeckt werden konnte (sh. nachfolgend Ziff. 7.16.7).

- - - - - - - -

Mit diesen Anmerkungen zu dem Beteiligungskonstrukt und den damit verbundenen haushalterischen Buchungsvorgängen ergeben sich im Betrieb Schul- und Bildungseinrichtungen und im Kreishaushalt für 2024 folgende Veranschlagungen:

7.16.7 Betrieb Schul- und Bildungseinrichtungen

Die Unterdeckung für die über den Betrieb bewirtschafteten Einrichtungen PTA-Lehranstalt, Kreismusikschule, Sauerland-Museum sowie KreisVHS beläuft sich in 2024 auf – 3.989.972 € (2023 = - 4.002.152 €), der Finanzierungsbedarf reduziert sich damit um 12.180 €. Nach Abzug der dem Betrieb zufließenden Dividendenerträge aus den RWE-Aktien mit 1.351.267 € sowie unter Berücksichtigung der ab dem Jahr 2022 aus dem Kreishaushalt gesondert zu leistenden Zahlung in Höhe gewährter Sozialermäßigungen bei ansonsten zu veranlagenden Musikschulentgelten (2024 = 125.000 €) ergibt sich eine aus dem Kreishaushalt zu deckende Unterfinanzierung mit -2.638.705 €.

	2023	**2024**	+ Entlastung - Belastung
	€	€	€
Unterdeckung aus den Betriebszweigen	- 4.002.152	**- 3.989.972**	+ 12.180
Erträge im Betrieb aus RWE-Dividende	+ 1.216.140	**+ 1.351.267**	+ 135.127
Zwischensumme	- 2.786.389	***- 2.638.705***	*+ 147.307*
Zinszahlungen an den Kreis	0	0	0
Gewinnausschüttung von RLG	0	0	0
	0	*0*	*0*
vom Kreis zu finanzierende			
a) Unterdeckung	- 2.786.012	**- 2.638.705**	**+ 147.307**
b) Sozialermäßigung Musikschule	- 120.000	**- 125.000**	**- 5.000**
	- 2.906.012	**- 2.763.705**	**+ 142.307**

☞ *Verbuchung der Zahlungen an den Betrieb im Budget 16010200, bei Kto. 531521-*

7.16.8 Kreishaushalt *(Budget 16010200)*

	2023	**2024**	+ Entlastung - Belastung
	€	€	€
Erträge *(Kto. 4651300000)*			
• Zinsertrag aus HSK-Gesellschafterdarlehn an RLG	738.060	**738.060**	-
• Verrechnung Anteil HSK am Betriebsverlust RLG aus Dividendenerträgen (Bruttoverbuchung)	2.602.400	**2.602.400**	0
Kto. 4651300000	+ 3.340.460	**+ 3.340.460**	**0**
• Zinsertrag aus Darlehn Kreis an Betrieb Schubi *(Kto. 4615500000)*	0	0	-
• Bürgschaftsprovisionen RLG an HSK *(Kto. 4461300000)*	136.790	136.790	- 4.980
Summe Erträge	+ 3.477.250	**+ 3.477.250**	**+ 160.700**
Aufwendungen			
• Verlustabdeckungsanteil HSK an RLG *(Kto. 5315800000)*	- 2.602.400	**- 3.296.672**	- 694.272
• Verlustabdeckung HSK gegenüber Betrieb *(Kto. 5315210000)*	- 2.906.012	**- 2.763.705**	+ 142.307
Summe Aufwendungen	- 5.508.412	**- 6.060.377**	**- 1.012.613**
= Netto-Wirkung Kreishaushalt	**- 2.031.162**	**- 2.583.127**	**- 551.965**

Fazit

Der Kreishaushalt 2024 erfährt bei den Finanztransfers an den Betrieb Schul- und Bildungseinrichtungen und an die RLG gegenüber dem Vorjahr 2023 € eine Zusatzbelastung mit – 551.965 €.

8. Finanzplan 2024 - Investitions- u. Finanzierungstätigkeit-

→ In den Erläuterungen zum Ergebnisplan wurde ausgeführt, dass über den Finanzplan grds. sämtliche Einzahlungen und Auszahlungen aus der lfd. Verwaltungstätigkeit sowie für investive Angelegenheiten zu verbuchen sind.

Im Haushaltsbuch des Hochsauerlandkreises werden in den Teilfinanzplänen der Produktbudgets allerdings nicht die einzelnen Ein- und Auszahlungskonten für die lfd. Verwaltungstätigkeit abgedruckt, da dies gegenüber den Darstellungen des Ergebnisplanes letztendlich keine zusätzlichen Informationen liefern würde.

➲ In den im Haushaltsbuch enthaltenen Teilfinanzplänen werden daher nur die Vorgänge ausgewiesen die zu **investiven** Einzahlungen und Auszahlungen führen. Die hieraus sich ergebenden finanziellen Wirkungen, d.h. Mittelbedarf auf der einen und dessen Finanzierung auf der anderen Seite, werden nachfolgend erläutert.

8.1 Allg. Erläuterungen

Der nach der KomHVO vorgeschriebene Gesamtfinanzplan, abgedruckt im Haushaltsbuch im Anschluss an die Satzung, enthält alle zum Nachweis der *Investitionstätigkeit* des Kreises notwendige Angaben. Es sind dies:

- Finanzvolumen aus der Investitionstätigkeit -Zeile 30-
- Auszahlungen für Tilgungen -Zeile 35 und 36 Gesamtfinanzplan-
- Einzahlungen zur Finanzierung des Investitionsvolumens -Zeilen 23, 33 und 34 Gesamtfinanzplan-

Das ***Finanzvolumen*** für Investitionsmaßnahmen/investive Zuschüsse des Jahres 2024 zzgl. der Auszahlungen für die Tilgung von Krediten beläuft sich auf **15.603.256 €.** Es verteilt sich auf Investitionen und Tilgungen wie folgt:

	2024	2023
Auszahlungen für investive Maßnahmen/ Anlagevermögen Kreis	**13.728.256 €**	17.804.464 €
Auszahlungen für Tilgungsleistungen (ordentliche Tilgung 2024)	**1.875.000 €**	1.866.960 €
Tilgung		
Volumen investiver Finanzplan	**15.603.256 €**	19.671.424 €

Das investive Finanzvolumen wird zunächst durch **Fördermittel des Bundes** und des **Landes** finanziert. (**Liquidität aus der laufenden Verwaltungstätigkeit** steht in 2024 nicht zur Finanzierung zur Verfügung.) Im Einzelnen sind dies:

	2024	2023
Investitionspauschale	**1.716.183 €**	1.699.293 €
Schulpauschale	**1.086.106 €**	1.822.100 €
Finanzierungsmittel Bereich Straßenbau	**2.843.750 €**	1.642.100 €
Bundesmittel Bund KInvFöG II	**0 €**	5.191.992 €
Mittel Digitalpakt Schule	**1.641.691 €**	0 €
Rückführung von Finanzanlagen	**5.000.000 €**	
Sonstige Finanzierungsmittel	**819.160 €**	760.960 €
Zwischensumme Einzahlungen Finanzplan	***13.106.890 €***	***11.116.445 €***
zzgl. Liquidität aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**- 3.477.534 €**	1.100.625 €
Volumen Finanzierungsmittel Finanzplan	**9.629.356 €**	12.217.070 €
demgegenüber		
Finanzierungsbedarf Investitionen/Tilgung	- 15.603.256 €	- 19.671.424 €
= Unterdeckung lfd. Jahr	**5.973.900 €**	**7.454.354 €**

Finanzierung

a) Darlehn für Investitionen	**0 €**	**0 €**
b) Darlehn für Liquidität	**5.171.614 €**	**0 €**
c) Rückgriff auf Bestandsliquidität	**802.286 €**	**7.454.254 €**

→ Die umfangreiche Investitionstätigkeit im Jahr 2024 kann ohne die Notwendigkeit des Einsatzes von Kreditmarktmitteln finanziert werden. Insofern enthält die Haushaltssatzung in ihrem § 2 keine Kreditermächtigung.

→ Der verbleibende Finanzierungsbedarf i.H.v. 5.973.900 € kann aus *vorhandener Bestandsliquidität* sowie aus einem Liquiditätskredit finanziert werden.

→ Die einzelnen Investitionsmaßnahmen und konkreten Finanzierungsmittel ergeben sich aus den im Haushaltsbuch im Finanzplan ausgewiesenen Einzelmaßnahmen sowie zusammengefasst aus der nachfolgenden Übersicht. Erläuterungen zu einzelnen Investitionen/Finanzierungen befinden sich im Anschluss an die Übersicht.

8.2 Darstellung des Investitions-/ Tilgungsvolumen 2024 von 15.603.256 € sowie der investiven Einzahlungen im Volumen von *13.106.890 €*

Bezeichnung	Auszahlung	Einzahlung	verbleibender Finanzierungsbedarf
a) ***Investitionstätigkeit***			
Produkt 01060200 - Zentrale Beschaffungsstelle (FD 12)			
Büromöbel	140.000	Investitionspauschale	
Büromaschinen	20.000	**160.000 €**	***0 €***
Summe FD 12	**160.000 €**	**160.000 €**	**0 €**
Produkt 01080100 u.a. - IT Angelegenheiten (FD 13)			
Hardware/Software	463.604	Investitionspauschale	
Erneuerung Serverumgebung/Speicher			
Telekommunikationsanlage, sonst. Beschaffungen	60.000	**752.904 €**	
Spezielle Software einzelner Fachdienste	229.300		
Summe FD 13	**752.904 €**	**752.904 €**	**0 €**
Produkt 01110100 u.a. - Hochbau (FD 15)			
SCHULEN			
BK Meschede			
- Sanierung	**1.000.000 €**		***-1.000.000 €***
Berufskolleg am Eichholz Arnsberg		Landesmittel	
Photovoltaik	**380.000 €**	**256.200 €**	***-123.800 €***
versch. Schulgebäude versch. Maßnahmen	**200.000 €**		***-200.000 €***
Zwischensumme	**1.580.000 €**	**256.200 €**	**-1.323.800 €**
VERWALTUNGSGEBÄUDE u.a.			
Kreishäuser Brilon und Arnsberg			
Umsetzung E-Mobilitätskonzept	**300.000 €**		
sonstige Maßnahmen	**145.000 €**	Investitionspauschale **445.000 €**	***0 €***
Zwischensumme	**445.000 €**	**445.000 €**	**0 €**
Summe FD 15	**2.025.000 €**	**701.200 €**	**-1.323.800 €**

Bezeichnung			
Produkt 030502 - Schulverwaltung (FD 21)			
		Landesmittel	
Digitalpakt	**1.824.102 €**	**1.641.691 €**	***-182.411 €***
EDV-Komponenten für versch. Schulen	**350.000 €**	Schulpauschale	
Einzelmaßnahmen (Lizenzen u.a.)	**180.000 €**		
		1.086.106 €	***-542.094 €***
Beschaffungsmaßnahmen bei den **Berufskollegs**:	**846.300 €**		
Beschaffungsmaßnahmen bei den **Förderschulen**:	**251.900 €**		
Summe FD 21	**3.452.302 €**	**2.727.797 €**	**-724.505 €**
Produkt 120201/120202 - Kreisstraßen (FD 54)			
Gerätebeschaffung/Software	**618.000 €**		***-618.000 €***
Deckenerneuerung -investiv-	**265.000 €**		***-265.000 €***
Baumaßnahmen	**4.270.000 €**	**2.843.750 €**	***-1.426.250 €***
Summe FD 54	**5.153.000 €**	**2.843.750 €**	**-2.309.250 €**
Verschiedene Fachdienste			
Zuschuss SZW (Bobbahn)	**118.000 €**		***-118.000 €***
Zuschuss Bergbaumuseum Ramsbeck	**96.250 €**		***-96.250 €***
Investitionen Feuer-/Bevölkerungsschutz (FD 38):		Brandschutzpauschale	
- Fahrzeugbeschaffung	**930.000 €**	**26.000 €**	***-904.000 €***
- sonstige Beschaffungen	**238.300 €**		***-238.300 €***
Investitionen Kataster u. Vermesserung (FD 55)	**100.000 €**		***-100.000 €***
		Ersatzgeld	
Maßnahme gem. § 31 LNatSchG	**100.000 €**	**100.000 €**	***0 €***
		Investitionspauschale	
- eGovernment			
- weitere Einzelmaßnahmen in versch. Fachdiensten	**602.500 €**	**358.279 €**	***-244.221 €***
Summe versch. FD	**2.185.050 €**	**484.279 €**	**-1.700.771 €**
Zwischensumme Investitionen	**13.728.256 €**	**8.106.890 €**	**-5.621.366 €**
Einzahlung aus der Veräußerung von **Finanzanlagen**		**5.000.000 €**	***5.000.000 €***
Einzahlung für Tilgung **"Gute Schule 2020"**		**436.960 €**	***436.960 €***
Summe Investitionstätigkeit	**13.728.256 €**	**13.106.890 €**	**-621.366 €**

Bezeichnung			
b) ***Finanzierungstätigkeit***			
Auszahlung für **Tilgung "Gute Schule 2020"**	**436.960 €**		***-436.960 €***
Auszahlung für **Tilgung**	**1.438.040 €**		***-1.438.040 €***
	1.875.000 €	**0 €**	**-1.875.000 €**
Einzahlung aus **Investitionsdarlehn**			***0 €***
Einzahlung aus **Liquiditätskredit**		**5.171.614 €**	**5.171.614 €**
Summe Finanzierungstätigkeit	**1.875.000 €**	**5.171.614 €**	**3.296.614 €**
Summe Investitions- & Finanzierungstätigkeit	**15.603.256 €**	**18.278.504 €**	**2.675.248 €**
Unterdeckung Liquidität aus **lfd. Verwaltungstätigkeit**			**-3.477.534 €**
Liquiditätsunterdeckung = Rückgriff auf vorhandene Liquidität			**-802.286 €**

Die Endzahlen der Übersicht werden in die **Haushaltssatzung (§ 1)** wie folgt übernommen:

13.106.890 €	Gesamtbetrag der *Einzahlungen* aus Investitionstätigkeit
13.728.256 €	Gesamtbetrag der *Auszahlungen* aus Investitionstätigkeit
5.171.614 €	Gesamtbetrag der *Einzahlungen* aus Finanzierungstätigkeit
1.875.000 €	Gesamtbetrag der *Auszahlungen* aus Finanzierungstätigkeit

8.3 Erläuterungen zu einzelnen Positionen

➢ Landesprogramm „Gute Schule 2020“

Das Land NRW hat in Zusammenarbeit mit der NRW.BANK auf der Grundlage des am 15.12.2016 in Kraft getretenen Gesetzes zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen (Gute Schule 2020) ein Förderprogramm für die Verbesserung der kommunalen Schulinfrastruktur in Höhe von zwei Milliarden Euro aufgelegt. Das Programm soll die langfristige Finanzierung kommunaler Investitionen in die Sanierung, die Modernisierung und den Ausbau der baulichen und digitalen kommunalen Schulinfrastruktur sicherstellen.

Die Mittel werden den Kommunen in Form von Krediten zur Verfügung gestellt. Über vier Jahre (2017-2020) wurden jeweils 500 Millionen Euro zum Abruf bereitgestellt.

Der HSK hat aus dem Landesprogramm Mittel in Höhe von insgesamt 8.300.700 € erhalten, die in den Jahren 2018 – 2020 abgerufen worden sind.

Die Gesamtlaufzeit der abgerufenen Förderkredite beträgt 20 Jahre, wobei das erste Jahr tilgungsfrei bleibt. Das Land trägt für die gesamte Laufzeit alle Zins- und Tilgungsleistungen.

Die Etatplanung 2024 enthält insoweit Tilgungszahlungen für diese Darlehn mit 436.960 €. In Höhe der Tilgung ist im Etat 2024 entsprechend der Förderung eine beitragsgleiche Einzahlung des Landes veranschlagt (Finanzplan, Produkt 160102).

➢ Bundesförderprogramm „Allg. Digitalpakt Schule“

Im Rahmen des sog. „Digitalpakt Schule“ gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der digitalen kommunalen Bildungsinfrastruktur. Er unterstützt damit Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände bei ihren Investitionen in die Ausstattung mit IT-Systemen und die Vernetzung von Schulen. Der Bund stellt hierfür den Gesamtbetrag von 5 Mrd € zur Verfügung. Grundlage der Verteilung dieser Mittel auf die Bundesländer ist eine zwischen dem Bund und den Ländern getroffene Verwaltungsvereinbarung, auf deren Grundlage das Land NRW den Betrag von 1,054 Mrd€ erhält.

Die Mittel sind in dem Zeitfenster von 5 Jahren im Zeitraum der Jahre 2019 bis Ende 2024 zu verwenden. Für den Zuwendungsempfänger verbleibt ein beizusteuernder Eigenanteil mit 10 %.
Nach der entsprechenden Richtlinie des Landes über die Gewährung und Verwendung der Digitalpaktmittel (*Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Digitalisierung der Schulen in NRW -RL Digitalpakt NR*W-) erhält der Hochsauerlandkreis den Betrag von 3,56 Mio€.

Landesweites Fördervolumen NRW	1.054.338.000 €
Fördersumme Hochsauerlandkreis (90 %)	**3.553.114 €**

Eigenanteil Hochsauerlandkreis (10 %) 394.790 €
gefördertes Investitionsvolumen 3.947.904 €

In der Richtlinie des Landes sind die förderfähigen Maßnahmen aufgeführt, die Bandbreite geht dabei von Maßnahmen zum Aufbau bzw. der Verbesserung der digitalen Vernetzung in Schulgebäuden, schulisches WLAN, Anzeige- und Interaktionsgeräte (elektronische Tafeln) bis hin zu schulgebundenen mobilen Endgeräten.

Zu den Digitalpaktmitteln liegen die Zuwendungsbescheide des Landes mit Datum vom 12.04. und 27.04.2021 sowie diverse Änderungsbescheide (zuletzt vom 27.04.2023) zur Verwendung der Fördergelder in den Jahren 2022 ff. vor.

Die zunächst in den Jahren 2021 und 2022 geplante Umsetzung der geförderten Maßnahmen ließ sich nicht vollständig realisieren. Insbesondere im Bereich der strukturellen Verkabelung konnte erst 2022 der erste Auftrag zur Umsetzung erteilt werden. Die erste Maßnahme, hier das Berufskolleg Meschede, konnte im August 2023 abgeschlossen werden. Mit Umsetzung in den anderen kreiseigenen Schulen wurde zum Teil in den Herbstferien 2023 begonnen, ein weiterer Teil wird erst Anfang 2024 ausgeschrieben.
Der Umsetzungszeitraum erstreckt sich nunmehr auf das Zeitfenster der Jahre 2022 – 2025, die v.g. Zuwendungsbescheide werden per Änderungsantrag seitens der Bezirksregierung Arnsberg entsprechend geändert.

Es ergibt sich nunmehr folgende fortgeschriebene Veranschlagung der Digitalpaktmittel unter der *InvM 030502-222:*

	2021	2022		2023	2024		
	Ergebnis	Ansatz	Ergebnis	Ansatz	Ansatz		
Ansatz	*62.969*	*2.060.834*		*0*	*1.824.102*	**3.947.904**	**gefördertes Investitionsvolumen**
verfügbare Mittel inkl. Ermüb Buchungen	62.968,85	2.060.834	853.220,14	1.207.614			
Förderung Digitalpakt (90 %)	**-56.671,97**		**-763.917,97**	**-1.090.833**	**-1.641.691**	**-3.553.114**	**Fördersumme = 90 %**
Kreisanteil	*6.296,89*		*89.302,17*	*116.781*	*182.410*	**394.790**	**Eigenanteil HSK**

8.3.2 *Investitionsmaßnahmen*

➢ Digitales Bildungsnetzwerk Sauerland

Für das Regionaleprojekt "Digitales Bildungsnetzwerk Sauerland" hat der Hochsauerlandkreis in diesem Jahr den zweiten Stern bekommen. Mit Erhalt des dritten Sterns kann und muss der Hochsauerlandkreis im nächsten Jahr mit der Umsetzung des Projektes beginnen.

Das Projekt will die Ausbildung zukünftiger Fachkräfte für den Bereich der digitalen, industriellen Produktion qualitativ verbessern. Junge Menschen sollen bereits während der Ausbildung auf die vernetzte Arbeitswelt vorbereitet werden. In den drei Berufskollegs Berliner Platz, Meschede und Olsberg sollen Smart Factories eingerichtet werden, um den Anforderungen der Industrie 4.0 gerecht zu werden. Der Fachdienst 21 "Schulverwaltung" ist für die Ausstattung (Automation, IT, Robotik) verantwortlich. Um im Haushaltsjahr 2024 ausschreiben zu können, werden Verpflichtungsermächtigungen i.H.v. 4,75 Mio. € eingeplant (InvM 030502-014). Auf die weiteren Erläuterungen der Drcks. 10/598 wird verwiesen.

➢ Sanierung Berufskolleg Meschede

Das Berufskolleg Meschede weist erhebliche Mängel in der Baukonstruktion auf, genügt bauphysikalisch nicht den geltenden Vorschriften zur Energieeinsparung und ist hinsichtlich der Gebäudetechnik grundsätzlich sanierungsbedürftig. Gemeinsam mit Planern der Fachrichtungen Architektur, Tragwerksplanung, Technische Gebäudeausstattung Elektro, Heizung, Lüftung und Sanitär sowie Außenanlagen soll in einem ersten Schritt eine Machbarkeitsstudie erstellt werden, in der die erforderlichen Schritte zur (Wieder-) Herstellung eines zeitgemäßen Schulgebäudes aufgezeigt und Möglichkeiten zur Umsetzung vorgestellt werden.

Dabei ist ausgehend von der vorhandenen Substanz im Wesentlichen die Frage zu klären:
Komplett- oder Teilsanierung: Anbau, Umbau, Neubau?

In der Sitzung des Schulausschusses am 03.05.2022 wurde mit Drcks. 10/411 der aktuelle Sachstand der Planung zur Sanierung des Berufskollegs Meschede vorgestellt. Mit Drcks. 10/524 wurden dann weitere Einzelheiten u.a. hinsichtlich der Schadstoffuntersuchung dem Ausschuss mitgeteilt. Der Kreistag hat in der Sitzung am 30.08.2023 (Drcks. 10/759) dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt, die Vergabe der Planungsleistungen für die oben genannten Fachgebiete anders als beispielsweise beim Neubau am Berufskolleg Berliner Platz – nicht an einen Generalplaner, der sämtliche Fachgebiete beplant, sondern an qualifizierte Einzelplaner zu vergeben.

Der Haushalt 2023 enthielt erste Mittel i.H.v. 500.000 € für die Beauftragung eines Generalplaners für die Leistungsphasen 1 (Grundlagenermittlung) und 2 (Vorplanung) HOAI sowie die vorgeschaltete sog. Phase Null im Schulbau (Bedarfsermittlung). Der Etat 2024 sieht nunmehr Mittel i.H.v. 1.000.000 € und eine Verpflichtungsermächtigung mit 1.500.000 € vor.

Eine genaue Kostenaufstellung kann erst nach Beendigung der Vorplanung und Feststellung des genauen Umfangs der Maßnahme erstellt werden.

9. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen

Bei den in § 3 der Haushaltssatzung ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen handelt es sich um folgende Einzelmaßnahmen:

Produkt		**Betrag**	**Maßnahmen**
020202-009	Beschaffungen	815.000 €	Bevölkerungsschutz
020201-507	Hochbau	1.150.000 €	Anbau Fahrzeughalle
030101-524	Hochbau	1.500.000 €	Sanierung Berufskolleg Meschede
030103-014	Beschaffungen	125.000 €	Digitales Bildungsnetzwerk Sauerland
030502-014	Beschaffungen	4.750.000 €	Digitales Bildungsnetzwerk Sauerland
120201-654	Tiefbau	2.675.000 €	K 64/1 Ausbau zw. Borntosten
120201-686	Tiefbau	550.000 €	Radweg K57 Altenbüren
		11.565.000 €	

10. Anlage zum Vorbericht